

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 26. September bis 4. Oktober 1983 in Straßburg

und die Straßburger Konferenz über die parlamentarische Demokratie vom 4. bis 6. Oktober 1983

Während der Herbst-Tagung (Zweiter Teil der 35. ordentlichen Sitzungsperiode) erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse zu folgenden Themen:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit. EntschlieÙung 799 über die Lage in Mittelamerika. EntschlieÙung 800 über das Kolloquium zum Demokratiebegriff. Empfehlung 966 über Schwermetalle in landwirtschaftlich genutzten Böden. Empfehlung 967 über die Haftpflicht von Hotelunternehmern.

Bericht des Ministerkomitees

Politische Fragen

- Die Lage in der Türkei. EntschlieÙung 803 (S. 26).
- Die Lage im Nahen Osten. EntschlieÙung 804 (S. 27).
- Die allgemeine Politik des Europarates — Europäische Zusammenarbeit in den achtziger Jahren. EntschlieÙung 805 (S. 30).
- Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Empfehlung 973 (S. 37). EntschlieÙung 806 (S. 36).

Hierzu sprachen Abg. Schwarz (S. 24), Dr. Müller (S. 25, 28), Vogt (Kaiserslautern) (S. 33), Jäger (Wangen) (S. 32, 34, 35).

Wirtschaft und Entwicklung

- Die Tätigkeit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Jahre 1982; Antwort der Versammlung. Entschlüsseungen 809 (S. 48) und 810 (S. 51).

Hierzu sprachen Abg. Kittelmann (S. 45, 47), Schulte (Unna) (S. 46)

Wissenschaft und Technologie

- Entwurf einer Europäischen Konvention zum Schutz von Tieren bei Experimenten. Richtlinie 419 (S. 5).

Hierzu sprachen Abg. Reddemann (S. 4), Vogt (Kaiserslautern) (S. 4), Dr. Müller (S. 4).

Rechtsfragen

- Rechtsfälle im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention. Empfehlung 970 (S. 16). EntschlieÙung 802 (S. 16).
- Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, das die Liste der in der Konvention enthaltenen politischen und bürgerlichen Rechte erweitert. Stellungnahme 116 (S. 17).
- Schutz von Häftlingen gegen Folter und grausame, unmenschliche oder entwürdigende Behandlung oder Strafe. Empfehlung 971 (S. 18).
- Die Kampagne von amnesty international für eine weltweite Amnestie für alle Gefangenen aus Gewissensgründen. EntschlieÙung 801.

Wanderbewegungen, Flüchtlinge und Demographie

- Ausländerfeindliche Haltungen und Bewegungen in den Mitgliedsländern gegenüber Wanderarbeitnehmern. Empfehlung 968 (S. 7). Richtlinie 420.

Hierzu sprachen Abg. Böhm (Melsungen) (S. 5), Dr. Enders (S. 7).

Beziehungen zu den Nichtmitgliedsländern

- Die Lage der deutschen Minderheit in der Sowjetunion. Empfehlung 972 (S. 23).

Hierzu sprachen Abg. Jäger (Wangen) (S. 19, 22), Böhm (Melsungen) (S. 20), Reddemann (S. 22).

Soziale Fragen

- Die Beschäftigungslage in Europa.
- Der Verkauf von europäischen pharmazeutischen Erzeugnissen in den Ländern der Dritten Welt. Empfehlung 969.

Kultur und Erziehung

- Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erziehung. Entschließung 807.
- Die Verbringung und die Rückgabe von Kunstwerken. Richtlinie 421. Entschließung 808.

Die Reden der deutschen Mitglieder in der Parlamentarischen Versammlung sind nachstehend mit den betreffenden Beschlußtexten abgedruckt.

Den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees trug dessen amtierender Vorsitzender, der zyprische Außenminister George Iacovou, vor.

Zu der Versammlung sprachen der schwedische Ministerpräsident, Olof Palme, der französische Minister für soziale Angelegenheiten und Solidarität, Pierre Bérégovoy, die irische Erziehungsministerin Gemma Hussey, der Generalsekretär der OECD, Jonkherr Emile van Lennep.

In der Zeit vom 4. bis 6. Oktober 1983 tagte die Parlamentarische Versammlung als Straßburger Konferenz über die parlamentarische Demokratie.

An den Verhandlungen der Parlamentarischen Versammlung nahmen parlamentarische Delegationen aus Australien, Kanada, Finnland, Israel, Japan, Neuseeland, San Marino und den Vereinigten Staaten von Amerika teil.

Bonn, den 27. November 1983

Gerhard Reddemann

Sprecher

Dr. Karl Ahrens

Stellvertretender Sprecher

Montag, 26. September 1983

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses und des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

(Drucksache 5126)

Berichterstatte: Abg. Margue

(Themen: Antrittsreisen des Präsidenten — Flagge des Europarates als Flagge des Europäischen Parlaments — Ausweisung türkischer Staatsangehöriger aus Mitgliedstaaten — Frauen in Parlamenten — Dialog mit Ländern Osteuropas — Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft — Straßburger Konferenz)

Tagesordnungspunkt:

Entwurf einer Europäischen Konvention zum Schutz von Tieren bei Experimenten

(Drucksache 5049)

Berichterstatte: Abg. Bassinet

(Themen: Der Konventionsentwurf und die Empfehlung 621 (1971) der Versammlung betr. Probleme, die sich aus der Verwendung von lebenden Tieren zu experimentellen und industriellen Zwecken ergeben — Konventionsentwurf als schrittweise anzupassendes Instrument — Änderungsvorschläge zum Konventionstext)

Stimmerklärungen:

Reddemann (CDU/CSU): — Herr Präsident, ich möchte als Sprecher der Delegation der Bundesrepublik Deutschland erklären, warum sämtliche Mitglieder der deutschen Delegation gegen den Entwurf des Ausschusses gestimmt haben.

Die Mitglieder der Delegation sind nach einer langen Aussprache zu der Überzeugung gekommen, daß die Bestimmungen des Konventionsentwurfs mit tatsächlichem Tierschutz nichts zu tun haben. Wir waren der Auffassung, gegen diese Bestimmungen stimmen zu müssen, um dem tatsächlichen Tierschutz in Europa eine neue Chance zu geben.

Wir fürchten immer noch, daß eine Annahme dieses Konventionsentwurfs dazu führen würde, unnötige und grausame Praktiken fortzuschreiben. Wir behalten uns vor, gegebenenfalls in der Versammlung neue Vorschläge vorzulegen, die den Namen „Tierschutz“ wirklich verdienen.

Als Mitglieder der deutschen Delegation und als Mitglieder des Deutschen Bundestages werden wir unsere Regierung auffordern, der Konvention, wenn diese eine Mehrheit im Ministerkomitee finden sollte, nicht beizutreten, sondern ebenfalls neue Vorschläge zu erarbeiten.

Herr Präsident, ich habe den Auftrag gehabt, Ihnen dies im Namen meiner Delegation mitzuteilen. In meinem eigenen Namen möchte ich Ihnen nun noch einmal herzlich für die Art der Verhandlungsführung und dafür danken, daß Sie zwar unseren engagierten Gästen richtigerweise mit der Hausordnung gedroht haben, diese aber trotzdem nicht angewandt haben.

Vogt (Kaiserslautern) (GRÜNE): Ich habe als Ökologe natürlich gegen diesen Entwurf gestimmt, möchte aber etwas hinzufügen. Ich bin einerseits stolz darauf, daß sich die deutsche Delegation so einmütig gezeigt und hier die fortgeschrittenen Normen des Tierschutzes verteidigt hat. Ich bin aber in der Position, das, was hier vorgelegen hat, abzulehnen, noch einmal bestärkt worden auf Grund der Argumente. Die Argumente gaben sich zum Teil sehr menschenfreundlich. Die Einheit der Schöpfung ist aber überhaupt nicht angesprochen worden. Es ist nicht betont worden — außer in den Änderungsanträgen von Herrn Fiandrotti —, daß es zur Verrohung beitragen kann, wenn viele Menschen mit solchen Experimenten konfrontiert werden. Es ist für mich ein Alarmzeichen, daß es in der ganzen Debatte offensichtlich Argumente gibt, die hier nicht ausgesprochen worden sind. Es scheint doch so zu sein, daß es Argumente ökonomischer Art gibt, die hier nicht auf den Tisch gekommen sind. Die Befürworter haben sich ausschließlich philanthropisch gegeben. Ich meine insbesondere die philanthropischen Argumente, die bei der Ablehnung des Änderungsantrags Nr. 7 gebraucht worden sind. Die militärischen und industriellen Zwecke sind hier nicht zurückgewiesen worden. Das sollte zu denken geben. Es sollte auch denen zu denken geben, die meinen, sie könnten, wenn sie jetzt in den Ausschüssen neu beraten, durch eine Abmilderung der Vorschläge etwas erreichen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich möchte mein Nein ganz kurz begründen, und zwar deswegen, weil andernfalls ein falscher Eindruck entstehen könnte.

Ich habe von Anfang an größte Bedenken gehabt. Ich habe diese auch bei der Debatte zum Ausdruck gebracht. Aber ich muß das bestätigen, was vorhin auch der Kollege Vogt gesagt hat. Die heutige Debatte mit dem Für und Wider in den Änderungsanträgen hat meine Haltung im Grunde genommen unterstrichen. Ich finde es bedauerlich, wie die Debatte heute gelaufen ist. Das ist wohl aus technischen Gründen nur so möglich gewesen. Sonst wäre wahrscheinlich eine fairere Auseinandersetzung um das Problem möglich gewesen.

Ich muß hinzufügen — da weise ich das zurück, was der Berichterstatter gerade vor mir gesagt hat —, daß ich nicht deswegen dagegen gestimmt habe, weil ich das, was in diesem Ausschuß gemacht worden ist, nicht gelesen habe, sondern eben weil ich es gelesen habe. Das war der Grund, warum ich dagegen gestimmt habe.

Ich möchte auch darauf hinweisen, Herr Präsident, daß ich es sehr bedauerlich finde — und das sollte für uns als Parlamentarier doch wichtig sein —, daß z. B. bis heute die schriftliche Auswertung des Hearings im Dezember, an dem auch ich teilgenommen habe, nicht vorliegt. Das ist sehr bedauerlich. Ich glaube, es hätte die Emotionen etwas aus dem Saal gebracht, wenn wir den Text des Hearings vorliegen gehabt hätten. Es wäre dann für manchen leichter gewesen, Stellung zu nehmen.

Noch ein letztes Wort. Zu denken geben sollte auch die Tatsache, daß der Antrag, die Vertreter der repräsentativsten internationalen Tierschutz- und Verbraucherschutzverbände zu berücksichtigen, pauschal zurückgewiesen worden ist. Denn man hätte sich ja vielleicht in Vorgesprächen — die Änderungsanträge liegen schon eine Weile vor — auf einen Kompromiß einigen können. Daß man dies nicht getan hat, bekräftigt, daß es richtig war, den vorliegenden Entwurf hier abzulehnen.

Richtlinie Nr. 419 (1983)

betr. den Schutz von Tieren bei Experimenten

Die Versammlung

beauftragt ihren Ausschuß für Wissenschaft und Technologie, zu untersuchen, ob es möglich ist, im Rahmen der „Verwirklichung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit“ eine Studiengruppe für die Entwicklung neuer Methoden als Alternative zu den Tierversuchen einzusetzen.

Dienstag, 27. September 1983

Tagesordnungspunkt:

Die Beschäftigungslage in Europa

(Drucksache 5121)

Berichterstatter: Abg. Forlis

(Themen: Ursachen und Zunahme der Arbeitslosigkeit — Lage arbeitsloser Frauen und Wanderarbeitnehmer — Jugendarbeitslosigkeit — Zusammenarbeit der Regierungen der Mitgliedstaaten — Neuverteilung und Neuorganisation der Arbeit — Arbeitsbeschaffungsprogramme — Bedeutung der Beschäftigungslage in kleinen und mittleren Betrieben)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Ministers für soziale Angelegenheiten und Solidarität und Vorsitzenden der Zweiten Europäischen Arbeitsministerkonferenz, Pierre Beregovoy

(Themen: Massenarbeitslosigkeit und Neigungen zum Totalitarismus — Recht auf Arbeit — Bewertung der OECD-Studie zur Arbeitslosigkeit — Gefahren aus einer Teilung der Gesellschaft in Arbeitende und Arbeitslose — internationale Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitsbeschaffung — neue Technologien im Dienste des Menschen — Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum)

Tagesordnungspunkt:

Der Verkauf von europäischen pharmazeutischen Erzeugnissen in den Ländern der Dritten Welt

(Drucksache 5113)

Berichterstatter: Abg. Lind

(Themen: Verantwortung für Gesundheit und Hygiene aller Völker — Unzulässigkeit unterschiedlicher Normen für pharmazeutische Erzeugnisse, die in Europa oder in der Dritten Welt verkauft werden — Verbesserung des Zugangs zu Medikamenten angesichts der hohen Säuglingssterblichkeit in Ländern der Dritten Welt infolge von Infektionen und Krankheiten — Preispolitik der pharmazeutischen Unternehmen)

Tagesordnungspunkt:

Ausländerfeindlichkeit gegenüber Wanderarbeitnehmern in den Mitgliedstaaten

(Drucksache 5107)

Berichterstatter: Abg. Richard Müller

(Themen: Ausländerfeindlichkeit in Europa in der Geschichte und in der Gegenwart — Zusammenhang mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit — Rassistische Tendenzen — Lage illegal eingewandelter Gastarbeiter — Europäische Konvention über Wanderarbeitnehmer)

Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht des Kollegen Müller ist eine eindrucksvolle Darstellung eines der kompliziertesten Probleme im Zusammenleben der europäischen Völker, und zwar in der Gestaltung des Zusammenlebens sowohl innerhalb der einzelnen Völker als auch der Völker untereinander.

Ich möchte dem Kollegen Müller für die geleistete Arbeit danken, wenngleich ich dem Kollegen Augs-

burger zustimmen möchte, daß im Bericht und in dem Empfehlungsentwurf eine Reihe Unausgewogenheiten enthalten sind. Diese können mich allerdings nicht veranlassen, der Empfehlung nicht zuzustimmen, vielmehr heiße ich die Empfehlung grundsätzlich gut. Ich gestatte mir aber, jetzt einige Akzente zu setzen, die aus meiner Sicht notwendig sind.

In dem Bericht und in dem Empfehlungsentwurf wird nach meiner Auffassung den aus dem **Ausländerzuzug** erwachsenden **Problemen der einheimischen Bevölkerung** zuwenig Beachtung geschenkt und überwiegend auf die Probleme der Zugezogenen eingegangen. Probleme, die zu den beklagenswerten Erscheinungen der Ausländerfeindlichkeit führen, haben aber beide Seiten, Einheimische und Zugezogene. Es gilt, beide bei der Lösung der Probleme zusammenzuführen, damit sie nicht gegeneinander ausgespielt werden können.

Ich will es noch konkreter sagen. Es ist nicht so, daß nur angeblich einheimische Arbeitnehmer Arbeitsplätze nicht erhalten, weil Ausländer diese Arbeitsplätze besitzen. Es gibt doch viele Fälle, in denen ausländische Arbeitnehmer durch Fleiß und Tüchtigkeit Arbeitsplätze erworben haben — nach meiner Überzeugung zu Recht erworben haben —, was dazu führt, daß Einheimische Neidkomplexe entwickeln. Das müssen wir sehen.

Wir sehen auch, daß zu einem Teil **Sozialleistungen** in Anspruch genommen werden, ohne daß dafür die entsprechenden Gegenleistungen erbracht wurden, weil sie wegen der Kürze der Anwesenheit im Gastland noch gar nicht erbracht werden konnten.

Ein Blick auf die **Kriminalstatistiken** in Deutschland — nur hierauf kann ich mich im Augenblick beziehen — beweist, daß bei einigen Delikten — nicht bei allen — der **Ausländeranteil** tatsächlich besonders hoch ist.

Und schließlich ergeben sich beim **Besuch der Schulen** Probleme nicht nur für die Kinder der ausländischen Arbeitnehmer, sondern auch für die Kinder der Einheimischen.

Es wäre nicht gut, alles das zu leugnen. Im Gegenteil, wer vor diesen Problemen die Augen verschließt, läuft Gefahr der Gesundheitsgefahr und überläßt die Diskussion der Probleme möglicherweise denen, die sie nicht aus Verantwortungsbewußtsein und mit dem Willen zur erfolgreichen Lösung aufgreifen, sondern mit dem Ziel, aus egoistischen Zielsetzungen Fremdenfeindlichkeit zu fördern und daraus politische Vorteile zu ziehen. Es gibt schlimme Beispiele für diese verantwortungslose Haltung in einigen europäischen Industriestaaten; sie sind vom Kollegen Müller geschildert worden.

Worum es mir geht, ist, alles zu tun gegen aufkommende Ausländerfeindlichkeit, aber gleichzeitig nicht die Schwierigkeiten zu übersehen, die das Zusammenleben einer mittlerweile so groß gewordenen Zahl von Ausländern mit Einheimischen für beide Seiten mit sich bringt.

Gegen die von mir geschilderten Gefahren kommen wir nach meiner Auffassung nur mit nüchterner Sachlichkeit an. Nehmen wir die demagogische Formulierung: „Schickt die Ausländer nach Hause, und jeder Einheimische hat wieder einen Arbeitsplatz!“ Dagegen muß eben das Argument gesetzt werden, daß dann in vielen Städten in den Industriestaaten die Müllabfuhr zusammenbrechen, die Fördertürme der Bergwerke stillstehen würden oder das Gaststättenwesen veröden würde.

Auf der anderen Seite steht eben die besondere **Struktur der einheimischen Arbeitslosigkeit** wie z. B. die der älteren Angestellten, der Frauen oder der Jugendlichen, stehen aber eben auch jene von mir vorhin schon geschilderten Fälle, in denen durch Fleiß und Geschick Ausländer Arbeitsplätze erworben haben, die heute auch von Einheimischen gern besetzt würden.

Wir müssen sehen, daß sich die Verhältnisse in den europäischen Industriestaaten heute geändert haben. Als die Ausländer gerufen wurden, ging es der Wirtschaft gut. Es gab zuviel Arbeit. Heute gibt es zuwenig Arbeit. Die Ausländer kamen wegen der wirtschaftlichen Not in ihren Heimatländern. Sie kamen freiwillig; sie wurden nicht gezwungen. Sie haben gute Arbeit geleistet und guten Lohn erhalten. Und sie wurden in das System der sozialen Sicherheit im Gastland eingegliedert. Das nützte beiden und nicht nur einer Seite. Beide Seiten sollten folgerichtig bei der Lösung der jetzt aufgetretenen Probleme zusammenarbeiten.

Um unter den heute gegebenen Bedingungen und bei der hohen Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in den meisten Industriestaaten der Ausländerfeindlichkeit entgegenzuwirken und sie zu überwinden, müssen wir überzeugende Erfolge bei der **Begrenzung des weiteren Zuzuges** von Arbeitnehmern, bei der **sozialen und kulturellen Integration** und bei der Hilfe für die **freiwillige Rückkehr** erreichen. Die Verbindung der **Ausländerpolitik** mit der **Entwicklungshilfepolitik** der Industriestaaten muß herbeigeführt werden.

Es ist eine Tragik für die unterentwickelten, wirtschaftlich schwachen Regionen Europas, daß in den letzten Jahrzehnten gerade die beweglichsten Arbeiter auswanderten, um nun heute, unter den geänderten wirtschaftlichen Bedingungen, in den industriellen Ballungszentren die Arbeitslosigkeit zu vermehren.

Verkennen wir auch nicht, daß — und hier stehe ich im Gegensatz zu Herrn Kollegen Müller — die hauptsächliche **Ausländerfeindlichkeit** — ich sage das aufgrund der Beobachtungen in der Bundesrepublik Deutschland — sich nicht in erster Linie gegen die Gastarbeiter aus anderen europäischen Ländern richtet, sondern gegen die **Asylanten**, die aus aller Welt nach Europa strömen. Auch hier gilt es, die Realitäten zu erkennen. Es gilt, dafür zu sorgen, daß nur diejenigen, die wirklich politische Flüchtlinge sind, in unseren Ländern Aufnahme erhalten.

Das Zusammenleben von Ausländern und Einheimischen muß so gestaltet werden, daß die unantastbare **Würde des Menschen** geachtet und **der soziale Friede** in unseren Ländern erhalten bleibt. Ich glaube, daß der Bericht des Kollegen Müller und die vorliegende Empfehlung dazu einen guten Beitrag leisten.

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich danke dem Herrn Berichterstatter, Herrn Richard Müller, herzlich für seinen wertvollen Bericht, in dem er die Probleme des **Rassismus** und der **Fremdenfeindlichkeit** anspricht. Ich danke aber besonders auch den Kolleginnen und Kollegen, die Beiträge während dieser Debatte geleistet haben und uns aus ihrer speziellen Kenntnis nahebrachten, wie es bei den Gastarbeitern aussieht, wenn sie die Heimat verlassen müssen, oder welche Schwierigkeiten bestehen, wenn sie in einem neuen Land eine neue Heimat suchen.

Bei der älteren Generation wird es wegen der Unkenntnis, manchmal auch wegen Überheblichkeit, schwierig sein, die Vorurteile zu überwinden oder die Abwehr gegen Fremde zurückzudrängen. Daher, so meine ich, kommt der **Erziehung der Jugend**, der Bildung in der Schule eine große Bedeutung zu. Im Unterricht, vielleicht auch in der Gestaltung der Schulbücher und in anderen Lehrmaterialien müssen die Maßnahmen beginnen. Es geht immer stärker darum, Programme, Materialien und Bildungssituationen zu entwickeln, welche die **kulturellen Beiträge der Wanderarbeitnehmer**, der Gastarbeiter in den verschiedenen europäischen Ländern und ihrer Kinder auf dynamische Weise integrieren, um zu einer Bildung mit interkultureller Dimension zu gelangen. Im Hinblick auf diese interkulturelle Dimension wurden in den meisten europäischen Staaten bereits bedeutende Fortschritte erzielt hinsichtlich der Aufnahme der Kinder und der frühzeitigen Unterrichtung in der Sprache und in der Kultur sowohl des Herkunftslandes als auch des Aufnahmelandes.

Die Aufrechterhaltung der Verbindung der Kinder von Wanderarbeitnehmern und Gastarbeitern zur Kultur des Herkunftslandes sollte als integraler Bestandteil des globalen Bildungsprozesses angesehen werden. Bei der Beurteilung der schulischen Ergebnisse sollte den Aktivitäten Rechnung getragen werden, die sich mit der Sprache und der Kultur des Heimatlandes befassen. Zwischen den Entsende- und den Aufnahmeländern sollte eine aktive Zusammenarbeit bestehen, um gemeinsame Ausbildungslehrgänge oder die Förderung der Lehrkräfte in Angriff zu nehmen, damit ein Beitrag zur Überwindung von Vorurteilen geleistet wird.

Der Erfolg einer jeden Bildungspolitik für den schulischen Bereich hängt nämlich in hohem Maße von den Lehrern ab. Allen Lehrern in den Aufnahmeländern muß eine allgemeine Ausbildung vermittelt werden, die bei ihnen ein stärkeres Bewußtsein für den Wert einer kulturellen Verständigung zwischen den Kindern aus verschiedenen Ländern und für die dabei auftretenden Hindernisse bewirkt. Die

Lehrer können in ihren Klassen dazu beitragen, daß die Kinder Freundschaften schließen. Sie können für ihren Weg ins Leben Hilfestellung leisten und Ansätze fördern, die dem Miteinander im Berufsleben und im späteren Leben dienlich sind.

Die Lehrer, welche die Kinder von Wanderarbeitnehmern in der Sprache und der Kultur ihres Herkunftslandes unterrichten müssen, bedürfen natürlich der entsprechenden Qualifikation. Sie sollten ihre Aufgabe insbesondere darin sehen, durch Fortbildung und Vervollkommen ihrer Kenntnisse im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit auch mit Lehrkräften aus den Entsendeländern die optimale Ausbildung für die Kinder zu erreichen.

Herr Präsident, mit diesem kurzen Beitrag wollte ich nur darauf hinweisen, welche Bedeutung die Arbeit in der Schule und die Arbeit der Lehrer besitzt, damit wir das, was wir in der Erwachsenengeneration haben, in der kommenden Generation überwinden können, indem wir bei den Kindern das Gemeinsame fördern und Verständnis für die kulturelle Arbeit und für die kulturelle Situation im Aufnahmeland und im Herkunftsland wecken. Vielleicht können dann diejenigen, die heute noch Schwierigkeiten haben, sich einzuleben und zu integrieren, in Zukunft besser in der neuen Heimat Aufnahme finden.

Empfehlung 968 (1983)

betr. ausländerfeindliche Haltungen und Bewegungen in den Mitgliedstaaten gegenüber Wanderarbeitnehmern

Die Versammlung

1. stellt fest, daß sich in verschiedenen Mitgliedstaaten des Europarates ausländerfeindliche Haltungen und Bewegungen, die sich manchmal in Gewalttaten mit dramatischen Auswirkungen äußern, bemerkbar machen;
2. stellt fest, daß sich diese ausländerfeindlichen Haltungen und Bewegungen durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die auf die wirtschaftliche Rezession in den meisten Mitgliedsländern zurückzuführen ist, erheblich verschärft haben;
3. stellt fest, daß diese Bewegungen sich auch aufgrund folgender Behauptungen verschärfen:
 - a) in wirtschaftlicher Hinsicht: Die ausländischen Arbeitnehmer beanspruchen angeblich Arbeitsplätze, die den Einheimischen zur Verfügung stehen könnten;
 - b) in sozialer Hinsicht: Es wird behauptet, ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien kämen in den Genuß von Sozialleistungen, die von der einheimischen Bevölkerung finanziert werden, und nähmen Wohnraum in Anspruch, der den Einheimischen zur Verfügung gestellt werden könnte;
 - c) in moralischer Hinsicht: Die ausländischen Arbeitnehmer sollen der Grund für die Zunahme von Gewalt und Kriminalität sein;

- d) im Hinblick auf die Erziehung: Die Kinder ausländischer Arbeitnehmer behindern angeblich den normalen Lernerfolg in den von ihnen besuchten Schulklassen;
4. bekräftigt, daß diese Beschuldigungen unfair sind, weil sie die Faktoren, die die Lage der Wanderarbeitnehmer bestimmen, und die im Europäischen Übereinkommen über die Rechtsstellung des Wanderarbeitnehmers definierten Rechte außer acht lassen;
 5. stellt fest, daß diese Beschuldigungen manchmal aus wahltaktischen Gründen auf Kosten der elementarsten Achtung der Menschenrechte ausgenutzt werden;
 6. bekräftigt, daß bei einer ausgewogenen Betrachtung der Problematik folgendes zu berücksichtigen ist:
 - a) die Gründe für die Auswanderung: Einerseits wurde die relative Armut der Herkunftsländer gegenüber dem Wohlstand der Aufnahmeländer in gewisser Weise als unerträglich empfunden; andererseits haben die Aufnahmeländer zur Zeit der Hochkonjunktur ausländische Arbeitskräfte angeworben;
 - b) die bedeutende Rolle, die die Wanderarbeitnehmer bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Aufnahmeländer gespielt haben;
 - c) die Tatsache, daß die den Wanderarbeitnehmern zugänglichen Arbeitsplätze von den einheimischen Arbeitskräften nicht angestrebt werden, entweder weil diese Arbeitsplätze unattraktiv sind oder weil sie eine Bereitschaft zur Mobilität erfordern;
 - d) die Unzulänglichkeit und das teilweise Fehlen von Politiken, die es Wanderarbeitnehmern erleichtern, mit der Sprache und den Sitten des Aufnahmelandes vertraut zu werden, sich unter angemessenen materiellen Bedingungen niederzulassen und ihre Familien nachzuholen;
 - e) die besonderen Schwierigkeiten, denen sich die Ehefrauen von Wanderarbeitnehmern aufgrund ihrer Unkenntnis der Sprache des Aufnahmelandes und der daraus folgenden Isolation gegenübersehen;
 - f) die Schwierigkeiten, denen sich die Kinder der Wanderarbeitnehmer bei der Anpassung an das Bildungssystem im Aufnahmeland gegenübersehen, was bei einer Reihe von ihnen Entmutigung, Ablehnung und Entfremdung und darüber hinaus ein Gefühl der Entwurzelung hervorruft, so daß für sie die Rückkehr in das Herkunftsland sehr viel problematischer ist als für ihre Eltern; darüber hinaus sind die Probleme in Betracht zu ziehen, die sich aufgrund dieser Schwierigkeiten möglicherweise für die Schulverwaltungen ergeben;
 - g) der Zusammenhang, der zwischen der Unzulänglichkeit der politischen Maßnahmen und einigen Folgewirkungen besteht, insbesondere die Schaffung günstiger Bedingungen für das Entstehen von Introvertiertheit und Entfremdung, für die Konzentration einer großen Anzahl von Personen in Elendsvierteln sowie die Ausbreitung der Kriminalität;
 7. verurteilt die Tendenz, Straftaten in erhöhtem Maße Ausländern anzulasten; Beschuldigungen dieser Art werden durch die Kriminalstatistik widerlegt;
 8. verurteilt den Mißbrauch besonderer Rechtsstellungen, wie etwa derjenigen des Saisonarbeiters, die auf ausländische Arbeitnehmer Anwendung finden, die eigentlich Anspruch auf einen vorteilhafteren Status haben sollten;
 9. stellt fest,
 - a) daß angesichts der Rolle und zahlenmäßigen Bedeutung der ausländischen Arbeitnehmer in verschiedenen Wirtschaftszweigen die verantwortlichen Wirtschaftskreise in den Aufnahmeländern vielfach befürchten, daß es zu einer massiven Abwanderung der ausländischen Arbeitnehmer kommen könnte;
 - b) daß Europa derzeit einen Bevölkerungsrückgang zu bekämpfen hat, der die normale Generationenfolge bedroht;
 - c) daß daher die Gemeinsamkeit vergangener und zukünftiger Interessen Personen mit einer ausländerfeindlichen Haltung veranlassen sollte, ihre Ansichten über die Beziehungen zwischen der Präsenz ausländischer Arbeitnehmer und den derzeitigen Schwierigkeiten zu überprüfen;
 - d) daß es, ganz abgesehen von den wechselseitigen Interessen, erforderlich ist, daß alle Länder, insbesondere die europäischen Unterzeichnerländer der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Europäischen Sozialcharta, die Rechte aller Arbeitnehmer und somit auch der Wanderarbeitnehmer achten;
 - e) daß die Bildung multikultureller Gesellschaften innerhalb Europas kraft des Grundrechts auf Freizügigkeit eine nicht umkehrbare und in jedem Fall wünschenswerte Entwicklung im Hinblick auf die Förderung des europäischen Ideals und der Aufgaben Europas in der Welt darstellt;
 - f) daß die Entfaltung aller Formen des Austausches, einschließlich des wirtschaftlichen Austausches innerhalb Europas sowie zwischen Europa und den anderen Kontinenten von der Vertrautheit mit den Kulturen anderer Völker abhängt, was sich an bestimmten Phänomenen der Ablehnung der technischen Zivilisation in einigen Teil der Welt zeigt;
 - g) daß die Präsenz ausländischer Kulturgemeinschaften innerhalb Europas daher mittel- und langfristig von großem Vorteil ist, vorausgesetzt, daß Politiken verwirklicht

werden, die Offenheit und Verständnis für die Verschiedenartigkeit fördern;

10. ist überzeugt, daß die Entwicklung der interkulturellen Verständigung, sowohl in den Schulen als auch in den Gemeinden, einen positiven und wichtigen Beitrag zur allgemeinen Förderung der Toleranz in den westlichen Gesellschaften leistet und somit ein bedeutendes Ziel der Bildungspolitik in den Mitgliedstaaten darstellt;
11. verweist auf ihre Empfehlung 963 (1983) betr. die kulturellen und erzieherischen Möglichkeiten zur Verringerung der Gewalttätigkeit;
12. verweist auf ihre Empfehlung 786 (1983) betr. die Bildung und die kulturelle Entwicklung der Wanderarbeitnehmer und begrüßt die Aufmerksamkeit, die der Rat für kulturelle Zusammenarbeit (CCC) und die Ständige Konferenz der europäischen Minister für Bildung und Erziehung der Wanderarbeitnehmerfrage geschenkt haben;
13. erkennt jedoch an, daß der Prozentsatz der ausländischen Arbeitnehmer an bestimmten Orten so hoch ist, daß es zu Spannungen und Konflikten kommt, weil angemessene Rahmenbedingungen fehlen;
14. ist davon überzeugt, daß die Wanderarbeitnehmer ihre Heimatländer verlassen, weil sie dort nicht einen angemessenen Lebensunterhalt verdienen können, und daß eine wirksame Politik zur Unterstützung der benachteiligten Gebiete Europas und der Dritten Welt demnach:
 - a) mehr Arbeitnehmern dieser Gebiete ermöglichen sollte, ihre beruflichen Ziele in ihrer Heimat zu verwirklichen, anstatt anderswo ein ungewisses Glück zu suchen;
 - b) die Aufgabe der Aufnahmeländer erleichtern sollte, indem der Zustrom der Wanderarbeitnehmer auf ein Maß beschränkt wird, das den Aufnahmestrukturen und -kapazitäten dieser Länder entspricht;
15. ist der Meinung, daß die Herkunftsländer teilweise für die Schwierigkeiten in den Aufnahmeländern mitverantwortlich sind, und zwar insofern, als sie ihre Auswanderer nicht in angemessener Weise auf einen längeren Aufenthalt im Ausland vorbereiten und lediglich daraus Nutzen ziehen, daß in ihren Statistiken eine niedrigere Arbeitslosenrate erscheint und von ihren Staatsangehörigen Devisen überwiesen werden;
16. empfiehlt dem Ministerkomitee,
 - I. die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern:
 - (i) falls dies nicht bereits geschehen ist, das Europäische Übereinkommen über die Rechtsstellung des Wanderarbeitnehmers und die Europäische Sozialcharta zu ratifizieren;
 - (ii) sich im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit auf europäischer und in-

ternationaler Ebene für die Entwicklung der benachteiligten Gebiete Europas und der Dritten Welt einzusetzen, um die massive und nicht geplante Abwanderung von Arbeitskräften aus ihrem Herkunftsland einzuschränken, die zum Entstehen und Fortbestand ausländerfeindlicher Bewegungen beiträgt;

- (iii) Maßnahmen gegen Arbeitgeber zu ergreifen, die die illegale Einreise von Wanderarbeitnehmern unterstützen und aus der Einstellung dieser Arbeitskräfte Nutzen ziehen, und dafür zu sorgen, daß die in ihren Ländern geltenden Vorschriften und Gesetze über Löhne und Gehälter sowie soziale Rechte in vollem Umfang Anwendung finden;
- (iv) Gesetze zu erlassen oder für ihre strikte Anwendung zu sorgen, um diskriminierende oder ausländerfeindliche Handlungen zu verhindern oder zu bestrafen;
- (v) die Verständigung zwischen den Staatsangehörigen der Aufnahmeländer und den ausländischen Arbeitnehmern zu fördern durch:
 - a) die Durchführung einer von den Massenmedien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gemeinsam getragenen objektiven Aufklärungskampagne über: die Faktoren, die die Auswanderung bestimmen, die Vorurteile und Irrtümer in den gegen ausländische Arbeitnehmer vorgebrachten Beschuldigungen, den Beitrag der ausländischen Arbeitnehmer zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Vergangenheit, ihre stützende Rolle in der derzeitigen Wirtschaftslage und ihren Beitrag zur Generationserneuerung, deren derzeitige und mögliche zukünftige Unausgewogenheit zu ernststen sozialen Problemen führen könnte;
 - b) die Entwicklung einer bilateralen Zusammenarbeit, um insbesondere
 1. in den Herkunftsländern Informationen über die wirkliche Beschäftigungslage und die Aufnahmekapazitäten der Aufnahmeländer zu verbreiten, um unüberlegte, planlose Massenabwanderungen zu verhindern;
 2. den Arbeitnehmern vor ihrer Ausreise Grundkenntnisse über Sprache und Gebräuche des Aufnahmelandes zu vermitteln;
 3. in den Aufnahmeländern Aktivitäten durchzuführen, die es der lokalen Öffentlichkeit ermöglichen, die Kultur der Herkunftsländer der Wanderarbeitnehmer schätzen zu lernen und ein besseres Verständnis für die Mentali-

tät der Wanderarbeitnehmer zu erlangen;

4. die Vorschläge über Erziehung und Bildung von Wanderarbeitnehmern, die von der Ständigen Konferenz der europäischen Minister für Bildung und Erziehung vorgelegt wurden und insbesondere die von der Konferenz im Mai 1983 in Dublin angenommene Entschließung zu verwirklichen;
5. dafür Sorge zu tragen, daß Sprecher dieser ausländischen Gemeinschaften bei Institutionen vorstellig werden können, die in der Lage sind, die spezifischen Probleme dieser Gemeinschaften gegebenenfalls darzustellen und zu lösen (Radio, Fernsehen, Ausländerkomitees usw.);
6. den Vorrang dieser Aktivitäten zu gewährleisten, die eine klare und objektive Einschätzung der Lage der Wanderarbeitnehmer und eine gegenseitige Durchdringung der Kulturen ermöglichen sollen, die weit über Folklore und Gemeinplätze hinausreicht; denn ohne diese Voraussetzungen könnten die in Absatz 13 I (iv) oben vorgesehenen Sanktionen die Emotionen weiter steigern und die Lage noch verschlimmern;

II. auf europäischer Ebene Vorkehrungen zu treffen für:

- (i) ein Programm multilateraler Aktivitäten — wie z. B. der Europäische Preis für die beste Fernsehendung — zur Förderung der Verständigung zwischen den Kulturen;
- (ii) ein Rahmenprogramm, das Anregungen für die Initiativen liefert, die von den Mitgliedstaaten im Rahmen der in Absatz 13 I (v) (a) oben empfohlenen nationalen Kampagnen ergriffen werden sollen, und diese Initiativen koordiniert.

Mittwoch, 28. September 1983

Tagesordnungspunkt:

Der Verkauf von europäischen pharmazeutischen Erzeugnissen in den Ländern der Dritten Welt

(Fortsetzung der Aussprache)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme

(Übersetzung aus dem Englischen)

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zunächst möchte ich Ihnen sagen, wie erfreut ich bin und welche Ehre es für mich ist, vor dieser Versammlung zu sprechen. Mein heutiger Besuch in Straßburg ist Ausdruck des großen Ansehens und der Achtung, die der **Europarat** in meinem Land genießt. Schweden ist seit seiner Gründung im Jahre 1949 Mitglied des Europarats. Unsere Mitgliedschaft bekräftigt unsere tiefe Verbundenheit mit den Idealen der westlichen Demokratie und unser Interesse an der bedeutenden Arbeit und den Aktivitäten dieser Organisation. Es ist die erklärte Politik meiner Regierung, die Beziehungen zu Europa zu vertiefen. Der Europarat bildet ein wesentliches und unverzichtbares Element im Rahmen dieser Politik.

Der Europarat ist in der Tat ein wichtiges Forum für die Erörterung der Zusammenarbeit in Europa sowohl auf Ministerebene als auch zwischen den Parlamentariern. Darüber hinaus ist seine Arbeit in den Bereichen der Sozial-, Kultur- und Rechtspolitik von großer Bedeutung. Die einzigartige Stärke und moralische Autorität des Europarates jedoch gehen auf die in seiner Satzung festgelegten Prinzipien zurück, durch die die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, grundlegende demokratische Werte wie die Freiheit des Individuums, die politische Freiheit und die Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten.

Vor sechs Jahren hatte ich anlässlich eines Symposiums über die Europäische Sozialcharta die Gelegenheit, hier in diesem Plenarsaal eine Erklärung abzugeben. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Europarat als Institution, die der Wahrung der Demokratie in Europa dient, eine beträchtliche Stärkung erfahren. Wir hatten die Rückkehr Griechenlands in unsere Organisation begrüßt und die neuen Mitglieder Portugal und Spanien willkommen geheißen. Drei europäische Diktaturen waren gestürzt worden und an ihre Stelle waren Demokratien getreten. Wir, die wir fest an die Ideale des Europarates glauben, verfolgten diese Entwicklung mit großer Erleichterung. Sie zeigte, daß das Verlangen der Völker nach Freiheit nicht gebrochen werden kann, es wird sich immer wieder manifestieren. Diese Entwicklung zeigte ferner, daß die **Demokratie** immer verteidigt werden muß, und daß im Rahmen der Verteidigung der Demokratie ständige Bemühungen um die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit und auf soziale Gerechtigkeit erforderlich sind.

Unsere Überzeugung von der Gültigkeit dieser Vorstellungen sowie die **Solidarität** mit den Verfolgten und Unterdrückten sollte uns dazu veranlassen, von allen Staaten die Achtung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu fordern. Ich bin davon überzeugt, daß die öffentliche Meinung in unseren Ländern eine konstruktive Rolle spielt, in dem sie

die Auswirkungen der Unterdrückung ans Licht bringt. In diesem Zusammenhang hat sich die Versammlung, diese starke Vertretung der Parlamente der Mitgliedsländer, als eine bedeutende moralische und geistige Kraft erwiesen. Ich bin sicher, daß die Versammlung auch in diesem Bereich weiterhin einen aktiven und entscheidenden Beitrag leisten wird.

Dieses Engagement des Europarates impliziert natürlich, daß der Europarat eine besondere Verantwortung für die Gewährleistung der Achtung der **Menschenrechte** und der Demokratie in seinen Mitgliedsländern trägt. Nur wenn wir uns wirklich ernsthaft mit den Problemen in unseren eigenen Ländern auseinandersetzen, können wir erwarten, daß andere die Meinung des Europarates respektieren.

Einer unserer Mitgliedstaaten, die **Türkei**, ist derzeit keine Demokratie. Die Türkei hat vor dem Militärputsch im September 1980 zweifellos schwere und außergewöhnliche Zeiten erlebt. Schweden vertritt den Standpunkt, daß der Europarat in seiner Funktion als Organ der Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedsländern einen konstruktiven Beitrag zur Wiederherstellung der uneingeschränkten Demokratie in der Türkei leisten könnte und sollte.

Vor einem Jahr jedoch sah sich Schweden aufgrund seiner zunehmenden Besorgnis über die sich verschlechternde Lage der **Menschenrechte** in der Türkei zusammen mit vier anderen Staaten veranlaßt, den Fall Türkei vor die Europäische Menschenrechtskommission zu bringen. Heute, nur sechs Wochen vor den versprochenen Parlamentswahlen, ist die Türkei ein Land, in dem die Menschenrechte immer noch weitgehend außer Kraft gesetzt sind.

Der Eindruck, den die neue Verfassung, das Wahlgesetz, die Ächtung früherer Politiker und zahlreiche Eingriffe in den Wahlvorgang vermitteln, gibt uns weiteren Anlaß, die Art der Demokratie anzuzweifeln, die das Militärregime anstrebt. Nach den Wahlen werden wir den Kurs, den die Türkei eingeschlagen hat, besser beurteilen können. Meine Meinung ist, daß der Europarat seinen Demokratiemaßstab nicht herabsetzen kann, um einzelnen Mitgliedstaaten entgegenzukommen. Alle müssen mit demselben Maßstab gemessen werden.

Die Menschenrechte, ich sagte es bereits, reichen über die nationalen Grenzen hinaus. Wir müssen für sie kämpfen, wo immer sie in Gefahr sind, ob in **Afrika, Asien, Zentralamerika** oder Europa. Es ist offensichtlich, daß die Menschenrechte im **östlichen Teil Europas** nicht geachtet werden. Die Regime in diesem Teil unseres Kontinents sind unbeugsame Diktaturen, deren Fortbestand in vielen Fällen von der Unterstützung durch fremde Streitkräfte abhing. Diese Entwicklung zur Diktatur ist besonders tragisch in Ländern wie der Tschechoslowakei, die eine lange demokratische Tradition hatten.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf ein anderes, nicht europäisches

Land lenken, das auch eine demokratische Tradition hatte. Ich denke an **Chile**. Mit dem Putsch von Santiago vor zehn Jahren wurde eine der wenigen etablierten Demokratien der Dritten Welt durch das Militär zerschlagen.

Seitdem haben sich die materiellen Bedingungen des chilenischen Volkes drastisch verschlechtert, und seine bürgerlichen Rechte und Freiheiten wurden erheblich eingeschränkt.

Heute jedoch ist die Diktatur erschüttert. In dieser kritischen Phase ist es von ausschlaggebender Bedeutung, daß die repräsentativen demokratischen Kräfte in Chile bei ihren Bemühungen um die Wiedereinführung der Demokratie und der Menschenrechte entschieden unterstützt werden.

Der Europarat besitzt eine beispiellose moralische Autorität auf diesem Gebiet, und in seiner Parlamentarischen Versammlung sind politische Gruppierungen vertreten, die mit vielen chilenischen Parteien, nämlich denjenigen, die jetzt gemeinsam für die Wiederherstellung der Demokratie in ihrem Heimatland arbeiten, verwandt sind.

Wenn wir unsere heutigen Gesellschaften in Europa mit denjenigen von vor etwa zehn Jahren vergleichen, so ist eine entscheidende Veränderung festzustellen, die für uns alle von herausragender Bedeutung ist: die ständig steigende Anzahl von Menschen, die ohne Arbeit sind.

Meiner Meinung nach ist die **Arbeitslosigkeit** der wichtigste einzelne Grund für soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit im heutigen Wohlfahrtsstaat. Viele haben hier in diesem Plenarsaal und anderswo gesagt, daß die Arbeitslosigkeit ein sozialer Fluch ist. Nichtsdestoweniger hat die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren Zahlen erreicht, die es in der Nachkriegszeit noch nicht gegeben hat. In den westeuropäischen Ländern waren vor fünf Jahren knapp 10 Mio. Menschen arbeitslos. Im Jahre 1980 war diese Zahl auf fast 12 Mio. angestiegen. Im vergangenen Jahr erreichte sie 16 Mio. und für das nächste Jahr geht man davon aus, daß 20 Mio. Menschen arbeitslos sein werden. Und die höchsten Arbeitslosenraten findet man bei den jungen Generationen.

Die Zahlen, die ich Ihnen genannt habe, bedeuten, daß sich die Arbeitslosenrate im nächsten Jahr, verglichen mit 1978, in der Tat verdoppelt haben wird — was zum damaligen Zeitpunkt fast unvorstellbar war. Doch obwohl sich die Lage drastisch verschlechtert hat, scheint sie in der Öffentlichkeit keine entsprechende Reaktion hervorgerufen zu haben. Im Gegenteil, man hat manchmal den traurigen Eindruck, daß man um so weniger über die Arbeitslosenzahlen spricht, je höher sie steigen.

Darüber hinaus zeichnet sich noch keine Änderung ab. Erst vor ein paar Tagen veröffentlichte die OECD einen alarmierenden Bericht über die Aussichten in bezug auf die Arbeitslosigkeit für den Rest dieses Jahrzehnts. In dem Bericht heißt es, daß zwar ein wirtschaftlicher Aufschwung eingesetzt habe, dieser sich jedoch wahrscheinlich eine

gewisse Zeit lang nicht bei den Arbeitslosenzahlen bemerkbar machen wird. Um die innerhalb der OECD zu verzeichnenden Arbeitslosenzahlen auf das Niveau von 1979 zu senken, müßten jeden Tag während der letzten fünf Jahre dieses Jahrzehnts 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Allein um zu verhindern, daß die Arbeitslosenzahlen steigen, wäre es notwendig, im gleichen Zeitraum bis zu 20 Mio. neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Vom Problem der Arbeitslosigkeit sind alle Länder betroffen, auch diejenigen, wie Schweden, in denen die Arbeitslosenrate in den vergangenen Jahren vergleichsweise niedrig war. Wir haben jetzt deutliche Anzeichen für einen Aufschwung in der schwedischen Wirtschaft mit einem ziemlich raschen Wachstum der Industrieproduktion — aber die Arbeitslosenrate muß noch gesenkt werden. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist in meinen Augen eine Hauptaufgabe aller Regierungen, die an Bedeutung nur dem Kampf für Frieden und Abrüstung gleichkommt. Es gibt viele Gründe dafür:

Erstens: Die Arbeitslosigkeit ist eine furchtbare Vergeudung. Zur Zeit werden überall auf der Welt Produktionsmittel in großem Maße nicht genutzt. Und das sicherlich nicht, weil alle menschlichen Bedürfnisse befriedigt sind. Wie wir alle wissen, ist genau das Gegenteil der Fall. In weiten Teilen der Welt können noch nicht einmal die grundlegendsten Bedürfnisse der Menschen erfüllt werden. In allen Gesellschaften gibt es sehr viele unerfüllte Bedürfnisse, zu deren Befriedigung Arbeitskräfte gebraucht werden.

Ein großer Anteil der Produktionskapazität liegt jedoch brach. Menschen, die nichts so sehr wollen wie einen Arbeitsplatz, sind gezwungen, ihre Tage untätig zu verbringen.

Das bedeutet weniger Produktion — und somit auch weniger Konsum — als möglich wäre. Deshalb ist die Arbeitslosigkeit eine Vergeudung.

Zweitens: Arbeitslosigkeit bedeutet menschliches Leid. Hinter den kalten Zahlen der Arbeitsmarktstatistiken verbirgt sich das Unglück zahlloser Einzelschicksale. Es wird nur zu leicht vergessen, daß jeder einzelne dieser Millionen Arbeitslosen ein Mensch ist.

Zum Beispiel der „Gastarbeiter“ aus Südeuropa oder Nordafrika, der in die europäischen Industriezentren kam und jahrelang die am niedrigsten bezahlten Arbeiten übernahm und es dennoch möglich machte, davon seinen Lebensunterhalt und den seiner zurückgelassenen Familie zu bestreiten. Jetzt wird ihm gesagt, er solle in seine Heimat zurückkehren. Oder etwa das Mädchen, das ich vor einem Jahr in einer schwedischen Arbeitsvermittlungsstelle für Jugendliche traf. Sie leidet keinen Hunger. Ihre Eltern und die Gesellschaft erfüllen die meisten ihrer Grundbedürfnisse — jedoch nicht das Bedürfnis, erwünscht zu sein, gebraucht zu werden. „Ich schlafe morgens lange“, sagt sie. „Etwa um die Mittagzeit gehe ich zur Arbeitsvermittlung. Manchmal haben sie etwas, das für mich in Frage kommen könnte. Dann gehe ich zu der betreffenden

Firma. Gewöhnlich gibt es eine Menge anderer Bewerber. Meistens habe ich nicht die richtige Ausbildung. Auf jeden Fall will niemand jemanden einstellen, der keine Berufserfahrung hat. Ich habe mich um Stellen beworben und 50 oder 60 Absagen erhalten. Abends bleibe ich zu Hause und sehe fern oder gehe in die Stadt und besuche meine Freunde. Mir geht es soweit ganz gut, aber ich habe bald keine Hoffnung und kein Vertrauen mehr, und ich mache mir Sorgen, wenn ich sehe, wie es einigen meiner Freunde ergeht.“

Ich glaube, daß die Schilderung dieses Mädchens zeigt, daß Arbeit in erster Linie eine Möglichkeit ist, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, daß sie darüber hinaus aber noch viel mehr ist.

In den 50er Jahren wurde die Arbeit oft als eine Art „notwendiges Übel“ bezeichnet. Wir arbeiteten für die Freizeit. Unsere freie Zeit war die Entschädigung für eine langweilige, monotone Arbeit in einem oft ungesunden und unangenehmen Arbeitsumfeld. Es wurden Bücher über eine zukünftige, auf Freizeit basierende Zivilisation geschrieben.

Die Arbeit wurde damals von vielen als eine vom eigentlichen Leben getrennte Sache betrachtet. Mit dieser Einstellung war es nicht so wichtig, wie das Berufsleben aussah, wer über den Arbeitsplatz bestimmte und wofür diese Macht genutzt wurde. Wenn manche Menschen keine Arbeit hatten, war das unter Umständen nicht wichtig, sofern sie in vernünftigen wirtschaftlichen Verhältnissen lebten.

Dies sind vielleicht nicht nur Gedanken aus den 50er Jahren — sie klingen sicherlich auch heute noch hier und da an. Doch wie vieles andere hat sich auch eine neue Einstellung zur Arbeit entwickelt. Arbeit ist nicht nur etwas, das man acht Stunden am Tag, fünf Tage in der Woche für ein bestimmtes Entgelt tut. Die Arbeit hat auch einen entscheidenden Einfluß auf unser Familienleben, unsere Beziehungen zu anderen Menschen sowie allgemein auf unsere Rolle in der Gesellschaft.

Der Arbeitsplatz stellt einen Hauptbestandteil des sozialen Lebens des Menschen dar; die **Arbeit** macht einen wichtigen Teil der **Identität** eines Menschen aus. Die Arbeit ist eng mit Werten wie Selbstvertrauen, menschliche Würde und Sinn des Lebens verbunden.

Daher ist es nicht verwunderlich, daß bei zunehmender Arbeitslosigkeit auch die Sterblichkeitsrate ansteigt, sich der Gesundheitszustand der Bevölkerung verschlechtert, die Zahl der Selbstmorde zunimmt, es mehr zerrüttete Familien gibt, die Kriminalitätsrate und der Drogenverbrauch ansteigen und es mehr Prostitution gibt. Die sozialen Auswirkungen der Massenarbeitslosigkeit sind furchtbar.

Der **dritte** Grund für die Notwendigkeit, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, hat einen direkten Bezug zu den Zielen und der Arbeit des Europarates. Ich glaube, daß die Massenarbeitslosigkeit letztendlich eine Bedrohung der Demokratie darstellt. Oder anders ausgedrückt: die Demokratie wird auf lange

Sicht in Ländern mit gleichbleibend hohen Arbeitslosenzahlen nicht überleben. Sie untergräbt die soziale Struktur, die die Grundlage der Demokratie bildet.

Als besonders gefährlich in diesem Zusammenhang erscheint mir die weitverbreitete **Jugendarbeitslosigkeit**. Wir reden von der Wirtschaftskrise. Wir sagen, daß jeder zur Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme beitragen muß. Doch wenn die jungen Leute aus der Schule kommen und einen Arbeitsplatz suchen, wenn sie sich voll in die Welt der Erwachsenen integrieren wollen, wenn sie ihren Beitrag leisten wollen, dann sagt man ihnen, daß sie nicht erwünscht sind, nicht gebraucht werden. Ihr Beitrag zur Lösung der Krise besteht darin, arbeitslos zu sein.

Dadurch verlieren die jungen Leute Hoffnung und Selbstvertrauen. Verbitterung und Verzweiflung greifen um sich, das Vertrauen in die Gesellschaft, in unsere demokratischen Institutionen geht verloren. Wenn wir den jungen Menschen das Recht, vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft zu sein, verweigern, ist es möglich, daß sie sich einen Platz außerhalb dieser Gesellschaft suchen.

Heute sagen manche, die Erfahrung der letzten Jahre zeige, daß es schließlich doch nicht so ernst mit dem Problem der Arbeitslosigkeit sei. Es sei trotz neuer Rekordhöhen der Arbeitslosenzahlen nicht zu gewalttätigen Reaktionen gekommen. Die Arbeitslosen bekämen ja ein gewisses Einkommen und litten nicht allzu sehr. Und manche sagen sogar, etwas mehr Arbeitslosigkeit sei vielleicht gar nicht so schlecht — das führe dazu, daß die Gewerkschaften sich entgegenkommender verhielten und die Inflation gebremst werde.

Dies sind in meinen Augen sehr kurzsichtige Argumente. Die Reaktionen auf die Arbeitslosigkeit waren vielleicht — bis jetzt — noch nicht so heftig. Wenn jedoch eine Generation junger Menschen nach der anderen feststellt, daß es für viele von ihnen keinen Platz auf dem Arbeitsmarkt gibt, kann die gesamte soziale Struktur einer Demokratie untergraben werden. Und diese läßt sich nicht so einfach wiederherstellen, selbst wenn die Arbeitslosenrate wieder zurückginge.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit von herausragender Bedeutung ist,

- um eine Vergeudung im rein wirtschaftlichen Sinn zu vermeiden;
- um die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit und das sich aus ihr ergebende menschliche Leid zu mildern;
- um den Glauben an die demokratische Regierungsform wiederherzustellen und die Demokratie selbst zu stärken.

An dieser Stelle soll nicht im einzelnen analysiert werden, welches das beste Rezept für die Gesundung unserer Volkswirtschaften ist und wie man am besten die Entwicklungen, die zu erhöhter Ar-

beitslosigkeit führten, umkehrt. Ich wollte einfach nur zu der Frage Stellung nehmen, weshalb der Kampf für mehr Arbeitsplätze eine solch außergewöhnliche Bedeutung hat.

Manchmal wird argumentiert, man müsse ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen, wenn man wirtschaftliche Stabilität und eine niedrige Inflationsrate anstrebe. Es trifft zu, daß der Kampf gegen die Inflation wichtig ist. Und es trifft zu, daß die herkömmlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Nachfrage, wie z. B. allgemeine Steuersenkungen, oft zu einer Erhöhung der Inflation geführt haben.

Es trifft jedoch nicht zu, daß **Vollbeschäftigung und Inflation** unbedingt aneinander gekoppelt sein müssen. Es ist nicht unbedingt erforderlich, wirtschaftliche Stabilität auf Kosten von Arbeitsplätzen zu erreichen. Durch eine selektivere Wirtschaftspolitik, die die gesunden Industrien unterstützt sowie durch eine aktive Regionalpolitik könnte die Beschäftigung erhöht werden, ohne daß ein hoher inflationärer Druck entsteht. Dieses Verfahren ist komplizierter als das herkömmliche keynesianische Modell — aber es könnte, vorsichtig und geschickt angewendet, auch bessere Ergebnisse liefern.

Eines muß betont werden: der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist ein gemeinsamer Kampf der Nationen. Kein Land kann allein eine Expansionspolitik betreiben. Solche Politiken führen unweigerlich zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und zu großen Zahlungsbilanzdefiziten. Jeder Versuch einer alleinigen Expansion muß über kurz oder lang wieder umgekehrt werden. Die Lösung dieses Problems ist wirklich sehr einfach und doch ist ihre Verwirklichung so schwierig. **Internationale wirtschaftliche Interdependenz** bedeutet, daß die Weltwirtschaftskrise sich nicht aus den einzelnen Krisen einer großen Zahl von Nationen zusammensetzt. Es ist eine **gemeinsame Krise**. Die Lösung besteht aus einer konzertierten Aktion mit dem Ziel, Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln. Helmut Schmidt drückte dies in einem Artikel vor einiger Zeit so aus: „Es stellt sich immer noch die Frage: werden die Länder versuchen, ihre gemeinsamen Probleme gemeinsam zu lösen — vergleichbar einem Spiel, bei dem jeder gewinnt — oder wird es zu einer Konfrontation kommen — ein Spiel, bei dem jeder verliert?“

Es ist noch ein weiter Weg bis zu einer allgemeinen Einigung darüber, welche konzertierten Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft ergriffen werden sollen. Die Diskussion über die besten Mittel und Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist in vollem Gange. Manche sind der Meinung, „job-sharing“ sei eine gute Idee; durch die Verringerung der Zahl der Arbeitsstunden könnten Arbeitsplätze für diejenigen geschaffen werden, die ohne Arbeit sind. Andere schlagen vor, den öffentlichen Sektor auszubauen, wodurch Arbeitsplätze in solchen Bereichen geschaffen würden, in denen viele Bedürfnisse noch nicht befriedigt sind. Wir tasten allerdings noch weitgehend im Dunkeln. Es ist jedoch

sowohl für die Zukunft Europas als auch für die Zukunft der Demokratie auf diesem Kontinent von entscheidender Bedeutung, daß wir uns zusammensetzen und nach geeigneten Rezepten gegen die Plage der Arbeitslosigkeit suchen.

Ich will an dieser Stelle keine bestimmten Empfehlungen abgeben, sondern nur auf einen Gedanken hinweisen, den der schwedische Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Meidner kürzlich in einer Rede vorbrachte. Meidner stellte die bei uns vorhandenen Schwierigkeiten, unsere Volkswirtschaften in der Weise zu organisieren, daß alle diejenigen Arbeiten, die so dringend erforderlich sind, auch verrichtet werden können, dem ungeheueren Forschungsapparat, der den Militärplanern zur Verfügung steht, und den enormen organisatorischen Anstrengungen gegenüber, die in ihrem Auftrag unternommen werden.

Überall auf der Welt gibt es „Denkfabriken“ voller Wissenschaftler, die ausschließlich damit beschäftigt sind, Strategien für einen Krieg zu entwickeln. Ein Großteil der Forschung im Bereich der Technologie dient militärischen Zwecken. Unzählige Milliarden Dollar, Rubel und andere Währungen werden für den Aufbau hochentwickelter neuer Verteidigungssysteme ausgegeben.

Warum, so kann man fragen, können wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht ebenso systematisch führen? Warum sollte es kein großangelegtes Forschungsprogramm geben, dessen Ziel die Schaffung von Arbeitsplätzen wäre? Warum kann es nicht mehr „Denkfabriken“ geben, in denen nach einer Beschäftigungsstrategie geforscht wird?

In diesem Frühjahr nahm ich an einer Konferenz über Jugendarbeitslosigkeit teil, die in einer schwedischen Stadt stattfand. Es waren viele junge Leute anwesend, und ich lud 15 von ihnen zu einer Diskussion über die Lage junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt ein, die sechs Monate später auf dem Landsitz des schwedischen Ministerpräsidenten veranstaltet werden sollte.

Diese Veranstaltung fand vorgestern statt. In den Stunden, die wir — die arbeitslosen Jugendlichen, einige Regierungsvertreter und ich — zusammen verbrachten, erfuhr ich sehr viel darüber, was es heißt, arbeitslos zu sein. Im Rahmen der Vorbereitung dieser Begegnung hatten die anwesenden jungen Leute sich sehr bemüht, konstruktive Vorschläge für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu entwickeln. Diese Vorschläge beruhten hauptsächlich auf ihren eigenen Erfahrungen bei der Arbeitssuche. Das Beispiel zeigt meiner Ansicht nach, wie wichtig Selbstvertrauen ist und wie sehr es diesen jungen Leuten helfen kann. Wir sollten unsererseits Vertrauen in die Jugendlichen setzen. Wir sollten sie niemals enttäuschen. Denn Vertrauen in die Jugend bedeutet Vertrauen in die Zukunft.

Zum Schluß möchte ich ein paar Bemerkungen zu dem anderen Thema machen, das für uns alle von größter Bedeutung ist — **der Kampf für den Frieden**. Wir leben in einer Zeit erschreckender Unsicherheit. In diesem Herbst steht Europa, unser

Kontinent, wieder im Blickpunkt. Uns steht eine neue Runde der Aufrüstung bei den extremsten Waffen, den Kernwaffen, bevor; dabei wäre der einzig vernünftige Weg, diese Waffen abzubauen.

Es wird vielfach behauptet, daß der Frieden in Europa im Grunde von den Kernwaffenpotentialen der beiden Militärbündnisse abhängt. Und es mag auch stimmen, daß die Abschreckung in der Vergangenheit einen Krieg verhindert hat. Doch die Kernwaffen stellen eine besondere Kategorie dar. Durch sie wurde die eigentliche Konzeption des Krieges verändert, weil man einen Atomkrieg nicht gewinnen kann. Diese Waffen bieten keinen echten Schutz. Wenn sie eingesetzt würden, wäre das Ausmaß der Zerstörung unvorstellbar. Der sogenannte „Sieger“ bliebe im Besitz eines durch Strahlung verseuchten, verwüsteten Landes zurück. Das, was wir unter Zivilisation verstehen, könnte in wenigen Stunden zerstört werden. Die Öffentlichkeit wird eingehend darüber informiert, was Zerstörung durch Kernwaffen bedeutet. Aber es werden keine Konsequenzen daraus gezogen. Die Staaten bereiten sich weiterhin auf einen Atomkrieg vor und führen nach wie vor Kernwaffentests durch. Das macht den Menschen natürlich Angst.

Jemand, der vermutlich direkter als irgendein anderer in die Diskussion um die atomare Abschreckung verwickelt ist, ist Robert McNamara, der sieben Jahre lang Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten und mehr als zehn Jahre lang Präsident der Weltbank war.

Robert McNamara leistete kürzlich mit einem Artikel in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ einen sehr bedeutenden Beitrag zur Diskussion um die Rolle der **Kernwaffen**. Er zieht ohne Umschweife den Schluß: „Kernwaffen dienen überhaupt keinem militärischen Zweck. Sie sind vollkommen nutzlos — mit der einen Ausnahme, daß sie den Gegner davon abschrecken sollen, sie einzusetzen.“ Und seine Analyse lautet eindeutig: Ein strategischer Kernwaffenangriff gegen die Sowjetunion würde mit ziemlicher Sicherheit zu einer Reaktion der Sowjetunion führen, durch die den Vereinigten Staaten und Europa ein untragbarer Schaden entstünde. Das gleiche gelte natürlich auch für einen gegen die Vereinigten Staaten gerichteten strategischen Angriff der Sowjetunion. Entgegen der Lage vor einigen Jahrzehnten verfügten heute beide Seiten über riesige **strategische Arsenale**, von denen zumindest ein beträchtlicher Teil einem **Erstschlag** standhielte und folglich für einen **Vergeltungsschlag** eingesetzt werden könnte, was katastrophale Auswirkungen für beide Seiten hätte. McNamara nennt einen strategischen Kernwaffenangriff „einen selbstmörderischen Akt“. Und die Androhung eines solchen Angriffs als Abschreckung von einer konventionellen Aggression seitens der Sowjetunion hat seiner Ansicht nach jede Glaubwürdigkeit verloren. Eine glaubwürdige Abschreckung könne nicht auf einer unglaublichen Handlung beruhen.

Darüber hinaus ist nach Meinung von McNamara auch der Wert der **taktischen Kernwaffen** fragwürdig. Man gehe natürlich von der Annahme aus, daß

die NATO diese Waffen als Reaktion auf eine Invasion Westeuropas durch den Warschauer Pakt einsetze. Doch hätten die taktischen Kernwaffen, insbesondere die Artillerie, eine so kurze Reichweite, daß die von der NATO abgefeuerten Kernwaffen innerhalb des Territoriums der NATO explodierten, was schwere Verluste an Menschenleben und weitgehende Zerstörung in den Mitgliedsländern zur Folge hätte. Außerdem müsse man sich bewußt sein, daß die gegnerische Seite auf einen Angriff der NATO sehr wahrscheinlich mit massierten Kernwaffenangriffen reagieren würde.

Diese Gründe spielten auch eine Rolle bei dem Vorschlag der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheitsfragen in **Mitteleuropa** eine **kernwaffenfreie Zone** einzurichten. In dem Bericht dieser Kommission, der ich angehörte, heißt es, daß diese Gefechtsfeldwaffen eine besondere Gefahr darstellen. Unser Vorschlag beinhaltet einen Plan, demzufolge die nukleare Munition aus einer 150 Kilometer breiten Zone entlang der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt zu entfernen ist; mit der Verwirklichung dieses Plans sollte in Mitteleuropa begonnen werden; später sollte er auch auf die nördlichen und südlichen Flanken ausgedehnt werden. Unser Vorschlag bedeutete die Festschreibung des Grundsatzes, wonach nukleare Munition nicht vorne disloziert werden soll. Unsere Absicht war, dem Drängen nach einem frühzeitigen Einsatz von Kernwaffen entgegenzuwirken sowie Entscheidungen und Aktionen nach der Devise „einsetzen oder verlieren“ zu verhindern. Wir schlugen vor, in Mitteleuropa zu beginnen, weil dort die Konfrontation am stärksten und die Gefahr einer dramatischen Eskalation am größten ist. Selbstverständlich ist die Verifikation ein wichtiger Faktor. Das Vertrauen in die beiderseitige Zusage, keine nukleare Munition wieder in die atomwaffenfreie Zone zu bringen, könnte durch nationale technische Mittel sowie gegebenenfalls durch ein Abkommen über Inspektion auf Verlangen erhalten werden. Die Vereinbarung könnte im Rahmen eines Abkommens über paritätische gegenseitige Truppenreduzierungen in Europa verwirklicht werden.

Zwar könnten natürlich in Kriegszeiten wieder Kernwaffen in dieser Zone disloziert werden, und es könnten auch Kernwaffen von außerhalb auf Ziele innerhalb dieser Zone gerichtet werden. Doch wird dadurch der Wert dieser Zone als vertrauensbildende Maßnahmen nicht geschmälert, die dazu dient, in einer Situation, in der beide Seiten es vorziehen, unterhalb der Nuklearschwelle zu bleiben, jedoch Angst vor einem Präventivschlag des Gegners haben, dem Druck in Richtung eines massiven Einsatzes von Kernwaffen entgegenzuwirken. Mit Hilfe der kernwaffenfreien Zone soll vermieden werden, in eine Falle zu geraten; keine Stelle will dies, und es gibt ein gemeinsames Interesse, Wege zu finden, um dies zu verhindern.

Zweifellos erregen diese Gedanken jetzt erneut Aufmerksamkeit. Ich bin fest davon überzeugt, daß dieser Vorschlag, wenn er verwirklicht würde, die Sicherheit für beide Seiten erhöhte und daß, wie die

laufenden Diskussionen innerhalb der NATO zeigen, dieser Gedanke immer mehr Anhänger finden wird.

Wenn man behauptet, der Frieden könne nur durch **Abschreckung** erzielt werden, heißt das nichts anderes als daß Angst und die Androhung von Vergeltungsmaßnahmen die Grundlage des Strebens nach Frieden sein müssen. Das Ziel ist es dabei, dem Gegner so viel Angst wie möglich einzuflößen, und der Gegner versucht umgekehrt das gleiche. Als Folge davon wächst die Angst, und in Europa und überall auf der Welt werden immer mehr Waffen entwickelt und disloziert. Ich glaube nicht, daß dies langfristig eine Grundlage für den Frieden sein kann.

Alle Völker haben ein gemeinsames Interesse daran, einen Atomkrieg zu vermeiden. Darauf beruht das Alternativkonzept einer gemeinsamen Sicherheit. Seine Grundlage ist der Gedanke, daß die Gegner gemeinsam handeln müssen, um einen Krieg zu verhindern: indem sie über ausgewogene Reduzierungen der bestehenden Potentiale, vertrauensbildende Maßnahmen und Begrenzungen bei neuen Waffen verhandeln. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist ein **konstruktiver Dialog zwischen Ost und West** sowie zwischen Entscheidungsträgern, Verhandlungspartnern, Wissenschaftlern und der breiten Öffentlichkeit, die sich in allen Ländern mit Fragen des Friedens und der Sicherheit beschäftigen.

Dies ist einer der Gründe dafür, warum Schweden es als eine große Ehre betrachtet, Gastgeber der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa zu sein, die Anfang nächsten Jahres in Stockholm beginnen soll. Wir hoffen aufrichtig, daß diese Konferenz, die zu einem für die Zukunft unseres Kontinents so entscheidenden Zeitpunkt stattfindet, einen Beitrag leistet zu den Bemühungen, die Sicherheit auf eine solidere Grundlage als Mißtrauen und Angst zu stellen.

Ich habe heute über Demokratie, Beschäftigung und Frieden gesprochen. Dies sind Fragen, die das Überleben der Menschheit, die Würde des Menschen und das Recht jedes einzelnen auf ein Leben in Freiheit, in dem er seine Zukunft selbst gestalten kann, betreffen.

Mit all diesen Fragen beschäftigt sich auch der Europarat. Deshalb ist die Arbeit des Europarates für jeden einzelnen in unserem Teil der Welt wichtig und bedeutungsvoll.

Tagesordnungspunkt:

Rechtsfälle im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention

(Drucksache 5102)

Berichterstatter: Abg. Muheim

(Themen: Die Wahrnehmung des Rechts auf Individualbeschwerde im Verlauf von 30 Jahren — Durch-

schnittliche Verfahrensdauer — Verbesserungsvorschläge im Hinblick auf die Arbeitsweise des Sekretariats — Empfehlungen für die Tätigkeit der Europäischen Menschenrechtskommission)

Empfehlung 970 (1983)

betr. Rechtsfälle im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention

Die Versammlung

1. erinnert an die grundlegende Bedeutung der Europäischen Menschenrechtskonvention;
2. weist darauf hin, daß die Konvention in Artikel 25 vorsieht, daß jede natürliche Person oder Personenvereinigung Gesuche an die Europäische Kommission für Menschenrechte richten kann, und vermerkt, daß diese Bestimmung zum Grundstein des Schutzes der Menschenrechte in Europa geworden ist;
3. erinnert daran, daß die Mitgliedstaaten des Europarates in ihrer Erklärung über die Menschenrechte vom 27. April 1978 ihre Überzeugung zum Ausdruck brachten, daß „es von größter Bedeutung ist, daß die durch die Europäische Menschenrechtskonvention geschaffenen Organe ein wirksames Instrument bleiben, um die Einhaltung der sich aus der Konvention ergebenden Verpflichtungen zu gewährleisten“;
4. stellt fest, daß die Anzahl der bei der Kommission eingegangenen Gesuche in den vergangenen Jahren beträchtlich gestiegen ist und weiter ansteigt;
5. stellt fest, daß das Ministerkomitee in seiner Antwort auf die schriftliche Anfrage Nr. 240 zugesteht, daß „bei einem Großteil der von der Europäischen Kommission für Menschenrechte für zulässig erklärten Gesuche die Gesamtdauer des Verfahrens... mehr als drei Jahre beträgt“;
6. befürchtet, daß diese Verzögerungen die Konvention und ihre Verfahrensweisen in Mißkredit bringen;
7. ist überzeugt, daß die bestehenden Strukturen der Kommission, die vor rund dreißig Jahren geschaffen wurden, überprüft werden müssen, um den derzeitigen Arbeitsanfall in angemessener Weise bewältigen zu können;
8. ist der Auffassung, daß eine solche Überprüfung sich auch auf die Zweckmäßigkeit einer Aufteilung der Kommission in zwei oder drei Kammern sowie auf die Notwendigkeit, die Anzahl der Mitarbeiter im Sekretariat zu erhöhen und seine Arbeitsweise zu verbessern, erstrecken sollte;
9. ist der Auffassung, daß einige Mitgliedstaaten der Erfüllung der Aufgaben, die sich im Zusammenhang mit den von der Kommission angenommenen Gesuchen ergeben, nicht die erforderliche Priorität einräumen;
10. ist ferner der Auffassung, daß es wichtig ist, daß die Mitglieder der Kommission uneingeschränkt an der Arbeit der Kommission teilnehmen;
11. stellt fest, daß der Lenkungsausschuß für Menschenrechte und ein Expertenausschuß derzeit die Möglichkeiten zur Verbesserung des Verfahrens nach der Europäischen Menschenrechtskonvention prüft;
12. empfiehlt dem Ministerkomitee,
 - (i) der Arbeit in bezug auf eine Verfahrensverbesserung im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Sekretariats hohe Priorität einzuräumen, insbesondere indem
 - a) geprüft wird, ob es zweckmäßig ist, einen Unternehmensberater zu konsultieren;
 - b) die Anzahl der für die Kommission tätigen Mitarbeiter erhöht und ihre Aufstiegsmöglichkeiten verbessert werden;
 - c) die Kapazitäten des Übersetzungsdienstes und der Druckerei der Nachfrage angepaßt werden;
 - (ii) insbesondere im Hinblick auf die Europäische Kommission für Menschenrechte die Erarbeitung eines Zusatzprotokolls zur Menschenrechtskonvention ins Auge zu fassen, in dem u. a. festzulegen ist, daß
 - a) die Kommission in zwei oder drei Kammern aufgeteilt wird, die sich mit der Prüfung der gemäß Artikel 25 der Konvention eingereichten Gesuche befassen;
 - b) die Mitglieder der Kommission für Menschenrechte kein Amt ausüben dürfen, durch das sie an einer uneingeschränkten Mitarbeit in der Kommission gehindert werden könnten oder das unvereinbar mit dem Prinzip der Gewaltenteilung ist;
 - c) den Mitgliedern der Kommission genügend Zeit zur Verfügung stehen sollte, um sich den aus ihrer Mitgliedschaft ergebenden Aufgaben zu widmen;
 - (iii) die Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, die Fristen für die Übermittlung von Informationen, Beobachtungen oder Beweismitteln in bezug auf Gesuche, die bei der Kommission anhängig sind, strikt einzuhalten.

EntschlieÙung 802 (1983)

betr. Bewerbungen um die Mitgliedschaft in der Europäischen Kommission für Menschenrechte

Die Versammlung

1. verweist auf ihre Empfehlung 970 (1983) betr. Rechtsfälle im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention;

2. betont, daß es für eine wirksame Arbeitsweise der Europäischen Kommission für Menschenrechte von Bedeutung ist, daß die Kommissionsmitglieder an den Arbeiten der Kommission uneingeschränkt teilnehmen;
3. fordert die nationalen Delegationen in der Versammlung auf, Kandidaten vorzuschlagen, die über ausreichend Zeit verfügen, um sich mit den Aufgaben zu befassen, die die Mitgliedschaft in der Kommission mit sich bringt, und die kein Amt ausüben, das mit dem Grundsatz der Gewaltenteilung unvereinbar ist;
4. beauftragt ihr Präsidium, ihren Rechtsausschuß in Fällen zu konsultieren, in denen Zweifel an der Eignung eines Kandidaten bestehen.

Tagesordnungspunkt:

Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das die Liste der in der Konvention verbürgten politischen und bürgerlichen Rechte erweitert wird

(Drucksache 5106)

Berichterstatte: Abg. Margue

(Themen: Grundsätzliche Einwände gegen die begrenzte Zahl der im Protokoll berücksichtigten Rechte — Ratifizierungsfragen — Bedeutung der Erläuterungen für die Interpretation der einzelnen Rechte)

Stellungnahme Nr. 116 (1983)

betr. den Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das die Liste der in der Konvention verbürgten politischen und bürgerlichen Rechte erweitert wird

Die Versammlung

1. bringt ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß das Ministerkomitee die Versammlung um eine Stellungnahme gebeten hat zu dem Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das die Liste der in der Konvention verbürgten bürgerlichen und politischen Rechte erweitert wird;
2. erinnert an ihre Bemühungen und Vorschläge, durch die Erweiterung der in der Europäischen Menschenrechtskonvention verbürgten Rechte einen besseren Schutz des einzelnen zu gewährleisten;
3. stellt fest, daß der Entwurf eines Zusatzprotokolls Teil der Weiterentwicklung der Europäischen Menschenrechtskonvention ist, bedauert jedoch, daß nach so langen Vorbereitungsarbeiten die Liste der in dem Entwurf eines Zusatzprotokolls enthaltenen neuen Rechte nur von so begrenztem Umfang ist;
4. hofft, daß dieser Tatbestand durch die unverzügliche Ratifizierung des Protokolls durch alle Vertragsparteien der Europäischen Menschenrechtskonvention ausgeglichen wird und daß die Anwendung des Rechts auf Individualbeschwerde sowie die Anerkennung der obligatorischen Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in das Zusatzprotokoll aufgenommen werden;
5. ist überzeugt, daß der Entwurf eines Zusatzprotokolls lediglich einen Schritt in Richtung auf die Erweiterung der Liste der in der Europäischen Menschenrechtskonvention verbürgten bürgerlichen und politischen Rechte darstellt;
6. betont, daß weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, um die in der Konvention verbürgten bürgerlichen und politischen wie auch sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte zu erweitern und den heutigen Bedingungen anzupassen;
7. (i) bringt ihre Zustimmung zu dem Entwurf eines Zusatzprotokolls zum Ausdruck, schlägt jedoch vor,
 - a) in Artikel 2, Abs. 2 folgendes zu streichen:
„... in der ersten Instanz von der höchsten Spruchstelle oder ... verurteilt worden war“;
 - b) Artikel 7, Abs. 2 im Entwurf eines Zusatzprotokolls durch folgenden Text zu ersetzen: „Erklärungen, die die Hohen Vertragsschließenden Teile dieses Zusatzprotokolls nach Artikel 25 oder Artikel 46 der Konvention bereits abgegeben haben oder in der Zukunft abgeben werden, werden im Hinblick auf die Bestimmungen dieses Zusatzprotokolls wirksam.“
- (ii) vertritt in bezug auf die beiden Fragen, die zum Zeitpunkt der Ausarbeitung des Protokollentwurfs noch ungeklärt waren (das sogenannte „à la carte“-System und die Bedeutung der „Erläuterungen“) die Auffassung,
 - a) daß es sich äußerst nachteilig auf die Kohärenz des durch die Europäische Menschenrechtskonvention geschaffenen Schutzsystems auswirken würde, wenn einem Staat gestattet würde, Vertragspartei des Zusatzprotokolls zu werden, ohne alle Artikel, die neue Rechte garantieren, anzuerkennen (sogenanntes „à la carte“-System);
 - b) daß die Praxis des Europarates, derzufolge die „Erläuterungen“ kein rechtskräftiges Instrument zur Auslegung des betreffenden Vertrags darstellen, beibehalten werden sollte;
- (iii) fordert alle Vertragsparteien der Europäischen Menschenrechtskonvention auf, das

- Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das die Liste der in der Konvention verbürgten bürgerlichen und politischen Rechte erweitert wird, zu unterzeichnen und zu ratifizieren, sobald der Wortlaut des Zusatzprotokolls vom Ministerkomitee angenommen ist, und die Anwendung des Rechts auf Individualbeschwerde sowie die Anerkennung der obligatorischen Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auf dieses Protokoll auszuweiten;
8. fordert das Ministerkomitee auf, die Versammlung häufiger um Stellungnahmen zu den vom Europarat ausgearbeiteten Entwürfen von Konvention und Zusatzprotokollen zu ersuchen.

Tagesordnungspunkt:

Schutz von Häftlingen gegen Folter und grausame, unmenschliche oder entwürdigende Behandlung oder Strafe

(Drucksache 5099)

Berichterstatter: Abg. Berrier

(Themen: Einführung eines Inspektionssystems zur Verhinderung von Folter und unmenschlicher Behandlung — Inkraftsetzung des Rechts auf Individualbeschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in allen Mitgliedstaaten)

Empfehlung 971 (1983)

betr. den Schutz von Häftlingen gegen Folter und grausame, unmenschliche oder entwürdigende Behandlung oder Strafe

Die Versammlung

1. erinnert daran, daß die Folter allgemein als eine der schwersten Verletzungen der Menschenrechte verurteilt worden ist und daß zu ihrer Verhinderung wirksame Maßnahmen erforderlich sind;
2. erinnert an ihre Empfehlung 909 (1981) betr. das Internationale Übereinkommen gegen die Folter und die EntschlieÙung (78) 41 des Ministerkomitees betr. die Menschenrechtserziehung in den Mitgliedstaaten;
3. stellt fest, daß die Opfer der Folter oder unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung aufgrund des nationalen Rechts in den Mitgliedstaaten und der Europäischen Menschenrechtskonvention über Rechtsmittel verfügen, um solche Menschenrechtsverletzungen anzuprangern;
4. unterstreicht jedoch, daß nur die Person, die bereits Opfer der Folter geworden ist, diese Rechtsmittel einlegen kann;
5. ist der Auffassung, daß die Mehrzahl der Folterungen am Inhaftierungsort stattfindet, und ist überzeugt, daß regelmäßige, nicht angekündigte Besuche an diesen Orten einen bedeutenden Beitrag zur Verhinderung der Folter leisten würden;
6. stellt fest, daß solche Besuche im Entwurf eines Fakultativprotokolls zum Entwurf des Internationalen Übereinkommens gegen die Folter vorgesehen sind, der gegenwärtig von den Vereinten Nationen geprüft wird, und hofft, daß diese Prüfung sobald wie möglich abgeschlossen wird;
7. ist der Auffassung, daß man nicht erwarten kann, daß ein derartiges System auf weltweiter Ebene rasch und einwandfrei funktioniert;
8. vertritt die Ansicht, daß die Verhütung von Folter und unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung mit einer Aufklärung über die Menschenrechte beginnt, die in allen Systemen und auf allen Ebenen der Erziehung stattfinden und Teil der Berufsbildung aller Angehörigen des öffentlichen Dienstes und des Militärs, ungeachtet ihres Dienstgrades oder Tätigkeitsbereichs, sein muß;
9. hat Kenntnis von zahlreichen Berichten über die Haftbedingungen in bestimmten Mitgliedsländern und insbesondere die Anwendung von Folter und ähnlichen Behandlungen;
10. vertritt die Ansicht, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates die Pflicht haben, jede Form der Folter und jede unmenschliche, grausame oder entwürdigende Behandlung sowie alle Mißbräuche, die sich trotz der Kontrolle durch die Justizbehörden in den Strafvollzugsanstalten ausbreiten konnten, gemeinsam zu bekämpfen;
11. vertritt die Ansicht, daß die Mitgliedstaaten des Europarates einmal mehr Pionierarbeit im Bereich der Menschenrechte leisten würden, wie sie es bereits im Falle der Europäischen Menschenrechtskonvention selbst getan haben, wenn sie im Rahmen des Europarates ein System nichtangekündigter Besuche an Inhaftierungsorten zum Schutz der Häftlinge gegen Folter oder grausame, unmenschliche oder entwürdigende Behandlung oder Strafe einrichten würden;
12. empfiehlt dem Ministerkomitee:
 - (i) den Entwurf eines Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Häftlingen gegen Folter und grausame, unmenschliche oder entwürdigende Behandlung oder Strafe anzunehmen; der Text dieses Entwurfs ist der vorliegenden Empfehlung als Anlage beigelegt;
 - (ii) den Generalsekretär aufzufordern, Informationen über die Verwirklichung seiner EntschlieÙung (78) 41 in den Mitgliedstaaten zu sammeln und der Parlamentarischen Versammlung unverzüglich darüber Bericht zu erstatten.

Donnerstag, 29. September 1983

Tagesordnungspunkt:

**Die Lage der deutschen Minderheit
in der Sowjetunion**

(Drucksache 5098)

Berichterstatter: Abg. Jäger (Wangen)

Jäger (Wangen), (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen! Meine Herren Kollegen! Im Januar dieses Jahres haben wir uns in dieser Versammlung eingehend mit dem traurigen Schicksal der jüdischen Minderheit in der Sowjetunion befaßt und unseren Willen zum Ausdruck gebracht, dieser leidgeprüften Volksgruppe zu helfen. Heute legt Ihnen die zuständige Kommission einen Bericht über das Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion vor, jener Volksgruppe, die von der sowjetischen Regierung ganz offiziell so bezeichnet wird, einer Volksgruppe von ähnlicher Größe wie die der Juden in der Sowjetunion und ähnlichen Leiden und Unterdrückungen wie die der Juden unterworfen.

Einzelne Deutsche gab es sicher schon seit Jahrhunderten in Rußland, aber erst unter der Zarin Katharina II., die mit einem feierlichen Manifest Deutsche einlud, sich in ihrem Reich niederzulassen, begann die **Geschichte der Deutschen** als einer großen und immer mehr anwachsenden Volksgruppe **in Rußland**. Die Einzelheiten der Geschichte dieser deutschen Minderheit können Sie in der Begründung des vorliegenden Berichtentwurfs nachlesen, soweit sie für Sie von Interesse sind.

Die Tragödie der Deutschen in der Sowjetunion begann mit der kommunistischen Herrschaft und ganz besonders unter Stalin und erreichte mit dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges im Zweiten Weltkrieg ihren eigentlichen Höhepunkt. Obwohl die Rußlanddeutschen loyal zu ihrem Staat, der Sowjetunion standen, was 1964 bei ihrer Rehabilitation unter Chruschtschow ausdrücklich bestätigt worden ist, erklärte man sie damals zum „inneren Feind“ der Sowjetunion, beschuldigte sie samt und sonders der Spionage und vertrieb sie aus ihren angestammten **Siedlungsgebieten**, deportierte sie unter bewußt weiter Zerstreuung in entlegene Gebiete Sibiriens und Mittelasien. Dabei starben Tausende, Zehntausende an Hunger und Entbehrungen.

Was die deutsche Volksgruppe zuvor in der sogenannten **Wolgarepublik** und in ihren anderen angestammten Siedlungsgebieten für Infrastruktur, Wirtschaft und Kultur Rußlands geleistet hatte, konnte beim Anhörungsverfahren, das die Kommission für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedstaaten Anfang Dezember 1982 in Stuttgart veranstaltete, ein Mitglied dieser Versammlung persönlich bezeugen. Ich meine unseren britischen Kollegen Edwards, der als junger Politiker Anfang der 20er Jahre in der Sowjetunion war und deutsche Dörfer und Siedlungen besuchen

konnte. Seine eindrucksvollen Darlegungen über diese persönlichen Erlebnisse waren für die Kommission von größtem Interesse.

Im übrigen hörten wir bei diesem Anhörungsverfahren einen Vertreter der Bundesregierung, einen Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, einen Vertreter der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Rußlanddeutschen sowie den Präsidenten des Bundes der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland an, außerdem sechs Zeugen, die erst wenige Monate zuvor aus der UdSSR ausgereist waren und persönliche Eindrücke über die Situation der deutschen Minderheit mit hoher Aktualität vortragen konnten.

Alle Berichte und Aussagen ergaben übereinstimmend, daß trotz der Rehabilitation der deutschen Volksgruppe im Jahre 1964 den Deutschen in der Sowjetunion **Menschenrechte** in erheblichem Ausmaß vorenthalten werden, daß sie als Deutsche diskriminiert und schikaniert werden und daß insbesondere ihre **Minderheitenrechte** auf kulturellem und religiösem Gebiet massiv mißachtet werden. — Auch hier verweise ich auf die Einzelheiten im schriftlich vorliegenden Bericht.

Angesichts dieser Behandlung der Deutschen durch die sowjetischen Behörden kann es niemanden verwundern, daß immer mehr Angehörige dieser Minderheit den einzigen Ausweg aus ihrer bedrückenden Situation in der **Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland** gesehen haben und noch immer sehen. Zigtausende von Anträgen gingen beim Deutschen Roten Kreuz ein; heute sind es noch etwa hunderttausend Anträge, die auf Bewilligung warten.

Abgelehnte Anträge — und das sind die allermeisten — führen in der Regel zu schweren Benachteiligungen der Antragsteller vor allem am Arbeitsplatz, aber auch bei der Bewilligung von Wohnraum, sowie zu ständigem erheblichen Druck auf sie, ihre Ausreiseanträge doch zurückzuziehen.

Viele Anträge, die im übrigen nur zweimal jährlich gestellt werden können — und das auch erst seit der Konferenz von Helsinki im Jahre 1975; vorher war nur ein Antrag im Jahr möglich —, werden häufig hintereinander ohne Begründung abgelehnt.

Immer wieder, zuletzt in diesem Sommer 1983, greifen verzweifelte Deutsche zum Mittel der Demonstration für ihr Anliegen auf dem Roten Platz in Moskau, wo dies fast immer zur Kenntnis westlicher Besucher gelangt. Sie werden regelmäßig verhaftet und in ihre Wohnorte zurückdeportiert. Schwere persönliche Repressalien gegen diese Personen und ihre Familienangehörigen sind die Folge.

Nach der Unterzeichnung der **Schlußakte von Helsinki** am 1. August 1975 steigerten die sowjetischen Behörden zunächst die Zahl der Ausreisebewilligungen. 1976 und 1977 waren es im Monatsdurchschnitt rund 800. In den Folgejahren sanken die Zahlen ständig ab bis auf 172 im Jahre 1982. In die-

sem Jahr hat sich der negative Trend leider fortgesetzt. Von Januar bis August betrug der Monatsdurchschnitt lediglich noch 115 genehmigte Ausreiseanträge. Ginge es in diesem Schneckentempo weiter, würde es noch rund 100 Jahre dauern, bis die letzten Antragsteller berücksichtigt wären; die meisten davon würden den Tag der Freiheit gar nicht mehr erleben.

Wenn die Unterschrift der Sowjetunion unter das Schlußdokument von Madrid glaubhaft sein soll, muß in der Praxis der Ausreisegenehmigungen durch die sowjetischen Behörden gegenüber Deutschen ein grundlegender Wandel eintreten. Weitermachen wie bisher ist mit den Beschlüssen von Madrid absolut unvereinbar. Die Zahl der Genehmigungen muß massiv gesteigert werden, die Diskriminierungen und Schikanen gegen Antragsteller müssen aufhören, der Druck mit dem Ziel der Rücknahme von Ausreiseanträgen muß verschwinden.

Es wäre jedoch nach Auffassung der Kommission verfehlt, die Lösung der Probleme der Deutschen in der Sowjetunion lediglich von einer gesteigerten Abwanderung in die Bundesrepublik Deutschland zu erhoffen. Es muß berücksichtigt werden, daß die Republiken der Sowjetunion, in denen die Deutschen wohnen, für die meisten von ihnen ihre **Heimat** darstellen, in der sie geboren und aufgewachsen sind und in der sie bleiben möchten, wenn ihnen nur erlaubt wird, dies in **Menschenwürde** und im Genuß ihrer **Menschen- und Volksgruppenrechte** zu tun. Je mehr die sowjetischen Behörden bereit sind, dies anzuerkennen, und in der Praxis zu berücksichtigen, desto mehr wird der Ausreisepressure nachlassen, desto mehr wird sich der Zuwachs der Ausreiseanträge vermindern. Dazu gehört freilich auch die grundlegende Verbesserung der Möglichkeiten, die **deutsche Sprache** zu pflegen und **deutsche Gottesdienste** zu halten und zu besuchen. Gerade die Vorenthaltung dieser fundamentalen Menschenrechte ist es ja, die ein Gefühl der Heimatlosigkeit und damit den Wunsch erzeugt, in die Heimat der Vorfahren zurückzukehren, um diese Rechte wieder ungehindert ausüben zu können.

Alle diese Forderungen und Wünsche sind von der Bundesregierung in Bonn wie von ihrer Vorgängerin immer und immer wieder vorgetragen worden, zuletzt beim Besuch von Bundeskanzler Dr. Kohl in Moskau, leider jedoch bisher ohne durchgreifenden Erfolg. Auch Wohlwollenserklärungen, die der frühere sowjetische Parteichef Breschnew bei seinen Besuchen in Bonn in den Jahren 1978 und 1981 abgab, änderten am Verhalten der sowjetischen Behörden praktisch nichts.

Das Auswärtige Amt in Bonn hat daher durch den Staatsminister Dr. Mertes vor wenigen Tagen, am 20. September dieses Jahres, eine scharfe Erklärung abgegeben, aus der ich wörtlich zitieren darf. Es heißt darin:

Friede heißt nicht nur Friedenserhaltung — gegen jedes Kriegsrisiko; Friede heißt auch Friedensgestaltung auf der Grundlage von Menschenrecht und Menschlichkeit. Das Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion und der Rückgang

der Zahl der deutschen Aussiedler aus der Sowjetunion beweisen, daß die Sowjetunion diese Maßstäbe des Friedens mißachtet.

Und abschließend heißt es in dieser Erklärung des Auswärtigen Amtes:

Ernsthafte Vertrauensbildung und echte Entspannung sind nur möglich, wenn das gegebene Wort eingehalten und elementare Menschlichkeit verwirklicht wird.

Appelle einer einzelnen Regierung jedoch — mögen sie noch so nachhaltig sein — vermögen das menschenrechtliche und humanitäre Problem der Deutschen in der Sowjetunion nicht zu lösen. Nur eine gemeinsame Anstrengung aller den Menschenrechten verpflichteten und sie respektierenden Staaten in Europa — und das sind ja im wesentlichen die Mitgliedstaaten des Europarates — kann den betroffenen Menschen auf Dauer helfen.

Freilich darf diese gemeinsame Anstrengung sich nicht auf unkoordinierte und mehr oder minder zufällige Einzelaktionen beschränken. Sie muß vielmehr — und das bringt der vorliegende Bericht in Ziffer 9a zum Ausdruck — auf einer sorgfältig zwischen unseren Regierungen abgestimmten Strategie beruhen. Zu dieser Strategie gehört auch die Einbeziehung der soeben in Madrid beschlossenen Folgekonferenzen und Expertentreffen der KSZE, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Bei der Vorbereitung dieser Treffen muß im Rahmen der Erörterung der Menschenrechte und der humanitären Erleichterungen dem Problem der Deutschen in der Sowjetunion — und ich füge hinzu, im Hinblick auf unsere Beschlüsse vom Januar dieses Jahres: auch der jüdischen Minderheit in der Sowjetunion — ein breiter Raum eingeräumt werden.

Diese Versammlung, meine Damen und Herren, war immer ein Hort der Menschenrechte und des Eintretens für Unterdrückte und Verfolgte. In vielen eindrucksvollen Beschlüssen ist das in den vergangenen Jahren, ebenso wie bereits in dieser Session, ganz eindeutig unter Beweis gestellt worden. Ich möchte daher die Bitte an Sie alle richten, durch breite und nachhaltige Unterstützung unserer Entschließung und des Empfehlungsentwurfs diesen Ruf unserer Versammlung zu bekräftigen und ein unübersehbares Zeichen zu setzen — ein Zeichen der Hoffnung und der Ermutigung für die unterdrückten Deutschen in der Sowjetunion, ein Zeichen des Mutes und der Entschlossenheit für unsere Regierungen, das sie zu effektivem Handeln aufruft, und ein Zeichen der Mahnung an die Regierung in Moskau, endlich ihre in Verträgen und Abmachungen übernommenen Pflichten gegenüber der deutschen Minderheit zu erfüllen. — Ich danke Ihnen.

Böhm (Melsungen), (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht des Kollegen Jäger ist ebenso eindrucksvoll wie erschütternd. Er ist aber vor allem notwendig. Denn das Schicksal der Deutschen, die, einst nach Rußland gerufen, heute in der Sowjetunion leben müssen, ist

weithin unbekannt. Nicht nur in der ganzen Welt, in Europa, ja, auch in Deutschland selbst kennen nur wenige Menschen das historische und aktuelle Schicksal dieser Bevölkerungsgruppe, deren Menschenrechte nun schon seit einem Jahrhundert verletzt werden. Vor mehr als 200 Jahren zogen diese Menschen wegen der wirtschaftlichen und politischen Not in ihrer alten deutschen Heimat in die Weiten Rußlands, nicht als Eroberer, sondern gerufen als Kolonisten, die dann unendlich viel zum wirtschaftlichen, kulturellen und zivilisatorischen Fortschritt ihrer neuen Heimat beitrugen.

Der Jäger-Bericht zeigt auf, wie diese deutsche Volksgruppe ihre verbrieften Rechte verlor und wie schließlich bei Beginn des Ersten Weltkrieges die offene Verfolgung begann, wie Deportationen und Unterdrückung zu ständigen Begleitern dieser Menschen wurden. Viele wanderten auch aus Rußland aus, zogen durch die ganze Welt und fanden schließlich in Nordamerika und in Südamerika eine neue Heimat.

Rund 2 Mio. deutscher Menschen leben heute mehr oder weniger verstreut in der Sowjetunion. Doch haben sich dort auch Schwerpunkte gebildet, die in Kasachstan, in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, in Kirgisien und in Tadschikistan liegen. In Kasachstan z. B. stellen sie 6,2 v. H. der Gesamtbevölkerung, in Kirgisien 2,9 v. H. Im Gebiet Zelinograd der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik stellen sie 12,7 v. H. im Gebiet Koktschetaw 12,4 v. H., in mehreren anderen Gebieten rund 10 v. H. der Bevölkerung. In der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, also dem eigentlich russischen Gebiet, haben das Gebiet Omsk 6,2 v. H. und die Altai-Region 4,6 v. H. deutscher Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, was kann, was muß geschehen, um diesen zwei Millionen Menschen, wie die amtliche sowjetische Statistik die Zahl ausweist, zu erträglicheren Lebensbedingungen zu verhelfen? Wir müssen die Sowjetunion drängen, die von ihr in vielen internationalen Abkommen zugesicherte Bereitschaft, **Volksgruppen- und Menschenrechte** zu achten, für diese deutsche Volksgruppe in ihrem Bereich in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Pflege der deutschen Sprache, deutsche schulische Einrichtungen, deutsche kulturelle Institutionen und die freie Religionsausübung sind Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben dieser Gruppe. Wer dem Menschen seine Muttersprache raubt, beraubt ihn seiner kulturellen Identität, beraubt ihn seiner Menschenwürde.

Heute gibt es für zwei Millionen deutsche Menschen in der Sowjetunion keine einzige deutsche Schule mehr. Die Folge ist, daß der Anteil derer, die Deutsch nicht mehr als Muttersprache voll beherrschen, die sich in dieser Sprache nur noch schlecht auszudrücken vermögen, laufend steigt. 1959 waren es 25 v. H., 1970 waren es 32 v. H., und 1979 waren es 43 v. H.

Aus der Sowjetunion ist zu hören, daß es doch eine **deutsche Presse** gebe, daß es einen **deutschen Rundfunk** gebe. Wie aber sieht es in Wirklichkeit

aus? Im Gegensatz zu dem intensiven Pressewesen vor dem Zweiten Weltkrieg gibt es heute nur eine einzige sowjetische Zentrale Wochenzeitung „Neues Leben“ in deutscher Sprache. Sie umfaßt 16 Seiten und erscheint in der Regel in einer Auflage von 15 000 bis 20 000 Exemplaren. Gelegentlich, wenn z. B. Sondermeldungen im „Kampf um die Ernte“ zu vermelden sind, werden auch einmal 30 000 Exemplare aufgelegt. Daneben gibt es noch zwei kleinere regionale Zeitungen: die „Rote Fahne“ im Altai-Gebiet zweimal wöchentlich, jeweils 3 000 Exemplare, und fünfmal wöchentlich in Zelinograd die Zeitung „Freundschaft“, deren Auflage bei 20 000 Exemplaren liegt. Diese geringen Zahlen beweisen, daß die deutschsprachige Presse kein wirksames Instrument darstellt, um die Kommunikation unter den Deutschen in der Sowjetunion nachhaltig zu fördern.

Und die vielgepriesenen Rundfunksendungen? In Alma Ata wird fünfmal wöchentlich mit zusammen — zusammen! — knapp fünf Stunden Sendezeit in deutscher Sprache gesendet. In Omsk gibt es eine halbstündige Sendung montags von 11.15 Uhr bis 11.45 Uhr, in Frunse zweimal wöchentlich ein kurzes deutsches Programm, in Slawgorod 25 Minuten Sendezeit alle 14 Tage. Das sind die vielgepriesenen deutschen Rundfunksendungen in der Sowjetunion für die deutschsprachige Bevölkerung!

Aus dem eben Geschilderten wird klar, daß auch Literatur und Theaterwesen sich über gelegentliche Ansätze hinaus nicht entwickeln können.

Einen großen Einfluß auf die Erhaltung der nationalen oder national-kulturellen deutschen Identität haben allerdings die **Glaubensgruppen**, die sich seit etwa zehn Jahren einiger staatlicher Toleranz erfreuen können. Registrierte, d. h. eingeschriebene, Gemeinden dürfen sogar Gotteshäuser errichten. Jedoch erfolgt die Registrierung meistens unter der Auflage, keine öffentlichen Prozessionen zu veranstalten. Oft müssen die Gemeindemitglieder sich, wenn ihre Gemeinde registriert wird, zum Verbleib in der Sowjetunion mit ihrer Familie verpflichten. Die größte Gruppe sind die Lutheraner: 100 registrierte, 300 nichtregistrierte Gemeinden mit jeweils 200 bis 3 000 Mitgliedern. Die Katholiken haben zehn bis zwölf Gemeinden mit insgesamt 500 000 Mitgliedern, die Mennoniten zirka 50 registrierte und nichtregistrierte Gemeinden mit zusammen 50 000 Mitgliedern, und deutsche Baptistengruppen haben zwischen 50 000 und 80 000 Mitglieder.

Im Gegensatz zu diesem verhältnismäßig regen Leben, das doch immerhin den geistigen Zusammenhalt der Menschen aufrechterhalten kann, steht das geringe Engagement der Deutschen in der Sowjetunion in den Reihen der **Kommunistischen Partei** der Sowjetunion. Auf 1 000 Angehörige der Volksgruppe kommen 15 Parteimitglieder. Das ist eine extrem niedrige Rate, die wohl nur noch von den Polen in Weißrußland unterboten wird, von denen fünf von tausend Mitglieder der Kommunistischen Partei sind.

Die Frage liegt nahe, warum denn die Deutsche Demokratische Republik als „sozialistisches Bru-

derland“ sich nicht müht, diesen Menschen zu helfen. Als im Mai 1983 Staats- und Parteichef Honcker in Kasachstan war, fuhr er an diesen 800 000 Deutschen vorbei. So wundert es auch nicht, daß von denjenigen Rußlanddeutschen, die von den Sowjetbehörden die Genehmigung zur Ausreise erhalten, so gut wie keiner in die Deutsche Demokratische Republik ausreisen will. Während von 1965 bis 1979 60 000 in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen durften, wählten nur 1 600 die DDR als Ausreiseland.

Meine Damen und Herren, der Jäger-Bericht hat darauf hingewiesen, daß diese Deutschen in der Sowjetunion nicht nur den Wunsch haben, ihre Menschenrechte als Minderheiten- und Volksgruppenrechte wahrzunehmen, sondern daß auch rund 100 000 von ihnen bekannt gewordene Anträge auf Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland gestellt haben. Ich halte es für eine Pflicht der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, sich für die Menschenrechte dieser Deutschen in der Sowjetunion und auch dafür einzusetzen, daß denjenigen, die den Ausreisewunsch haben, dieser Wunsch von den sowjetischen Behörden erfüllt wird.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Gestatten Sie mir als dem Sprecher der deutschen Delegation, zum Abschluß dieser Debatte ein paar Worte des Dankes zu sagen.

Zum einen möchte ich dem Herrn Kollegen Jäger, unserem Berichterstatter, für seinen sorgfältig dokumentierten Bericht danken. Zum anderen möchte ich den Ausschüssen für die hilfreiche Beratung danken und auch all den Kollegen, die in dieser Debatte gesprochen haben, für die Unterstützung, die sie diesem Bericht gegeben haben.

Es geht hier ja nicht nur um einen Bericht, den wir zur Kenntnis nehmen müssen, es geht auch nicht um die Hilfe für einen Berichterstatter, sondern um Unterstützung und Hilfe für unschuldig verfolgte Menschen, die nichts weiter wünschen, als Menschenrechte, die wir nicht nur feierlich deklamiert haben, sondern auch pflegen, für sich in Anspruch zu nehmen.

Meine Damen, meine Herren, ich glaube, man muß immer wieder darauf hinweisen, daß diese Menschen, um die es im Augenblick geht, nicht Menschen sind, die gerade im Moment Opfer eines Krieges oder einer kurzen Siegeswillkür wären. Vielmehr werden diese Menschen im Grunde genommen dafür bestraft, daß ihre Vorfahren vor genau 220 Jahren aus dem damaligen Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation auf Wunsch der russischen Regierung nach Rußland gekommen sind.

Ich darf vielleicht darauf verweisen, daß es nicht nur Menschen aus den deutschen Kerngebieten waren, die damals gekommen sind, sondern daß z. B. auch hier aus Straßburg und aus der Region **Elsaß** sehr viele mit nach Rußland gegangen sind und daß diejenigen, die heute als deutsche ethnische Min-

derheit in der Sowjetunion verfolgt sind, zu einem beachtlichen Teil Abkömmlinge elsässischer Vorfahren sind. Dies sollte man in einer solchen Debatte ruhig einmal wiederholen.

Aber, meine Damen und Herren, man sollte vor allem noch eines sagen: Es geht, glaube ich, nicht nur um die Frage, ob die deutsche Minderheit verfolgt wird, ob die jüdische Minderheit verfolgt wird, sondern darum, daß in der Sowjetunion die **Minderheiten**, gleichgültig, woher sie kommen, immer noch nicht die Rechte haben, das eine Minderheit heute, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eigentlich haben sollte.

Daher, Herr Präsident, möchte ich an diese Versammlung appellieren, es nicht bei diesem ersten Bericht über die Situation der Deutschen bewenden zu lassen und es auch nicht bei dem Bericht über die jüdische Gemeinschaft in der Sowjetunion bewenden zu lassen, sondern ebenfalls einen Bericht über die übrigen Minderheiten zu erstellen, damit sich der Europarat als Anwalt, als Verteidiger für Minderheitenrechte auch dieser Gruppen innerhalb der Sowjetunion fühlen kann.

Meine Damen, meine Herren, wir haben einen Entschließungsantrag vor uns, in dem wir im letzten Punkt die Sowjetunion auffordern, sich an ihre eigenen feierlichen Verpflichtungen zu erinnern und die Rechte der deutschen Minderheit zu akzeptieren. Ich wäre glücklich, wenn es uns möglich wäre, innerhalb kurzer Zeit einen weiteren Bericht und eine weitere Entschließung vorzulegen, in der wir die Regierung der Sowjetunion auffordern, auch für die übrigen Minderheiten die Rechte zu gewähren, die ihnen zustehen. — Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

Jäger (Wangen), (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch ganz kurz das Wort ergreifen und möchte mich bei allen Kollegen recht herzlich bedanken, die durch ihre Wortmeldungen und durch ihre Beiträge ihre Anteilnahme am Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion zum Ausdruck gebracht und der Entschlossenheit dieser Parlamentarischen Versammlung Ausdruck verliehen haben, sich um diese Menschen zu kümmern.

Ich bin auch für konkrete Vorschläge, die von den Kollegen gemacht worden sind, außerordentlich dankbar, und ich glaube, wir sollten diese Vorschläge, etwa die, die der Kollege Wilkinson im Hinblick auf verstärkte Rundfunksendungen oder auf die „Woche gefangener Völker“ gemacht hat, Ihnen allen besonders ans Herz legen.

Zwei Gesichtspunkte, die ich für wichtig halte, möchte ich allerdings noch einmal hervorheben. Der erste: Von einer **Destabilisierung der Sowjetunion** durch das Eintreten für unterdrückte Minderheiten kann überhaupt keine Rede sein. Dieser Vorwurf, der da und dort erhoben wird, ist mit Sicherheit falsch. Im Gegenteil, dann, wenn sich die Sowjetunion dazu durchringen könnte, ihren Minderheiten — und das heißt eben auch: der deutschen Minderheit — die notwendigen Minderhei-

tenrechte einzuräumen, sie ihre Sprache pflegen zu lassen und die Ausübung ihrer religiösen Freiheiten zu unterstützen, würde das nicht zu einer Destabilisierung sondern ganz zweifellos zu einer Stabilisierung der inneren Verhältnisse der Sowjetunion führen, und schon von daher kann man eigentlich den Führern im Kreml nur raten, die von uns geforderte Politik endlich in die Praxis umzusetzen.

Einen zweiten Gesichtspunkt möchte ich aufgreifen. Die Frage der **Menschenrechte** ist in der Tat auch für die Sowjetunion unabweisbar. Der Kollege Atkinson hat auf Artikel 12 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte hingewiesen. Artikel 12 dieses Menschenrechtspakts ist auch für die Sowjetunion bindendes Recht. Wenn es dort heißt, daß jedermann jedes Land, auch das eigene, verlassen kann, so ist eine Praxis, die das durch administrative Schikanen, Genehmigungsvorbehalte und ähnliche Maßnahmen im Effekt verhindert, schlicht und einfach menschenrechtswidrig und ein Verstoß gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen, die die Sowjetunion eingegangen hat.

Meine Damen und Herren, beginnen wir mit der Strategie, die in diesem Bericht vorgeschlagen wird, fangen wir an zu arbeiten! Ich bin dankbar dafür, daß der Kollege Cavaliere zum Ausdruck gebracht hat, daß es jetzt das Wichtigste ist, zu handeln, um den Menschen zu helfen.

Empfehlung 972 (1983)

betr. die Lage der deutschen Minderheit in der Sowjetunion

Die Versammlung

1. ist überzeugt, daß die Rechte von Volksgruppen und Minderheiten, die in den internationalen Menschenrechtsabkommen und in der KSZE-Schlußakte von Helsinki gewährleistet werden, von allen Unterzeichnerstaaten eingehalten werden müssen;
2. unterstreicht, daß diese Rechte der Volksgruppen und Minderheiten sowie alle übrigen Rechte und Freiheiten, die durch die internationalen Menschenrechtsabkommen gewährleistet werden, auch der deutschen Minderheit in der UdSSR, die nach offiziellen sowjetischen Statistiken mehr als 1,9 Mio. Menschen umfaßt, zustehen müssen;
3. bedauert, daß die Rechte der deutschen Minderheit in der Sowjetunion in erheblichem Maße verletzt werden, insbesondere das Recht auf freie Religionsausübung, Bildung, Nicht-Diskriminierung, freie Information, Meinungsfreiheit sowie auf freie Ausreise;
4. bedauert insbesondere, daß die sowjetische Regierung entgegen ihren Zusagen sehr wenige Ausreisevisa — kaum mehr als 100 pro Monat — erteilt;
5. beklagt die in Widerspruch zu den Menschenrechten stehende Behandlung von Personen in

der Sowjetunion, die vergebliche Ausreisewünsche an die zuständigen Behörden gerichtet haben oder die gegen die Ablehnung ihrer Ausreiseanträge öffentlich protestieren, insbesondere ihre wirtschaftliche und soziale Benachteiligung und in vielen Fällen ihre Inhaftierung;

6. bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß die Regierung der UdSSR ihre Behörden dringend unterweist, die Bestimmungen zum Schutz der Minderheiten und Volksgruppen, die sie selbst in feierlichem Abkommen anerkannt hat, auf alle Deutschen anzuwenden, die ihrer Staatsgewalt unterstehen;
7. fordert die Regierung der Sowjetunion eindringlich auf, allen Deutschen, die das Land verlassen wollen, die Ausreise zu ihren Angehörigen in Deutschland entsprechend den getroffenen Vereinbarungen zu gestatten und die Ausreiseanträge dieser Personen rasch und ohne bürokratische Hindernisse zu behandeln;
8. fordert die Regierung der Sowjetunion auf, dafür zu sorgen, daß jede Diskriminierung, Verfolgung oder Inhaftierung von ausreisewilligen Deutschen unterbleibt, auch wenn diese öffentlich gegen die Ablehnung oder Verzögerung der Bearbeitung ihrer Anträge protestieren oder demonstrieren;
9. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern,
 - a) die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihren Bemühungen um eine Verbesserung der Lage der deutschen Minderheit in der UdSSR in bezug auf die Menschenrechte und um eine Erhöhung der Zahl der Ausreisegenehmigungen und eine beschleunigte Antragsabwicklung durch die sowjetischen Behörden wirksam und im Rahmen einer sorgfältig abgestimmten Strategie zu unterstützen;
 - b) im Rahmen künftiger Konferenzen der KSZE-Teilnehmerstaaten und der Vereinten Nationen dem Schicksal der deutschen Minderheit in der UdSSR besondere Aufmerksamkeit zu schenken und sich um konkrete Vereinbarungen zu bemühen.

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache: 5109)

Berichterstatte: Außenminister George Iacovou
(Zypern)

(Themen: Ost-West-Beziehungen — Lage im Nahen Osten — Nord-Süd-Dialog — Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa — Euro-parat als Instrument der europäischen Zusammenarbeit — Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft — Europäische Union — Kulturelle Zusammenarbeit — Zweite Europäische Konferenz über

die Erhaltung des architektonischen Erbes 1985 in Granada — Menschenrechtsfragen — Soziale Angelegenheiten — Politik der Verbrechensbekämpfung — Konvention über Entschädigung für Opfer von Gewaltverbrechen — Das Zypernproblem)

Tagesordnungspunkt:

Die Lage in der Türkei

(Drucksache: 5117)

Berichterstatter: Abg. Steiner

(Themen: Inkraftsetzung der ganzen Verfassung — Einschränkung der Redefreiheit — Zulassungsbeschränkung für politische Parteien — Menschenrechtsverletzungen — Lage der politischen Gefangenen — Klage gegen die Türkei vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte — Türkische Einwände gegen den Bericht)

Schwarz (CDU/CSU): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Politischen Ausschuß sehr dankbar, und ich möchte mich dem Dank, den Herr Muheim dem Berichterstatter ausgesprochen hat, anschließen. Denn jetzt ist der geeignete Zeitpunkt, um uns über diese Fragen zu unterhalten.

Ich erwähne deshalb den Politischen Ausschuß lobend, weil die Berichte, die er dem Haus seit dem 12. September vorgelegt hat, immer von einer vorsichtigen Beurteilung der Entwicklung getragen waren. Die Berichte waren getragen von dem Vertrauen in das Wort des Generals Evren und des Nationalen Sicherheitsrates, daß die **Demokratie** in der Türkei bald wiederhergestellt werde.

Der Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß der von den Generälen aufgestellte Terminkalender formal eingehalten worden ist. Nur, meine Damen und Herren, dieser Terminkalender ist kein Terminkalender zurück zur Demokratie. Die Türkei ist noch Mitglied des Europarates. Daher ist es leicht, Demokratie zu definieren. Was Demokratie ist und wie Demokratie ist, dies ist in der **Charta des Europarates** und in den Artikeln des Statuts beschrieben.

Das derzeitige Regime in der Türkei erfüllt nicht die Anforderungen der Demokratie im Sinne der Charta und des Statuts. Im Gegenteil! Dies müssen wir hier und heute in diesem Parlament offen aussprechen. In der Türkei wurde und wird unter dem Stichwort „Rückkehr zur Demokratie“ die Demokratie, wie wir sie zu verstehen haben, stranguliert.

Das Regime in der Türkei — das Regime in der Türkei, nicht die Türkei! — hat diejenigen in diesem Parlament und diejenigen in Europa enttäuscht und getäuscht, die ihm vertrauten. Ich muß dies sehr schmerzvoll auch für mich feststellen. Als Beweis für diese Behauptung sind in dem Bericht einige wichtige Beispiele genannt. Einige will ich noch anführen.

Mit Dekret Nr. 79 vom 31. Mai 1983 wurde die „Große Türkei Partei“ verboten, eine Maßnahme, die noch nicht einmal der Macht entspricht, die die Generale sich selbst gegeben haben. In der vom türkischen Volk angenommenen Verfassung und dem am 24. April von den Generalen erlassenen und dann in Kraft getretenen Gesetz über die **politischen Parteien** sind die Normen festgelegt, wie sich Parteien gründen können und in welchem Verfahren sie zugelassen bzw. verboten werden können. Nicht vorgesehen ist das Verbot einer Partei durch den Nationalen Sicherheitsrat. General Evren und sein Nationaler Sicherheitsrat sind in diesem Fall Legislative, Exekutive und Gericht. Das ist **keine Gewaltenteilung**, das ist keine Demokratie, das ist die Diktatur des Kollektivs.

Es mag Leute geben, auch in diesem Hause, die meinen, daß in der Türkei der Weg zur Demokratie so sein müsse. Ich höre diese Stimmen leider auch von Mitgliedern dieses Hauses. Es wurde gesagt, man habe in der Türkei mit den Bürgern auf der Straße gesprochen und diese Bürger seien mit dem System zufrieden gewesen. Ist dies ein Grund, die derzeitige Situation in der Türkei zu bejahen? Warum treten dann dieselben Abgeordneten in ihren Ländern für freie und geheime Wahlen ein? Sind diese Abgeordneten bereit, in ihren Heimatländern geheime Wahlen abzuschaffen und an deren Stelle offene Bürgerbefragungen zu setzen?

Die Türkei ist noch ein Mitgliedsland des Europarates. Deshalb ist es unsere Pflicht, für **Freiheit** und **Menschenwürde** in diesem Land zu streiten.

Suleyman Demirel, ehemals Ministerpräsident, ein Konservativer, und acht seiner Freunde sowie Deniz Baykal, ehemals Minister bei Bülent Ecevit, ein Sozialdemokrat, und sechs seiner Freunde sind gegen jedes Recht und Gesetz Gefangene im eigenen Land. Demokraten sind Gefangene, weil sich Generale schon dann fürchten, wenn diese in Freiheit wären. Und wir Demokraten im Europarat, einige von uns, glauben schweigen zu können! Die genannten und weitere 13 Männer, mutige Männer, haben uns ihre Meinungen schriftlich mitgeteilt. Diese Männer können ihre Freiheit nicht mehr verlieren, sie sind im Gefängnis. Und wir, wir hier in der Freiheit, einige von uns, die an ihrer Stelle reden müssen, haben formale Bedenken, unsere Entscheidungen zu treffen!

Metin Toker, ein Journalist, hat gegen das Dekret der Generale geschrieben. Seine Zeitung „Milliyet“ wurde deshalb zum Schweigen gebracht, sie wurde verboten. Nazli Ilicak hat gegen den General geschrieben. Sie war im Gefängnis. Ihre Zeitung wurde wieder verboten.

Meine Damen und Herren, wir haben keine Demokratie in der Türkei. Sie spüren, daß ich diesem System feindselig gegenüberstehe. Ich stehe ihm deshalb feindselig gegenüber, weil ich an die demokratische Substanz des türkischen Volkes glaube. Nützen wir diesen Tag und die heutige Debatte, den jungen Menschen in Europa, wenn sie uns fragen: Was habt ihr für die Freiheit getan?, zu sagen: Wir haben unsere Stimme erhoben, wir haben entschie-

den. Tun wir dies! Und hoffentlich tun es auch die Exzellenzen des Ministerrates.

Ihsam Sabri Caglayaligil saß in diesem Hause und saß mit diesen Männern, teilweise noch mit den gleichen Leuten, an einem Tisch. Der Mann sitzt jetzt im Gefängnis. Sein einziges Verbrechen: Er ist ein Demokrat.

Wir in dieser Versammlung, meine Damen und Herren, sollten die Entschliebung, wie sie vorgelegt ist, sehr ernst nehmen. Ich bin auch dafür, daß wir im Januar entscheiden. Der Europarat, diese Versammlung, ist ein moralisches Institut für die Demokratie. Das türkische System, nicht der Europarat, hat den Boden der Demokratie verlassen. Wenn wir dem türkischen Volk dienen wollen, dürfen wir dieses System nicht stützen, sondern dann müssen wir für die Freiheit, für die Menschenwürde und für die Demokratie und für unsere demokratischen Freunde in der Türkei eintreten. Wir haben mit dieser Debatte und der Entscheidung heute und im Januar eine gute Gelegenheit dazu.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Im vergangenen Jahrhundert gab es zwei Zeichner, Granville und Daumier, die mit meisterhafter Feder die Politiker ihres Jahrhunderts charakterisiert haben. Ich bin ein bißchen an diese Bilder und diese Karikaturen erinnert worden, als ich die heutige Debatte verfolgte. Mir ist ein Bild dieser großen Zeichner im Kopf geblieben, wo Krokodilstränen geweint werden. Wie ist das zu verstehen, wenn hier von der Rückkehr zur Demokratie in der Türkei geredet wird? Sind wir uns denn klar darüber, daß die Verhältnisse in der Zeit vor dem 12. September 1980 nicht mit unseren Vorstellungen von Demokratie vereinbar sind? Wir können doch heute nicht von „Rückkehr“ zur Demokratie in der Türkei sprechen, sondern müssen die „Hinwendung“ fordern.

Es gab damals, vor dem 12. September 1980 unter bürgerkriegsähnlichen Zuständen 3000 Tote im Jahr. Wir wissen von amnesty international, daß in der „Demokratie“ gefoltert wurde. Wo waren wir damals? Haben wir unsere türkischen Kollegen in dieser Versammlung gefordert und sie gefragt, wie das mit diesen Vorwürfen der **Folterung** in der Türkei sei? Warum erheben wir nur jetzt unser Wort, da es nach dem 12. September 1980 dort eine Militärregierung gibt?

Wo waren wir denn, als z. B. der einzige Fall einer militärischen Aggression nach 1945 im westlichen Europa stattfand, der ein Ministerpräsident der Türkei einleitete, der einer Partei der Sozialistischen Internationale angehörte? Ist der aus der Sozialistischen Internationale ausgeschlossen worden, weil er zu kriegserischen Mitteln gegriffen hat? Nein.

Wir hören hier jetzt Redner, die kritisieren, daß selbst das, was jetzt in langsamen Schritten in der

Türkei möglich wird, nichts mit Demokratie zu tun habe. Ich bin amüsiert bei den Einlassungen solcher Redner, wenn sie einer Partei angehören, deren charismatischer Führer und seine Regierungsmitglieder nie gewählt wurden, in der seit Jahren keine demokratischen Wahlen stattfinden. Ich habe andere Vorstellungen von wirklicher Demokratie — wenn ich das sagen darf.

Wir wissen, wie es in der Türkei war. Ich habe mir erzählen lassen, daß z. B. an der deutschen Schule in Istanbul Schüler mit Maschinenpistolen in die Zeugniskonferenz kamen, um die Lehrer zu erpressen, ihnen die richtigen Noten zu geben. Wir wissen, daß heute in der Türkei 600 bis 700 Verfahren wegen des Verdachts von Folterungen eingeleitet worden sind. Wir wissen, daß 40 Personen verurteilt worden sind. Was jedoch war vor dem 12. September 1980 in der Türkei? Hat nicht vor dem 12. September 1980 diese „Demokratie“ versagt?

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich bin glücklich darüber, daß der Kalender, den sich die Militärregierung in der Türkei gesetzt hat, eingehalten wurde, daß das **Referendum über die Verfassung** stattgefunden hat und am 6. November Wahlen stattfinden sollen. Ich sehe nicht wie der Kollege Dejardin ein rotes Signal, ich sehe ein grünes Signal. Das kommt vielleicht von den verschiedenen Farben, die wir sehen. Und wenn er z. B. die Sowjetunion erwähnt: Ich wäre glücklich, wenn wir von einem Plan aus der Sowjetunion hörten, daß dort in drei Jahren ähnliche Wahlen wie in der Türkei stattfinden sollten. Ich wäre glücklich gewesen, wenn man in Nicaragua den Zeitplan für Wahlen, den man sich selbst gesetzt hatte, hätte einhalten können. Wir sollten da nicht mit zweierlei Maß messen.

Wir müssen sehen — da muß ich dem Kollegen Schwarz aus meiner eigenen Fraktion widersprechen —, was vor dem 12. September 1980 war. Wenn diese Übergangsregierung auf dem Wege zu einer Demokratie wirklich Erfolg haben will, darf sie doch nicht den gleichen Leuten wieder die Zügel in die Hand geben, die in der Türkei vor diesem 12. September die Folter zugelassen hatten. — Lieber Kollege Schwarz, man muß doch die Realitäten sehen! Man darf nicht naiv durch den Wald laufen, auch nicht im Falle der Türkei, wenn ich das in aller Deutlichkeit sagen darf.

Da kann man doch nur ganz fair sagen, daß beide Gruppen für eine gewisse Zeit von der politischen Betätigung ausgeschlossen werden sollen. Das ist eine gewisse Chance, zu einer gewissen Ordnung zu kommen. — Es gehört auch zur Demokratie, die Zwischenrufe wenigstens verständlich zu machen! Kollege Schwarz, ich verstehe Sie nicht, aber vielleicht kann man das später deutlich machen. Wir haben hier verschiedene Meinungen; das zeichnet uns in der Demokratie aus, und ich glaube, wir sollten das durchaus positiv sehen.

Wenn ich sage, daß die alten politischen Kräfte, die versagt haben, für eine gewisse Zeit ausgeschaltet

sein sollten, so ist das die einzige Chance, einen neuen Weg in der Türkei zu beginnen.

Liebe Kollegen, auch dies scheint mir eine Frage der Fairneß zu sein: Wenn ich die Debatte verfolge und mir die Beiträge der einzelnen Redner von heute nachmittag durch den Kopf gehen lasse, habe ich bei einigen das Gefühl: Am liebsten ist es ihnen, wenn in der Türkei eine Militärdiktatur existiert; dann hat man klare Verhältnisse, an denen man sich reiben kann, mit denen man sich auseinandersetzen kann, gegen die man protestieren kann, während alles andere, was zu einer Demokratie hinführen könnte, das ganze Problem schon etwas schwieriger macht.

Lassen Sie mich zum Schluß eine linke türkische Zeitung zitieren, die Zeitung „Cumhuriyet“. Sie schreibt über die bevorstehenden **Wahlen** einen Kommentar und sagt, daß dieses Parlament vom 6. November nur ein Übergangsparlament auf dem Wege zu einer echten Demokratie sein kann. — Ich teile diese Meinung.

Die Zeitung schreibt in diesem Kommentar weiter: Es ist ein großer Fortschritt, daß überhaupt Wahlen stattfinden können. Alles andere, so schreibt diese türkische Zeitung im Zusammenhang mit der Kritik an den Wahlen, sei nebensächlich.

Liebe Kollegen, ich teile auch diese Meinung! Es ist hier wirklich jede andere Diskussion nebensächlich. Entscheidend ist, daß sich nicht ein Militärregime fest in die Schützengräben der Herrschaft eingräbt, sondern daß es die Chance gibt, aus dieser Militärherrschaft durch eine Parlamentswahl herauszukommen, an der allerdings nur drei Parteien teilnehmen dürfen. Eine solche Parlamentswahl entspricht sicher nicht dem, was mir — und, davon bin ich überzeugt, den meisten oder fast allen von uns — als Parlamentswahl sympathisch wäre, aber es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Wenn die Macht an dieses neue Parlament abgegeben wird, müssen wir doch — wir kennen schließlich die Demokratie — soviel Vertrauen auch zu den türkischen Bürgern haben — mich wundert, wie wenig Vertrauen zum türkischen Bürger hier vorhanden ist —, die dann, wenn als erster Schritt ein Parlament gewählt worden ist, sicher mit dazu beitragen werden, daß der Weg zur Demokratie konsequent weitergegangen wird. Mit den Wahlen vom 6. November, mit diesem ersten Schritt, soll das eingeleitet werden.

Eine andere Alternative gibt es nicht! Sonst sollten wir den Mut haben, zu sagen, wir schließen die Türkei aus, solange dort ein Militärregime existiert, denn das entspricht unseren demokratischen Puritätsgrundsätzen. Oder wir müssen umgekehrt sagen, wir müssen den Türken jede Chance geben, wieder zu einer Demokratie zu kommen, und so auch die Chance eröffnen, daß wir in diesem Hause mit demokratisch gewählten türkischen Abgeordneten zusammensitzen können. Liebe Kollegen, eine andere Alternative gibt es nicht!

Freitag, 30. September 1983

Tagesordnungspunkt:

Die Lage in der Türkei

(Fortsetzung der Aussprache und Abstimmung über den in Drucksache 5117 enthaltenen Entschließungsentwurf)

Entschließung 803 (1983)

betr. die Lage in der Türkei

Die Versammlung

1. erinnert an ihre früheren Stellungnahmen zur Lage in der Türkei, wie sie vor allem in ihrer Entschließung 794 (1983) zum Ausdruck kommen, sowie an die dringenden Appelle, die sie an die türkische Regierung gerichtet hat;
2. stellt fest, daß auf diese Appelle keine Reaktion erfolgt ist und daß insbesondere:
 - (i) die neue Verfassung bisher nicht in voll demokratischer Weise angewendet worden ist;
 - (ii) die gemäß der neuen Verfassung verabschiedeten Gesetze nicht Gegenstand einer freien Aussprache waren;
 - (iii) der Nationale Sicherheitsrat die ihm durch die neuen Gesetze übertragenen Vorrechte dazu benutzt hat, die freie Bildung von politischen Parteien zu verhindern;
 - (iv) das Kriegsrecht nicht aufgehoben worden ist und die Abweichungen von den in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierten Rechten weiterhin in Kraft bleiben;
3. bringt erneut ihre Besorgnis über die Lage der Menschenrechte in der Türkei zum Ausdruck, vor allem angesichts der großen Zahl von ideologischen Häftlingen und der zahlreichen Beschwerden über die Haftbedingungen;
4. unterstützt den humanitären Appell, den ihr Präsident am 5. August 1983 an das türkische Staatsoberhaupt richtete und der die Aufforderung enthielt, das Schicksal aller politischen Gefangenen zu erleichtern und das Leben derjenigen Häftlinge zu retten, die sich in verschiedenen türkischen Gefängnissen im Hungerstreik befinden;
5. bringt ihre Verwunderung und ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die türkischen Behörden auf diesen Appell nicht reagiert haben;
6. ist bestürzt über die Lage an den Universitäten, wo die in jüngster Zeit durchgeführten Säuberungsaktionen gegen die Unterrichts- und Gewissensfreiheit verstoßen;
7. ist davon überzeugt, daß die Pressefreiheit ein wesentliches Element jedes demokratischen

Systems ist, und daß die repressiven Maßnahmen der Behörden gegenüber bestimmten Presseorganen den Prozeß der Rückkehr zur Demokratie insbesondere in der Zeit vor einer Wahl in erheblichem Maße behindern;

8. betont erneut, daß sie dem baldigen Abschluß der vor der Europäischen Menschenrechtskommission anhängigen Verfahren große Bedeutung beimißt;
9. erinnert daran, daß sich die „Hohen Vertragsschließenden Parteien“ — zu denen auch die Türkei gehört — in Artikel 3 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention „verpflichten, in angemessenen Zeitabständen freie und geheime Wahlen unter Bedingungen durchzuführen, die die freie Äußerung der Meinung des Volkes bei der Wahl der gesetzgebenden Organe gewährleisten“, und daß angesichts der o. a. Erwägungen ernsthaft zu bezweifeln ist, daß die Türkei dieser Verpflichtung nachkommt;
10. behält sich das Recht vor, über die Zweckmäßigkeit einer Empfehlung an das Ministerkomitee über die Einleitung des Verfahrens nach Artikel 8 der Satzung des Europarates zu entscheiden, sobald der Versammlung die schriftlichen Stellungnahmen dreier unabhängiger Verfassungsrechtsexperten über die Vereinbarkeit der neuen türkischen Gesetze mit der Satzung des Europarats und der Europäischen Menschenrechtskonvention vorliegen;
11. ist überzeugt, daß die politische Reife des türkischen Volkes ihm das Recht gibt, die Errichtung einer echten parlamentarischen Demokratie zu fordern und damit wieder seinen Platz in der Versammlung einzunehmen;
12. erklärt, daß unter den derzeitigen Umständen und auf der Grundlage der gegenwärtig verfügbaren Informationen das in der Türkei am 6. November d. J. zu wählende Parlament nicht als eine Versammlung betrachtet werden kann, die das türkische Volk in demokratischer Weise vertritt, und daß dieses Parlament daher nicht rechtmäßig eine Delegation bilden könnte, die an den Arbeiten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates teilnimmt;
13. beauftragt ihren Politischen Ausschuß und ihren Rechtsausschuß, die Entwicklung der Lage in der Türkei genau zu verfolgen und der Versammlung im Januar 1984 Bericht zu erstatten.

Tagesordnungspunkt:

Die Lage im Nahen Osten

(Drucksache 5130)

Berichterstatter: Abg. Reinhart und Martinez

(Themen: Die Rolle Syriens, Jordaniens, Israels sowie der Supermächte im Libanonkonflikt — Chancen der Verhandlungen über einen Waffenstillstand

und den Rückzug ausländischer Truppen — Integration der palästinensischen Flüchtlinge — Freie Wahlen und Wiedererrichtung der ordentlichen Gerichtsbarkeit im Libanon)

Entschließung 804 (1983)

betr. die Lage im Nahen Osten

Die Versammlung

1. erinnert an ihre Entschließung 728 (1980) über die Lage im Nahen Osten und ihre Entschließungen 776 (1982) und 783 (1982) über die Krise im Libanon;
2. weist auf die Ergebnisse der Informationsreise hin, die eine Delegation der Versammlung in den Libanon, nach Jordanien, Syrien und Israel unternommen hat;
3. hat die Schlußerklärung der Internationalen Konferenz über die Palästinafrage, die in Genf vom 29. August bis 7. September auf eine Initiative der Generalversammlung der Vereinten Nationen hin stattfand, zur Kenntnis genommen;
4. bringt ihre tiefe Erschütterung über das tragische Schicksal des libanesischen Volkes zum Ausdruck und ist tief empört über die Ereignisse, die Tausende von Opfern unter der Bevölkerung forderten;
5. verweist auf ihr Eintreten für die Einheit, Integrität und Souveränität eines unabhängigen, multikonfessionellen und demokratischen Libanon;
6. vertritt die Auffassung, daß eine Rückkehr zum Frieden im Libanon dringend erforderlich ist, um sowohl Tausende von Menschenleben zu retten als auch eine Ausdehnung des zwischen den Gemeinschaften bestehenden Konflikts zu vermeiden und eine Konfrontation, die den Weltfrieden bedroht, zu beenden;
7. ist überzeugt, daß zur Lösung des Libanon-Problems ein zweifacher Ansatz erforderlich ist: einerseits Beendigung der Interventionen von außen, unverzügliche Rückkehr zum Frieden, nationale Aussöhnung und allgemeine Achtung der Menschenrechte, und andererseits Vorbereitung freier Wahlen auf der Grundlage institutioneller Reformen, durch die die Rechte jeder Gemeinschaft und ein demokratisches und repräsentatives Handeln des Staates garantiert werden, wobei all dies unter Aufsicht der Vereinten Nationen zu geschehen hat;
8. vertritt die Auffassung, daß der libanesischen Staat im Innern wie auch in seinen Außenbeziehungen einer unmittelbaren politischen und materiellen Unterstützung bedarf;
9. hält den Abzug aller fremden Streitkräfte — in erster Linie der syrischen und israelischen — aus dem Libanon für unbedingt erforderlich, damit vermieden wird, daß sich die Konfrontation zwischen den beiden Supermächten in zu-

- nehmendem Maße auf die Krise im Libanon konzentriert;
10. stellt fest, daß zwar ein gewisser Fortschritt in Richtung auf eine Normalisierung der Lage im Libanon unabhängig von einer Gesamtlösung des Nahostkonflikts angestrebt werden kann, daß die endgültige Festigung des Friedens in der Region jedoch von einer gerechten Lösung des Problems des palästinensischen Volkes abhängen wird, das in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten oder anderswo in der Welt lebt;
 11. bezieht sich auf die wichtigsten Schlußfolgerungen ihrer Entschließung 728 (1980), insbesondere
 - (i) die Bekräftigung des Rechts des Staates Israel und seiner Nachbarstaaten auf Existenz, Sicherheit und Unabhängigkeit;
 - (ii) die Unzulässigkeit der gewaltsamen Aneignung von Territorien und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes, — zwei grundlegende Elemente in der politischen Lösung des israelisch-arabischen Konflikts;
 - (iii) die Verurteilung der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten, die die Aussichten, zu einem gerechten und dauerhaften Frieden zu gelangen, gefährdet;
 - (iv) die Berücksichtigung der religiösen Dimensionen wie auch der politischen Faktoren bei der Definition des künftigen Status von Jerusalem;
 12. wiederholt ihre zahlreichen besorgten Appelle, die Zuwendungen an die internationalen humanitären Einrichtungen wie etwa das UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), das Hohe Kommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen (UNHCR), die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (ICRC) zu erhöhen, die sich mit den Problemen der Flüchtlinge wie auch der einheimischen Bevölkerung in der Region befassen;
 13. nimmt zur Kenntnis, daß die PLO von den Teilnehmern der Informationsreise der Versammlung als der einzige rechtmäßige Vertreter des palästinensischen Volkes angesehen worden ist und daß es daher um so bedauerlicher ist, daß von außen Druckmittel angewandt werden, um die PLO auf Kosten der Einheit dieser Organisation, ihrer Identität selbst, ihres Ansehens und ihrer Wirksamkeit unter die Kontrolle Syriens oder anderer Staaten zu bringen;
 14. begrüßt die Feuereinstellung am 26. September und hofft, daß sie nicht in Frage gestellt werden wird, und appelliert an die Regierungen und nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten, europäische Initiativen einzuleiten, die zur Friedensförderung, nationalen Aussöhnung und zum Wiederaufbau des Libanon beitragen und die Errichtung eines gerechten und dauerhaf-

ten Friedens im Nahen Osten im Rahmen der Entschlüssen der Vereinten Nationen erleichtern können, wobei die sichere Existenz aller Völker und Staaten der Region innerhalb sicherer und international anerkannter Grenzen, einschließlich des Staates Israel und eines möglichen zukünftigen unabhängigen palästinensischen Staates, gewährleistet sein muß;

15. vertritt die Ansicht, daß das Ministerkomitee des Europarates konzertierte Vermittlungsbemühungen unternehmen sollte, um den Kämpfen im Libanon endgültig ein Ende zu setzen und zum politischen, institutionellen und materiellen Wiederaufbau dieses Landes beizutragen und die Eröffnung ausgewogener Nahost-Verhandlungen zu fördern;
16. fordert all ihre Mitglieder auf, der Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten das Leiden der libanesischen Gemeinschaften und des palästinensischen Volkes sowie die erforderlichen Bedingungen für die Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten verstärkt zu Bewußtsein zu bringen;
17. fordert die betreffenden Mitgliedstaaten dringend auf, einen teilweisen Abzug der multinationalen Streitkräfte aus dem Libanon erst dann ins Auge zu fassen, wenn verlässliche Maßnahmen ergriffen worden sind, um den physischen Schutz palästinensischer und anderer Flüchtlinge, die in diesem Land bleiben, zu gewährleisten.

Tagesordnungspunkt:

Die allgemeine Politik des Europarates — Europäische Zusammenarbeit in den achtziger Jahren

(Drucksache 5131)

Berichterstatter: Abg. Lied

(Themen: Rolle des Europarates bei der Zusammenarbeit aller demokratischen Staaten Europas und bei der Stärkung der Kontakte zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Ländern, die nicht der Gemeinschaft angehören)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kollegen! Es scheint mir typisch für die Diskussion zu sein, die wir jetzt gerade abhalten, daß der Besuch hier in diesem Rund etwas schwächer ist als z. B. bei der Debatte, die wir gestern über die Türkei hatten. Das gibt die Krisensituation in Europa wieder. Ich glaube, wir sollten uns da nicht selber etwas in die Tasche lügen. Und wenn in dem Bericht des Kollegen Lied, den ich sehr schätze, das Schlußkapitel die Überschrift „Europäische Institutionen am Scheideweg?“ trägt, so glaube ich, daß wir in Europa tatsächlich an einem Scheideweg angelangt sind.

Er erwähnt auch — das ist ebenfalls typisch für die Situation —, daß z. B. die zehn EG-Staaten bei ihrem Gipfel in Stuttgart eine feierliche Erklärung

verabschiedet haben. Er schreibt in seinem Bericht, ironischerweise könne man das als eine feierliche Erklärung bezeichnen; denn sie sei in einer Krisensituation der Europäischen Gemeinschaft veröffentlicht worden und habe die wirkliche Krise dieser Europäischen Gemeinschaft verdecken sollen.

Ich glaube, beide, **Europarat und Europäische Gemeinschaft**, sind heute in einer schwierigen Lage, aus der sie dringend herausfinden müssen; denn dieses Europa ist nötiger denn je. Morgen nachmittag werden einige Kollegen einen Ausflug über die Grenze in die Bundesrepublik machen. Wir werden die Auswirkungen der Luftverschmutzung im Schwarzwald betrachten. Ich glaube, daß das fast ein symbolischer Ausflug ist; denn er zeigt, welche Probleme Europa auf den Nägeln brennen. Das sind Probleme, die nicht mehr auf nationaler Basis gelöst werden können. Vor allem sind es Probleme, die nicht nur im EG-Raum oder nicht nur im Nicht-EG-Raum gelöst werden können. Es sind vielmehr gemeinsame europäische Probleme.

Lassen Sie mich zunächst etwas Selbstkritisches zu unserer Arbeit hier sagen. Ich glaube — und hier möchte ich dem Kollegen Morris beipflichten, der kurz vor mir gesprochen hat —, daß es wichtig sein wird, daß sich das Ministerkomitee deutlicher über die Absichten äußert, die man in Zukunft mit dieser Arbeit hier im Europarat hat. Ich meine, wir als Parlamentarier, als Mitglieder der Versammlung, haben auch einen Anspruch darauf, die Bitte an das Ministerkomitee richten zu können, daß dieses Ministerkomitee etwas schneller auf Initiativen reagiert, die aus der Parlamentarischen Versammlung kommen. Ich habe bei Berichten oder Empfehlungen, an deren Zustandekommen ich selber maßgeblich beteiligt war, erlebt, daß das Echo auf die Beschlüsse in dieser Versammlung aus interstellaren Entfernungen kam — wenn ich das einmal von der Lichtgeschwindigkeit her formulieren darf. Denn es dauerte Monate, gelegentlich Jahre, manchmal kam auch gar kein Echo zurück. Das ist etwas, was auf die Parlamentarier hier frustrierend wirken muß.

Lassen Sie mich nun etwas zu dem Problem Europäische Gemeinschaft bzw. **Europäisches Parlament und Parlamentarische Versammlung** sagen. Ich möchte nicht das Bild verwenden von dem Kern Europäische Gemeinschaft und den übrigen Mitgliedern des Europarates als Trabanten, das immer gebraucht wird. Ich will hier eine geometrische Figur verwenden. Ich möchte sagen: Das Europa des Europarates ist eine große Scheibe. Und auf diese große Scheibe ist noch eine kleinere Scheibe aufgesetzt, nämlich die Europäische Gemeinschaft. Die drückt gelegentlich auf die große Scheibe, macht gewisse Schwierigkeiten. Aber die Basis ist die größere Scheibe, der Europarat und auch die Parlamentarische Versammlung des Europarates. Da ist doch auch die ältere Institution, die sich hier zu Wort meldet.

Wir müssen leider feststellen — und ich kann dem Kollegen Pignion nur recht geben —, daß draußen absolute Verwirrung herrscht, vor allem in den Ländern, die zugleich Mitglieder im Europarat und in

der Europäischen Gemeinschaft sind, was denn nun die Institutionen sind. Auch ich erlebe es immer wieder — allen anderen wird es genauso gehen —, daß ich als Mitglied des Europäischen Palaments begrüßt werde, wenn ich irgendwo etwa eine Fahne des Europarates zu überreichen habe, also etwas, was von unserer Institution verliehen wurde. Wir haben festgestellt, daß selbst die Kollegen in unseren nationalen Parlamenten gelegentlich Schwierigkeiten haben, die Unterscheidung zwischen dem Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zu treffen.

Hier sind wir natürlich in einem Dilemma. Denn das Europäische Parlament hat einen ungeheuren Vorteil gegenüber dieser Versammlung. Dadurch, daß es jetzt direkt gewählt wird, daß Wahlkämpfe stattfinden, die im nationalen Rahmen der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft natürlich eine gewisse Beachtung finden, wird immer mehr vom Europäischen Parlament als etwa von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates geredet.

Es kommt noch etwas hinzu. Weil dort mehr Geldmittel zur Verfügung stehen, wird für das Europäische Parlament und für die Europäische Gemeinschaft mehr Öffentlichkeitsarbeit, mehr Publizität gemacht. Da wäre wieder die Frage an unsere Mitgliedsländer, inwieweit sie bereit sind, auch die Arbeit des Europarates und dieser Parlamentarischen Versammlung finanziell entsprechend zu fördern.

Eine Folge dieser Parallelität ist auch, daß gelegentlich **doppelte Arbeit** geleistet wird. Ich muß wieder den sauren Regen erwähnen. Auch hier gibt es parallele Tätigkeiten, die eigentlich nicht unbedingt sein müßten. Deswegen begrüße ich den Hinweis des Berichterstatters, des Kollegen Lied, daß man diese doppelte Arbeit beschränken sollte, daß man zu mehr Kontakten, zu mehr Zusammenarbeit kommen müßte und daß die **Einrichtung eines Verbindungsausschusses**, der eine gewisse koordinierende Funktion hat, sicher eine positive Auswirkung haben könnte.

Ich begrüße außerordentlich das, was unser Berichterstatter zum Schluß anregt, nämlich einen **Ausschuß von unabhängigen Persönlichkeiten** zu schaffen, die sich Gedanken machen sollen, wie es mit dem Europarat und wie es überhaupt mit den europäischen Institutionen weitergehen soll. Ich könnte mir vorstellen, daß das eine Art brain storming sein sollte — wenn man es mit einem Begriff aus der englischen Sprache formuliert —, wo die Gedanken sozusagen losgelassen werden und wo man, nachdem man sich Gedanken gemacht hat, auch zu konkreten Ergebnissen kommt.

Wir haben alle das Gefühl — und wir reden ja auch immer davon —, daß dieses Europa notwendig ist. Wir sprechen davon, daß dieses Ziel eines Tages erreicht werden soll. Obwohl wir das sagen, sind wir doch immer wieder in der Gefahr zu verzweifeln, zu resignieren, uns treiben zu lassen und nicht an dieses Europa der Zukunft mehr zu glauben. Ich habe oft das Gefühl, daß es bei manchen von uns da Lippenbekenntnisse gibt, weil es nun einmal dazuge-

hört, das so zu formulieren. Aber wir haben nicht mehr den Impetus, den die Politiker Europas unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gehabt haben, als die Bereitschaft, für ein gemeinsames Europa einzutreten, wesentlich intensiver war und als auch die Öffentlichkeit wesentlich intensiver daran interessiert war.

Zum Schluß möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser unabhängige Ausschuß einen Anstoß geben könnte, uns wieder mehr auf das Endziel unserer gemeinsamen europäischen Bemühungen zu konzentrieren. Zwar belebt Konkurrenz das Geschäft — wenn ich das so formulieren darf —, auch Konkurrenz zwischen dem Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung, aber gelegentlich kann eine solche Konkurrenz auch dazu führen, daß man die gemeinsamen großen Ziele, die man hat, aus dem Auge verliert. Wenn der unabhängige Ausschuß hier allen wieder etwas mehr die Augen öffnen könnte, wäre ich darüber sehr glücklich.

Samstag, 1. Oktober 1983

Tagesordnungspunkt:

Die allgemeine Politik des Europarates — Europäische Zusammenarbeit in den achtziger Jahren

(Fortsetzung der Aussprache und Abstimmung über den in Drucksache 5131 enthaltenen Entschließungsentwurf)

Entschließung 805 (1983)

betr. die europäische Zusammenarbeit in den achtziger Jahren (Allgemeine Politik des Europarates)

Die Versammlung

1. erinnert an ihre früheren Arbeiten zum Thema der europäischen Zusammenarbeit in den 80er Jahren und insbesondere an ihren letzten Bericht (Dok. 4949) und ihre Aussprache vom 7. Oktober 1982, die zur Annahme der Richtlinie 414 und der Prinzipien im Anhang zu dieser Richtlinie, die weiterhin ihre volle Gültigkeit behalten, führten, sowie an die nachfolgenden intensiven Konsultationen auf Parlaments- und Regierungsebene und verweist ferner auf ihre Empfehlungen 850 (1979) und 940 (1982) betr. die europäische kulturelle Zusammenarbeit;
2. erkennt an, daß die Europäische Gemeinschaft trotz der in jüngster Zeit aufgetretenen Schwierigkeiten ein sehr wichtiges Element im Prozeß der europäischen Zusammenarbeit darstellt, obwohl die unbedingt notwendige Wiederbelebung des demokratischen Europas in seiner Gesamtheit auch erfordert, daß ein so flexibles

Instrument der Zusammenarbeit, wie es der Europarat ist, in verstärktem Maße genutzt wird;

3. vermerkt, daß die Stärke des Europarates in der großen Anzahl seiner Mitglieder, zu denen fast alle pluralistischen parlamentarischen Demokratien Europas gehören, und in der Reichweite seines satzungsmäßigen Auftrags liegt, der sich auf alle Fragen mit Ausnahme der nationalen Verteidigung erstreckt, und daß der Europarat in den 34 Jahren seines Bestehens besonders bemerkenswerte Leistungen im Bereich der Menschen- und Sozialrechte sowie in der kulturellen, rechtlichen und umweltpolitischen Zusammenarbeit hervorgebracht hat;
4. bringt eine gewisse Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß der Europäische Rat anläßlich seines Treffens in Stuttgart am 19. Juni 1983 dessen ungeachtet eine Intensivierung der intergouvernementalen Arbeit der Zehn in Bereichen, die in den Verträgen von Paris und Rom nicht vorgesehen sind, wie etwa Kultur, Umwelt und Rechtsharmonisierung, gefordert hat;
5. nimmt das vom Rat der Gemeinschaften am 22. Juni 1983 veröffentlichte Communiqué über die Beziehungen zum Europarat zur Kenntnis, in dem bekräftigt wird, daß die Gemeinschaften „in keiner Weise in den Zuständigkeits- und Tätigkeitsbereich des Europarates eindringen“ wollen, „die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Europarat fortsetzen werden“, während gleichzeitig erklärt wird, daß „angesichts der unterschiedlichen Ziele der Organisationen und der Tatsache, daß sich ihre Aufgabenbereiche weiterentwickeln“, nicht von vornherein eine Trennung „zwischen den Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Europarates und denjenigen, die in den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Gemeinschaften fallen“, erfolgen sollte;
6. ist sich bewußt, daß bestimmte europäische Parteien in den Manifesten, die sie zur Mobilisierung der Wählerschaft im Hinblick auf die wichtige zweite Direktwahl des Europäischen Parlaments im Juni 1984 vorbereiten, weitreichende Übergriffe auf die Aktivitäten des Europarates vorschlagen werden;
7. ist im Interesse der Transparenz, auch gegenüber den europäischen Steuerzahlern, überzeugt, daß dennoch eine gewisse de facto-Aufgabenteilung erforderlich ist, wobei die Themen, die von 21 europäischen Demokratien in angemessener Weise behandelt werden, nicht auf die Zehn beschränkt werden können;
8. ist der Auffassung, daß es im kulturellen Bereich und auf einigen anderen Gebieten der technischen Zusammenarbeit angebracht ist, zwischen der Rolle des Europarates, die in der Förderung einer engeren Zusammenarbeit besteht, und den Zielen anderer Gremien zu unterscheiden, die sich für die europäische Einigung oder eine politische Union einsetzen;

9. begrüßt die Entscheidung des Ministerkomitees, Arbeitsgruppen auf Delegiertenebene zu bilden, deren Aufgabe es sein soll, Empfehlungen im Hinblick auf die Vertiefung und Erweiterung des europäischen politischen Dialogs, die Beziehungen zu den Gemeinschaften, die Arbeitsmethoden der Versammlung und die Beziehungen zu ihr sowie im Hinblick auf die Arbeit des Europarates auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Kultur auszuarbeiten, und hofft auf eine Klärung der tatsächlichen Implikationen des Stuttgarter Gipfeltreffens;
10. stellt fest, daß die Arbeiten dieser Gruppen ein fortgeschrittenes Stadium erreicht haben und in enger Zusammenarbeit mit der Versammlung erfolgen, wobei die gegenseitigen Einladungen schließlich zu einer gemeinsamen Diskussion zwischen Delegierten verschiedener Minister und Vertretern verschiedener Ausschüsse der Versammlung führten, die anläßlich eines Round Table-Gesprächs über die europäische Zusammenarbeit in den 80er Jahren am 30. Juni 1983 in Luxemburg stattfand;
11. ist besorgt über den Mangel an offiziellen Beziehungen zwischen dem Europarat und der Mehrheit der osteuropäischen Länder;
12. begrüßt die verstärkte Nutzung der Fachministerkonferenzen des Europarates und insbesondere die jüngsten Vorschläge zu europäischen Ministerkonferenzen über die Menschenrechte, das Forschungswesen und das architektonische Erbe, die die immer stärkere Harmonisierung der Arbeiten des Ministerkomitees und der Versammlung bestätigen;
13. begrüßt die jüngsten Neuerungen im Rahmen des politischen Dialogs innerhalb des Ministerkomitees, insbesondere die Treffen, die zwischen den Leitern der politischen Abteilungen in den Außenministerien der Nichtmitgliedstaaten der Gemeinschaft und ihren jeweiligen Kollegen, die die Präsidentschaft der Zehn vertreten, stattfinden und dazu beitragen werden, die gemeinsamen Überlegungen zu außenpolitischen Fragen, die alle Mitgliedstaaten betreffen, weiterzuentwickeln und den politischen Einfluß Westeuropas in der Welt zu stärken;
14. ist überzeugt, daß die Rolle, die der Europarat im Hinblick auf die Förderung der Demokratie in Europa und in der Welt spielt, auch Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Exekutive und den parlamentarischen Organen der Organisation hat, wozu auch die systematische Mitwirkung der Versammlung als dem gewählten Organ bei der Ausarbeitung europäischer Konventionen und Abkommen sowie eine umfassende und unverzügliche Begründung von seitens des Ministerkomitees in allen Fällen, in denen es den Empfehlungen der Versammlung nicht Folge leistet, gehört;
15. erachtet es für dringend notwendig, die Arbeitsmethoden des Europarates zu verbessern, um einerseits den europäischen Übereinkommen und Abkommen, die allzuoft restriktiv angewandt werden, und andererseits den Empfehlungen, die das Ministerkomitee an die Regierungen richtet, eine erhöhte Wirksamkeit auf nationaler Ebene zu verleihen;
16. erkennt im Hinblick auf die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft an, daß im Interesse des demokratischen Europa in seiner Gesamtheit unablässig Anstrengungen unternommen werden müssen, um insbesondere im Licht der von der Gemeinschaft in Stuttgart getroffenen Entscheidungen die Komplementarität, Reziprozität, Kohäsion und Wirksamkeit zwischen den beiden Organisationen zu verstärken;
17. fordert in diesem Zusammenhang dringend die Verwirklichung der gemeinsam von der Parlamentarischen Versammlung und dem Europäischen Parlament ausgearbeiteten Empfehlung, die einen Beitritt der Europäischen Gemeinschaft als solche zur Europäischen Menschenrechtskonvention befürwortet;
18. fordert das Ministerkomitee dringend auf, alle Möglichkeiten für die Durchführung gemeinsamer Projekte, wie etwa das Europäische Jahr der Musik 1985, wo die Rolle des Europarates eindeutig geltend gemacht werden kann, zu untersuchen und auf eine stärkere Beteiligung des Europarates an bestimmten, von der Gemeinschaft organisierten oder geförderten Aktivitäten zu drängen sowie ungeachtet der häufig zitierten Unterschiede zwischen den beiden Organisationen die Möglichkeiten einer Verbesserung der Verbindungsmechanismen zu diesem Zweck zu untersuchen, erkennt jedoch an, daß gute Arbeitsbeziehungen zwischen den parlamentarischen Gremien und den Verwaltungen schwerlich durch Vorschriften herzustellen sind, und daß die im allgemeinen zufriedenstellenden Beziehungen, die auf Präsidiums- und Generalsekretärssebene erreicht worden sind, sich sehr viel stärker auf der operativen Ebene der Ausschußvorsitzenden, Berichterstatter und Sekretariate widerspiegeln müßten, um volle Wirksamkeit zu erlangen;
19. verfolgt mit großem Interesse die derzeitige Ausarbeitung von Vorschlägen zur Revision der Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaften im Europäischen Parlament und beschließt, ihre eigenen, unabhängigen Überlegungen über die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit zu intensivieren, wobei sie die Ergebnisse einer unabhängigen Kommission berücksichtigen wird, die sich aus prominenten Politikern der Mitgliedsländer und Nichtmitgliedsländer der Gemeinschaft zusammensetzen und deren Aufgabe es sein sollte, zukünftige, über unser Jahrzehnt hinausreichende Perspektiven zu erarbeiten und zu gegebener Zeit ihren eigenen Beitrag zu einer Debatte zu leisten, die die Interessen eines erweiterten Europa nicht vernachlässigen darf. Dieser Kommission sollten Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sowie

Mitglieder des Europäischen Parlaments angehören, die ihren jeweiligen parlamentarischen Institutionen über den Verlauf der Arbeiten Bericht erstatten würden;

20. fordert das Ministerkomitee dringend auf, im Lichte der bereits erfolgten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften und der neuen Erweiterung, die wahrscheinlich in den nächsten Jahren stattfinden wird — und unter Berücksichtigung der jüngsten Reformvorschläge der Europäischen Gemeinschaften — die Versammlung über seine Ansichten über die Position und Rolle des Europarates und über die institutionelle Struktur der europäischen Zusammenarbeit in den 80er Jahren und darüber hinaus zu unterrichten;
21. fordert alle Regierungen der Mitgliedstaaten und das Ministerkomitee auf, die Möglichkeit einer Mitwirkung der osteuropäischen Länder an den intergouvernementalen Aktivitäten des Europarates, wie etwa Kultur, Erziehung und Umwelt, zu erkunden;
22. ersucht das Ministerkomitee, in regelmäßigen Zeitabständen die politischen Fragen in Zusammenhang mit den europäischen Ost-West-Beziehungen zu untersuchen und der Versammlung Bericht zu erstatten.

Tagesordnungspunkt:

Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid

(Drucksache 5132)

Berichtersteller: Abg. van den Bergh

(Themen: Realistische Einschätzung des Entspannungsprozesses seit Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki: die Ergebnisse der KSZE-Folgekonferenzen in Belgrad und Madrid — Chancen für einen Wandel des politischen Klimas zwischen Ost und West)

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen! Meine Herren Kollegen! Der endlich nach drei Jahren doch noch erfolgte Abschluß des KSZE-Folgetreffens von Madrid hat auch der Kommission für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedstaaten die Möglichkeit gegeben, das Ergebnis von Madrid zu erörtern und dieser Versammlung ihre Stellungnahme, zugleich die Stellungnahme zum Bericht des Kollegen van den Bergh, zuzuleiten.

Unsere Kommission weist dabei auf die große Bedeutung des KSZE-Prozesses als eines großen, West und Ost umspannenden Diskussionsforums hin, das gerade in Zeiten erhöhter Spannungen den Dialog zwischen den Ostblockstaaten und den freiheitlichen Demokratien aufrechterhält. Insofern ist es sehr zu begrüßen, daß es in Madrid überhaupt zu einem substantiellen Schlußdokument gekommen ist.

Auf der anderen Seite — und auch das hat unsere Kommission mehrfach deutlich zum Ausdruck gebracht — ist der Wert des ganzen umfangreichen Schlußdokuments überhaupt erst zu beurteilen, wenn sichtbar wird, inwieweit es in die Tat umgesetzt und verwirklicht wird. Das Schicksal der vorangegangenen KSZE-Dokumente, insbesondere der Schlußakte von **Helsinki** selbst, ist dabei eher ein schlechtes Omen. Gerade während des Verlaufs der Madrider Konferenz hat die Sowjetunion als Unterzeichnerstaat der KSZE-Schlußakte gravierende Verstöße gegen Geist und Buchstaben dieses Dokuments begangen. Ich erinnere an die Einflußnahme auf die polnische Regierung, begleitet von massiven Drohungen und militärischen Gewaltmanifestationen rings um **Polen** — zur Unterdrückung der Gewerkschaftsfreiheit und der politischen Freiheiten, die sich das polnische Volk im Herbst 1980 errungen hatte. Ich erinnere an die fortdauernde Verbanung und Schikanierung des großen Menschenrechtskämpfers Andrej **Sacharow** in Gorki. Ich erinnere an die Unterdrückung, ja Vernichtung der sogenannten **Helsinki-Gruppen in der UdSSR**, Vereinigungen, die nichts anderes erstrebten als die Verwirklichung der Abmachungen von Helsinki. Ich erinnere an die verschärft fortgeführte Praxis der sowjetischen Behörden, Menschen- und Bürgerrechtler in psychiatrischen Anstalten zu foltern und Gehirnwäschen zu unterwerfen. Und ich erinnere schließlich an den fortdauernden blutigen Unterwerfungskrieg der Sowjetunion gegen das **afghanische Volk**, der bereits weit über eine halbe Million Todesopfer und unvorstellbare Verwüstungen in diesem niemanden bedrohenden Land gefordert hat. Ich sage hier in aller Deutlichkeit was auch der Auffassung unserer Kommission entspricht: Dieser brutale Umgang der Sowjetunion mit Völkern und mit einzelnen Menschen oder Gruppen von Menschen ist mit den Beschlüssen von Helsinki wie mit denen von Madrid schlechthin unvereinbar.

Die sowjetische Regierung muß daher in aller Form aufgefordert werden, die genannten Gewaltakte zu beenden, wenn das Ergebnis von **Madrid** nicht zur Farce werden soll. Die Glaubwürdigkeit aller Unterzeichnerstaaten hängt davon ab, wie weit sie mit dieser Vereinbarung ernst machen.

Die Kommission hat daher als Schwerpunkt ihrer Aussagen zum Schlußdokument von Madrid betont, daß der Europarat der Implementierung, also der Erfüllung und **Durchführung der Beschlüsse** größte Aufmerksamkeit zuwenden muß. Die Regierungen der Teilnehmerstaaten müssen immer wieder zur Rechenschaft darüber aufgefordert werden, inwieweit sie ihre Zusagen eingehalten haben. Davon hängt die Glaubwürdigkeit der Regierungen ab, davon hängt der Erfolg des ganzen KSZE-Prozesses ab.

Die Kommission hat diese ihre Auffassung in einem Empfehlungsentwurf zum Ausdruck gebracht, der als Amendement Nr. 3 vorliegt. Bei Aufruf dieses Amendements werde ich darauf nochmals eingehen.

Neben der erneuten und nachdrücklichen **Verurteilung des Terrorismus** durch das Schlußdokument

von Madrid begrüßen wir ganz besonders den breiten Raum, der den **Menschenrechten** und ihrer Verwirklichung in diesem Dokument eingeräumt wird. Das Schlußdokument unterstreicht erneut den individuellen Charakter der Menschenrechte, die sich aus der Würde des Individuums und nicht aus staatlicher Verleihung oder aus den Rechten von Kollektiven herleiten. Es muß viel mehr in der Weltöffentlichkeit bekanntgemacht werden, daß auch die Sowjetunion und die anderen kommunistisch regierten Staaten diese Auffassung vom Charakter der Menschenrechte übernommen haben. Es kann ihnen daher künftig nicht mehr abgenommen werden, wenn sie die Gewährung von Menschenrechten vom Wohlverhalten gegenüber dem herrschenden Regime abhängig zu machen versuchen.

Alle Teilnehmerstaaten haben sich mit ihrer Unterschrift verpflichtet — ich zitiere aus dem Dokument von Madrid —, „das Recht des Individuums, seine Rechte und Pflichten auf dem Gebiet der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu kennen und auszuüben, wie in der Schlußakte festgelegt“ anzuerkennen und — ich zitiere weiter — „werden in ihren jeweiligen Ländern die notwendigen Maßnahmen zur wirksamen Gewährleistung dieses Rechts ergreifen“. Daran gilt es, meine Damen und Herren, alle Regierungen, die in Madrid beteiligt waren, auch die sowjetische, die polnische oder die der DDR, festzuhalten und sie nicht aus dieser selber übernommenen Verpflichtung zu entlassen.

Auch die **Rechte nationaler Minderheiten** und die Notwendigkeit, ihnen, wie es wörtlich heißt, „tatsächlichen Genuß ihrer Rechte“ zukommen zu lassen, sind im Schlußdokument von Madrid ausdrücklich erwähnt.

Ebenfalls von großer Bedeutung sind die Abmachungen im Bereich der **humanitären Erleichterungen**. Dabei ist es vor allem im Bereich der menschlichen Begegnungen zu interessanten Vereinbarungen gekommen, insbesondere, was Anträge auf Familienzusammenführung und Familienbegegnungen sowie den Zugang zu ausländischen Missionen betrifft. — Soweit die anderen Teile dieser Abmachungen von uns beurteilt wurden, finden Sie das in der schriftlichen Stellungnahme unserer Kommission.

Den Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates, für die diese Abmachungen von besonderer Bedeutung sind, ist zu raten, zur Konkretisierung der Schlußerklärung **bilaterale Abmachungen mit den Ostblockstaaten** anzustreben, die ausdrücklich vorgesehen sind.

Schließlich ist in Madrid vereinbart worden, 1985 in Ottawa ein Expertentreffen über Menschenrechte und 1986 in Bern ein weiteres Expertentreffen über humanitäre und andere Bereiche durchzuführen. Der Europarat muß energisch darauf hinwirken, daß diese Treffen im Interesse der betroffenen Menschen von unseren Mitgliedsregierungen gründlich vorbereitet werden. Dazu haben wir in unserem Amendement Nr. 3 einen konkreten Empfehlungsvorschlag gemacht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich meinen naturgemäß nur kursorischen und auszugsweisen Bericht über die Beurteilung des Ergebnisses von Madrid durch unsere Kommission damit abschließen, daß ich dem weiteren Verlauf des KSZE-Prozesses und seiner Folgetreffen — insbesondere bei der Implementierung der Beschlüsse von Madrid — einen vollen Erfolg wünsche. Der spanischen Regierung möchte ich dafür danken, daß sie durch ihre Aktivität als gastgebende Regierung so außerordentlich viel zum Erfolg der Konferenz beigetragen hat. — Ich danke Ihnen.

Vogt (Kaiserslautern) (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wertschätzung des Berichts von Herrn van den Bergh, die viele Kolleginnen und Kollegen hier schon geäußert haben, möchte ich mich ausdrücklich anschließen, weil es ihm gelungen ist, die schwierige Materie der KSZE-Folgekonferenz darzulegen und insbesondere auch die Unterschiede in den Auffassungen der drei Hauptgruppen — Ost, West und Nichtgebundene — herauszuarbeiten, und weil er die schwierige Frage des unterschiedlichen Verständnisses von Menschenrechten auf der einen Seite und Entspannung auf der anderen Seite bei den verschiedenen beteiligten Gruppen hervorgehoben hat. Ohne Schwierigkeiten kann ich auch dem Entschließungsentwurf des Politischen Ausschusses zustimmen, soweit sich dieser Entwurf wirklich auf die KSZE-Folgekonferenz und die Ergebnisse bezieht.

Nur in einem Punkt habe ich Schwierigkeiten. Da das eine delikate Angelegenheit ist, möchte ich es hier etwas näher ausführen dürfen. In Punkt 7 weist der Entschließungsentwurf in einem Fall, der uns nach wie vor erschüttert, auf die **Diskrepanz zwischen der Konferenzwirklichkeit und der wirklichen Wirklichkeit** hin. Er sagt, daß den Bemühungen um vertrauensbildende Maßnahmen immer wieder vertrauenszerstörende, mißtrauensbildende, wenn nicht gar schockierende Maßnahmen von Staaten gegenüberstehen.

Wir — das sind DIE GRÜNEN, und das ist die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland; sicher kann man das auch für andere Länder in Europa sagen. — sehen den **Abschuß dieser koreanischen Maschine** als ein staatliches Verbrechen an. Für dieses staatliche Verbrechen gibt es keine Rechtfertigung. Das steht auch in diesem Punkt 7.

In einem Nebensatz steht aber auch, daß es sich um die vorsätzliche Ermordung von 269 Menschen gehandelt habe. In diesem Punkt fangen meine Schwierigkeiten an. Es gibt unterschiedliche Erklärungen der Sowjetunion, es gab eine außerordentlich irritierende und abstoßende Nachrichtenpolitik und es gab auch abstoßende Erklärungen. Ich möchte gleich vorweg sagen, daß ich dem Änderungsantrag von Herrn Cavaliere zustimmen kann, der sagt, daß die Erklärung von Herrn Gromyko, man werde in Zukunft in Zweifelsfällen in ähnlicher Weise Flugzeuge abschießen, natürlich zurückzuweisen ist. Das ist die eine Seite mit dem Blick nach vorn. Wir müssen alle Anstrengungen machen,

um die Wiederholung eines solchen Falles zu vermeiden. Es hätte auch dem Entschließungsentwurf gut angestanden, wenn man auf die Opfer hingewiesen und Entschädigung, Wiedergutmachung gefordert hätte.

Meine Frage ist jedoch, ob wir in einer Situation, wo die Tatsachen nicht restlos geklärt sind, hier eine juristische Wertung bringen können. Denn es ist eine juristische Wertung, wenn man von vorsätzlichem Mord spricht. Wenn die Täter auch unterschiedliche Erklärungen abgegeben haben, haben sie in einer Schlußphase dieser Erklärungen in bezug auf diese zivilen Opfer gesagt, es habe sich um einen Irrtum gehandelt. Solange dieser Tatsachenbereich nicht aufgeklärt ist, zögere ich. Ich meine, man tut für die Zukunft nichts Gutes, wenn man hier eine verbale Radikalität hineinbringt, die möglicherweise der endgültigen Tatsachenaufklärung nicht gerecht wird.

Ich möchte noch auf andere Diskrepanzen hinweisen, die auch die Friedensbewegung immer wieder erschüttern. Es gibt eine Diskrepanz zwischen dem, was Regierungen sagen, was sie verkünden, was sie in UNO-Reden sagen — ich erinnere in dem Zusammenhang bei allem Respekt auch an die UNO-Rede von Präsident Mitterrand —, und dem, was sie tun. Es gibt den Spruch „Frieden mit immer weniger Waffen“. Demgegenüber gibt es immer mehr **Aufrüstung**. Diese Aufrüstung geht weiter bei fortdauernden sogenannten Abrüstungsverhandlungen, die ja keine wirklichen Abrüstungsverhandlungen sind, sondern allenfalls Verhandlungen über kontrollierte Aufrüstung. Diese Diskrepanz erschüttert mehr und mehr Menschen. Das wissen wir alle.

Viele Menschen, nicht nur in Europa, sondern überall in der Welt, sind tief aufgewühlt angesichts der zunehmenden Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit. Robert Jungk hat in diesem Zusammenhang, im Zusammenhang mit diesem tiefen Aufgewühlsein, von einem „Menschenbeben“ gesprochen. Überall auf der Welt haben Menschen, dreizehn Personen, unter ihnen die Elsässerin Solange Fernex, ein langanhaltendes Fasten hinter sich gebracht, das nach 40 oder 44 Tagen erst abgebrochen wurde, ein Fasten aus Protest gegen die Aufrüstung.

Es gibt den allgemeinen Wunsch nach einem wirklichen Anhalten und, wie Franz Alt gesagt hat, auch nach der Bereitschaft zu einem einseitigen Anhalten der Rüstung und der Rüstungsspirale. Wäre es nicht eine gute Aktion gewesen, wenn beispielsweise die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, oder die beiden Blöcke sich nach dem Flugzeugzwischenfall bereit erklärt hätten, für ein viertel oder ein halbes Jahr auf beiden Seiten militärische Flüge einzustellen, um das Risiko für die Zivilluftfahrt zu verringern? Wäre dies nicht, auch aus Respekt vor den Opfern, die angemessene Aktion gewesen?

Ich habe auch Verständnis für die Haltung von **Malta**, das lange Zeit eine Mittelmeer-Konferenz zur Bedingung seiner Zustimmung gemacht hat. Ich habe insofern dafür Verständnis, als sich gerade die

Länder des Mittelmeers bedroht fühlen, eine Destabilisierung befürchten angesichts der bevorstehenden Stationierung von 112 Cruise Missiles in Comiso, ausgerechnet am Südpfeil von Sizilien, die dann den ganzen Mittelmeerbereich, insbesondere die Länder Nordafrikas und des Mittleren Ostens, bedrohen oder zumindest als Bedrohung verstanden werden können.

Ich meine, die Parlamentarische Versammlung des Europarates sollte weiter gehen, als sie in § 12 ihres Entschließungsentwurfs gegangen ist. Der Europarat kann wesentlich mehr tun, als die für manche vielleicht dubiosen Ergebnisse der KSZE-Konferenz von Madrid bekanntzumachen und damit vielleicht die Diskrepanz zwischen der Konferenzwirklichkeit und der wirklichen Wirklichkeit überbrücken zu wollen.

Der Europarat könnte der Beunruhigung der Menschen, der Europäer und anderer, durch eine Initiative gerecht werden, die eine andere Diskrepanz überbrückt, nämlich die Diskrepanz zwischen Konferenzen und hohen Ebenen einerseits und der Friedensbewegung, der zunehmenden Gruppe von Menschen, die außerordentlich beunruhigt sind, auf der anderen Seite. Deshalb schlage ich vor, daß einige Delegierte ihren Regierungen den Wunsch vortragen, eine Art „summit for survival“, eine **Gipfelkonferenz des Überlebens**, ins Auge zu fassen, wo Regierungen, die gegenüber der Friedensbewegung vielleicht aufgeschlossener sind als andere, zusammen mit Kräften der Friedensbewegung mit großer Leidenschaft die Fragen, die die Bedrohung unseres Überlebens betreffen, diskutieren. Ich erhoffe mir dabei dieselbe Leidenschaft für das Leben und das Überleben der menschlichen Rasse, die, aus meiner Sicht nicht gerade überzeugend, einige Befürworter der Konvention über Tierversuche am Montag in ihren Statements an den Tag gelegt haben. — Danke schön.

Abg. Jäger (Wangen) äußerte sich als Berichterstatter des Ausschusses für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedsländern abschließend wie folgt:

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen! Meine Herren Kollegen! Es ist schwer, nach einem solchen bewegenden Augenblick in die nüchterne Tagesarbeit dieser Versammlung zurückzukehren. Ich werde mich deswegen auf wenige kurze Bemerkungen beschränken.

Ich bedanke mich bei allen Kollegen, die durch ihre Beiträge unsere Beurteilung der Ergebnisse von Madrid ergänzt und bereichert haben. Ich freue mich darüber, daß so viele interessante Gesichtspunkte zu dem Bericht des Kollegen van den Bergh und zu unseren Stellungnahmen eingegangen sind. Lassen Sie mich grundlegend nur zu einem großen Komplex etwas sagen, der, bestehend aus zwei Gedankenlinien, die, von ganz verschiedenen Gesichtspunkten herkommend, in ein gleiches Ergebnis münden und die von den Kollegen Sir Frederic

Bennett einerseits und von meinem Kollegen, dem Herrn Berichterstatter van den Bergh andererseits, in seiner abschließenden Erklärung aufgegriffen worden sind, eine Rolle gespielt hat.

Hier möchte ich ein gewisses Fragezeichen setzen. Ist es wirklich so, daß die Sowjetunion und die von ihr beherrschten Staaten das, was sie in Madrid unterschrieben haben, das, was sie in Helsinki unterschrieben haben, nicht in die Tat umsetzen können, ohne in ihrer heutigen Form innerlich zerstört zu werden? Ich möchte dahinter ein dickes Fragezeichen setzen; denn wenn wir von dieser Prämisse aus an die Beschlüsse von Madrid herangegangen wären, wenn wir also mit jemandem eine Abrede getroffen hätten, von dem wir überzeugt sind, daß er sie niemals einhalten könnte, dann wären unsere Regierungen des Betruges an der Weltöffentlichkeit schuldig, weil sie eine Abrede vereinbart hätten, die nicht realisierbar wäre. Ich bin nicht dieser Auffassung.

Ich bin der Auffassung, daß die Sowjetunion sehr wohl erkennen muß, daß es ihrer eigenen inneren Stabilität und dem Wohl ihrer Völker dient, wenn sie die Bestimmungen von Helsinki und die Beschlüsse von Madrid Stück für Stück in die Tat umsetzt. Ich bin auch nicht der Meinung, daß sie ihre grundlegenden Überzeugungen bei jeder dieser Maßnahmen von vornherein aufs Spiel setzen muß. Aber ich bin auch nicht der Meinung, daß die Sowjetunion für uns sozusagen in ihrer gegenwärtigen Existenz ohne jede innere Änderung die einzige Alternative zur militärischen Konfrontation darstellt. Wir müssen der Sowjetunion zumuten — und wir haben es ja auch in Madrid getan —, sich zu liberalisieren, mehr Menschenrecht zu gewähren, mehr Freiheit zu gewähren, den Menschen mehr Freiraum zu geben. Wenn wir ihr das nicht zumuten, bliebe ja in der Tat nur die Alternative der Konfrontation. Denn die Konfrontation droht ja nicht von einem freiheitlichen Staat, droht nicht von einem Staat, der Freiräume und Menschenrechte gewährt, sondern sie droht gerade deshalb, weil wir es hier mit einer Macht zu tun haben, die Freiheiten nicht einräumt, die die Menschenrechte unterdrückt, die die Menschheit bedroht mit schrecklichen Waffen oder mit Akten wie dem Abschluß des koreanischen Flugzeuges. Hier setzen unsere Aufgaben an. Ich meine, sie sind groß und schwer genug. Wir müssen ihnen alle unsere Kräfte in den kommenden Monaten und Jahren widmen.

Lassen Sie mich daneben noch zu drei kurzen Einzelfragen Stellung nehmen. Ich bedanke mich bei Herrn Kollegen Körlof, daß er auf die verbesserten Freiheiten für Journalisten hingewiesen hat. Aber hier muß ich hinzufügen — wenn ich das als deutscher Abgeordneter sagen darf —: Es ist eine besondere Aufforderung an die Regierung der DDR, dafür zu sorgen, daß z. B. die in Ziffer 9 des entsprechenden Abschnitts von Madrid vorgesehene verbesserte Zugangsmöglichkeit von Journalisten zu ihren Quellen nicht mehr behindert wird durch die gegenwärtigen Strafbestimmungen in der DDR, die es fast keinem Bürger mehr erlauben, mit einem Journalisten aus einem anderen Land vertrauliche Gespräche zu führen, ohne sich strafbar zu machen.

Hier hat z. B. die DDR eine wichtige Verpflichtung, ihre inneren Gesetze zu ändern.

Herr Berti aus San Marino hat auf den Jugendaustausch aufmerksam gemacht. In Madrid ist auch der individuelle Jugendaustausch erwähnt — das halte ich für ganz wichtig —, der bisher noch in viel zu geringem Maße gewährt wurde. Gruppenreisen und Organisationsreisen haben wir schon. Aber daß auch einzelnen jungen Menschen aus den Ostblockstaaten die Möglichkeit gegeben wird, als Touristen in den Westen zu kommen, sich hier umzuschauen und unsere Verhältnisse kennenzulernen, das, glaube ich, ist von großer Wichtigkeit.

Schließlich möchte ich auf das hinweisen, was Herr Kollege Vogt über Malta gesagt hat. Hier allerdings bin ich ganz anderer Auffassung. Die Republik Malta hat das Konsensprinzip in der Schlußphase der Madrider Konferenz nach Auffassung unserer Kommission bis an den Rand des Erträglichen strapaziert. Wenn jeder Staat es so machen wollte und von der Erfüllung seiner Sonderwünsche das Gelingen oder Platzen einer ganzen Konferenz abhängig machte, dann gäbe es keine solchen Konferenzen mehr. Wir müssen also an alle Staaten appellieren, kompromißfähig und kompromißbereit zu bleiben.

Meine Damen und Herren, mit diesen Bemerkungen möchte ich meine Stellungnahme abschließen. Ich darf Sie bitten, dem Resolutionsentwurf, den unser Kollege van den Bergh vorgelegt hat, Ihre Zustimmung zu geben. Ich würde mich auch freuen, wenn die zusätzlichen Anträge unserer Kommission Ihre Billigung finden könnten. Vielen Dank.

Abg. Jäger (Wangen) begründete den im Namen des Ausschusses für die europäischen Nichtmitglieds-länder vorgelegten Änderungsantrag Nr. 3 betr. die Annahme des folgenden Empfehlungsentwurfs:

„Die Versammlung

1. verweist auf ihre Entschließung 806 (1983),
2. empfiehlt dem Ministerkomitee:
 - a) in der nächsten Sitzung der Parlamentarischen Versammlung Ende Januar 1984 darüber Bericht zu erstatten, wie und in welchem Umfang die KSZE-Teilnehmerstaaten den Text der Schlußerklärung von Madrid veröffentlicht haben;
 - b) in der Sitzung der Versammlung im Herbst 1984 über die Maßnahmen zu berichten, die die KSZE-Teilnehmerstaaten bis dahin zur Verwirklichung der Beschlüsse von Madrid ergriffen haben;
 - c) einen Ausschuß einzusetzen, um von seiten der Mitgliedstaaten des Europarates eine rechtzeitige und gründliche Vorbereitung der in Madrid vereinbarten Folgetreffen sicherzustellen.“

Jäger (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen! Meine Herren Kollegen! Der ergänzende Antrag unserer Kommission be-

ruht, wie ich vorhin bereits in meinen Ausführungen als Berichterstatter dartun konnte, auf dem Grundgedanken, daß die zentrale Aufgabe des Europarats in dem Weiterverfolg des KSZE-Prozesses von Helsinki und seiner Fortentwicklung von Madrid darin besteht, der Implementierung dieser Beschlüsse großes Gewicht zu geben und dazu beizutragen. Wir wollen damit einen konkreten Beitrag leisten, daß Madrid nicht bloß toter Buchstabe bleibt.

Einer der wichtigen Beschlüsse von Madrid, wenn sie auch nicht eine Kernbestimmung, sondern eine Randbestimmung enthält, ist die Vereinbarung, daß der Text der Beschlüsse von Madrid in allen Ländern veröffentlicht und verbreitet werden muß. Das ist deswegen wichtig, weil nur so die Bürger erfahren können, was zugunsten ihrer Rechte, ihrer Möglichkeiten vereinbart worden ist. Diese Verpflichtung ist von einigen Staaten schon erfüllt worden, und wir hoffen, daß auch andere sich dem anschließen und das tun.

Damit wir einen Überblick darüber haben, empfehlen wir mit unserem Antrag, daß das Ministerkomitee in der kommenden Session im Januar dieser Versammlung Bericht darüber erstattet, inwieweit die Teilnehmerstaaten dieser Verpflichtung nachgekommen sind. Das wäre ein Beitrag zur Implementierung.

Das gleiche gilt für den zweiten Teil unseres Vorschlags, der vorsieht, daß innerhalb Jahresfrist, also in der Herbst-Session 1984, das Ministerkomitee der Versammlung einen Bericht über die bis dahin erfolgte Implementierung der gesamten Beschlüsse erteilt. Dieser Bericht sollte alles umfassen, was bis dahin schon in Angriff genommen sein kann einschließlich auch der Vorbereitung der bevorstehenden Konferenzen. Er kann uns auch schon etwas über den bis dahin erfolgten Verlauf der Stockholmer Konferenz über Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen sagen. Wir meinen, diese Versammlung hat dann die Möglichkeit, sich davon zu überzeugen, ob die Zusagen von Madrid Wirklichkeit werden oder ob hier nur Papierbeschlüsse vorgelegen haben.

Der dritte Teil schließlich betrifft die Vorbereitung der weiteren Konferenzen. Zwar hat die Politische Union im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft schon bisher vorbereitende Maßnahmen getroffen, wenn es um Folgekonferenzen zur KSZE-Schlußakte von Helsinki gegangen ist. Aber an diesen Konferenzen der sogenannten EPZ, der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, waren eben nur die Staaten der Zehnergemeinschaft beteiligt und nicht die übrigen Staaten, die hier im Europarat vertreten sind. Wir, unsere Kommission, sind der Auffassung, daß allen Staaten des freien Europas die Möglichkeit der Beteiligung an der Vorbereitung dieser Folgekonferenzen gegeben sein sollte und daß es daher rätlich wäre, wenn das Ministerkomitee des Europarates eine Kommission einsetzt, die an dieser Aufgabe mitarbeitet.

Diese drei Punkte sind das Ziel unserer Vorschläge. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesen un-

seren Vorstellungen Ihre Zustimmung geben könnten, damit auch der Europarat einen wirksamen Beitrag zur Verwirklichung der Beschlüsse von Madrid leisten kann.

Abg. Vogt (Kaiserslautern) gab folgende Stimmklärung ab:

Vogt (Kaiserslautern) (GRÜNE): Ich möchte noch kurz erklären, daß ich dieser Resolution aus den Gründen, die ich in meinem Vortrag vorhin schon dargelegt hatte, nicht zustimmen konnte. Der alleinige Grund war folgender. Ich wollte eigentlich noch schnell — ich habe aber gesehen, daß das vom Procedere her wohl nicht geht — getrennte Abstimmung über die einzelnen Paragraphen erbitten, weil in § 7 in einem Halbsatz eine nach der gegenwärtigen Tatsachenfeststellung juristische Unkorrektheit vorliegt und ich meine, daß weder der Politische Ausschuß noch die Versammlung des Europarates einer solchen Unkorrektheit zustimmen sollte. Ich bedaure, daß ich gezwungen gewesen wäre, diese Unkorrektheit hier passieren zu lassen, wenn ich der ganzen Resolution zugestimmt hätte.

EntschlieÙung 806 (1983)

betr. die KSZE-Folgekonferenz in Madrid

Die Versammlung

1. nimmt den Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zur Kenntnis;
2. verweist auf ihre früheren Stellungnahmen zur Verwirklichung der KSZE-Schlußakte, insbesondere die EntschlieÙung 759 (1981);
3. bekräftigt ihre tiefe Besorgnis über die ernsten Folgen eines unkontrollierten Wettrüstens, das zu einer permanenten Konfrontation zwischen den Ländern führt;
4. vertritt erneut die Auffassung, daß es angesichts der Auswirkungen dieser Lage erforderlich ist, daß beide Seiten bestrebt sind, die internationalen Beziehungen entsprechend den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki mit einem neuen Geist zu erfüllen;
5. ist überzeugt, daß die strikte und vollständige Einhaltung der Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki durch alle Teilnehmerstaaten einen wertvollen Beitrag zum Entspannungsprozeß leisten kann;
6. begrüßt die Tatsache, daß nach einer Periode, in der der Dialog zwischen Ost und West sehr eingeschränkt war, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid einen positiven Abschluß gefunden hat, was auch die Wiederaufnahme eines wichtigen Dialogs in bestimmten Bereichen bedeutet;
7. unterstützt ferner nachdrücklich die Erklärung des Präsidenten der Versammlung, die zur gleichen Zeit wie die Annahme des Schlußdokuments der Madrider KSZE-Folgekonferenz

erfolgte und derzufolge der 21 Mitgliedstaaten umfassende Europarat das Verbrechen verurteilt, das die sowjetischen Streitkräfte an der Boing 747 einer südkoreanischen Zivilluftfahrtsgesellschaft begingen, ein Verbrechen, das die vorsätzliche Ermordung von 269 Menschen bedeutet und ungeachtet der Umstände unentschuldigbar ist sowie einen Angriff auf den Frieden und eine Verletzung der internationalen Zivilluftfahrtabkommen darstellt und der Schlußakte von Helsinki sowohl dem Buchstaben als auch dem Geist nach zuwiderläuft;

8. ist sich bewußt, daß das reibungslose Funktionieren und die Sicherheit der Flugverbindungen ein wichtiger Bestandteil der Ost-West-Beziehungen sind; ersucht ihren Präsidenten, der ICAO mitzuteilen, daß sie deren Entschließungen und Arbeit in bezug auf die Grenzbereiche des zivilen und militärischen Luftverkehrs unterstützt, und beauftragt ihre zuständigen Ausschüsse, darüber Bericht zu erstatten;
9. begrüßt jedoch, daß die KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf verschiedenen Gebieten zum Abschluß einer Reihe von Abkommen geführt hat, die gemäß der Schlußakte von Helsinki im Rahmen mehrerer Expertenkonferenzen vertieft werden müssen;
10. begrüßt, daß die Madrider Konferenz im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte und die Entspannung im militärischen Bereich positive Perspektiven eröffnet hat, welches das Hauptziel der Abkommen von Helsinki ist;
11. begrüßt, daß die neutralen und bündnisfreien Länder sowie auch Spanien bei der Lösung der Probleme, die während der Madrider Konferenz auftraten, eine sehr bedeutende Vermittlerrolle gespielt haben;
12. betont, daß die europäischen Nationen ein besonderes Interesse daran haben, eine Konfrontation zwischen den Supermächten zu vermeiden, und dementsprechend handeln sollten;
13. bringt ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß der Europarat bei der Verbreitung der notwendigen Informationen über die Verwirklichung der Abkommen von Helsinki in den Mitgliedsländern und deren Öffentlichkeit eine bedeutende Rolle spielen und zu diesem Zweck geeignete Maßnahmen ergreifen sollte.

Empfehlung 973 (1983)

betr. die KSZE-Folgekonferenz in Madrid

Die Versammlung

1. verweist auf ihre Entschließung 806 (1983),
2. empfiehlt dem Ministerkomitee:
 - a) in der nächsten Sitzung der Parlamentarischen Versammlung Ende Januar 1984 darüber Bericht zu erstatten, wie und in welchem Umfang die KSZE-Teilnehmerstaaten

den Text der Schlußklärung von Madrid veröffentlicht haben;

- b) in der Sitzung der Versammlung im Herbst 1984 über die Maßnahmen zu berichten, die die KSZE-Teilnehmerstaaten bis dahin zur Verwirklichung der Beschlüsse von Madrid ergriffen haben;
- c) einen Ausschuß einzusetzen, um von seiten der Mitgliedstaaten des Europarates eine rechtzeitige und gründliche Vorbereitung der in Madrid vereinbarten Folgetreffen sicherzustellen.

Montag, 3. Oktober 1983

Tagesordnungspunkt:

Europäische Zusammenarbeit im Erziehungswesen

(Drucksache 5138)

Berichterstatter: Abg. Frau Hawlicek

(Themen: Erziehung und Jugendarbeitslosigkeit — Chancengleichheit der Geschlechter — Schulbildung für Kinder von Wanderarbeitnehmern — Erwachsenenbildung — Lehrerbildung)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache der irischen Ministerin für Erziehung und Vorsitzenden der Ständigen Europäischen Erziehungsministerkonferenz, Frau Gemena Hussey

(Themen: Unterschiede in den Bildungsangeboten für Mädchen und Jungen — Ausgaben im Bildungswesen — Zusammenarbeit im Bereich der Bildungsinhalte — Erziehung und Berufsbildung — Erziehung und lokale sowie regionale Entwicklung — Neue Informations- und Kommunikationstechnologien — Kultureller Pluralismus und Pluralismus der Sprachen — Gemeinsame Initiative der Europäischen Gemeinschaft und des Europarates für ein „Europäisches Jahr der Musik“, 1985)

Tagesordnungspunkt:

Die Verbringung und die Rückgabe von Kunstwerken

(Drucksachen 5110 und 5111)

Berichterstatter: Abg. Flanagan und Tummers

(Themen: Kunstdiebstähle — Preisgestaltung auf den Kunstmärkten — Handel mit Antiquitäten und Flohmärkte — Rückgabe von Kunstwerken — Lebensumstände junger Künstler — Wirtschaftliche

und rechtliche Probleme des Kunsthandels — Leihgaben von einem Land zum anderen — Europäische Konvention über Straftaten in bezug auf Kunstwerke sowie über subaquatisches kulturelles Erbe — UNESCO-Entscheidung über die Rückkehr fremder Kulturgüter)

Tagesordnungspunkt

Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das Jahr 1982 und die Antwort der Versammlung

und

Die Lage der Stahlindustrie in Europa

(Drucksachen 5119, 5100 und 5116)

Berichterstatter: Abg. Frau den Ouden-Dekkers und
Abg. Pignion

(Themen: Politik zur Unterstützung des wirtschaftlichen Aufschwungs — Internationale währungs- und finanzpolitische Zusammenarbeit — Ölpreise, Wachstum und Energiepolitik — Öffentliche Ausgaben: makroökonomische Auswirkungen großer Defizite — Positive Anpassungspolitiken und Innovation — Nord-Süd-Zusammenarbeit — Gegenwärtige Krise in der Stahlindustrie: Ursachen und Folgen — Gegenmaßnahmen von seiten der Staaten und intergouvernementalen Organisationen)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Generalsekretärs der OECD Jonkheer Emile van Lennep

(Übersetzung aus dem Englischen)

Herr Präsident, ich möchte heute wiederholen, daß ich von der Fähigkeit unserer Gesellschaften, die Probleme unserer Zeit gemeinsam zu lösen, überzeugt bin. Wir befinden uns in einer schwierigen Phase, in der unser politisches Handeln einer Gratwanderung gleicht, die Selbstzufriedenheit und Panikmache gleichermaßen vermeiden muß. Die Bedingungen für eine Wirtschaftsbelebung im Raum der OECD sind heute günstiger als sie es lange Zeit waren. Allerdings geben unsere derzeitige wirtschaftliche Lage und die Perspektiven für die kommenden Monate keinen Anlaß zu uneingeschränktem Optimismus. Insbesondere unsere Unfähigkeit, Beschäftigungsmöglichkeiten für Millionen arbeitswilliger Menschen zur Verfügung zu stellen, ist aus politischen, wirtschaftlichen und moralischen Gründen unannehmbar. Darüber hinaus hat der wirtschaftliche Aufschwung zu einer Zeit eingesetzt, in der es im Finanzbereich und im Handel noch unge löste Fragen gibt. Daher muß unser Vertrauen in die Zukunft durch eine realistische Einschätzung der gegenwärtigen Lage ergänzt werden.

Ich bin jedoch davon überzeugt, daß der jetzt beginnende Aufschwung eine Ausgangsbasis für eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage

bietet. Obwohl in manchen Bereichen noch viel zu tun bleibt, trägt die von der OECD und anderen Stellen erarbeitete Strategie für einen **Wirtschaftsaufschwung** jetzt Früchte. Es ist daher ausschlaggebend, nicht ungeduldig zu werden oder daran zu zweifeln, daß wir mit Hilfe dieser Strategie unsere Ziele erreichen werden.

Heute möchte ich zunächst kurz die derzeitige wirtschaftliche Lage und die Perspektiven für das Gebiet der OECD sowie die sich aus dieser Einschätzung ergebenden wichtigsten politischen Schlußfolgerungen darstellen. Dann werde ich genauer auf die Aufgaben eingehen, die bewältigt werden müssen, um die gesamtwirtschaftliche Leistung zu steigern, wobei der Schwerpunkt auf der Rolle verstärkter Investitionen und einer größeren Flexibilität des Marktes bei der Bekämpfung des Problems der Arbeitslosigkeit liegt. Schließlich werde ich ein paar Bemerkungen zur wirtschaftlichen Lage und den Perspektiven in den Entwicklungsländern machen.

Im OECD-Raum hat der Wirtschaftsaufschwung jetzt eingesetzt. Unseren Schätzungen zufolge liegt die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts derzeit bei 3 bis 3,5% und wird sich vermutlich auch während des Jahres 1984 in dieser Größenordnung bewegen. Ebenso bedeutend ist die Tatsache, daß die zugrunde liegende Inflation beträchtlich gesenkt wurde und es bei gemäßigten Lohnerhöhungen geblieben ist. In einer Reihe von Ländern der OECD fielen die Inflationsraten auf das Niveau der 60er Jahre zurück. Nach unseren Schätzungen für die gesamte OECD werden die Verbraucherpreise im Jahre 1983 um weniger als 6% ansteigen, verglichen mit 7,6% im Jahre 1982 und 12,9%, die noch im Jahre 1980 verzeichnet wurden. Ich bin der Ansicht, daß wir alle mit der Ausdauer, die wir bei der schwierigen **Bekämpfung der Inflation** bewiesen haben, zu Recht zufrieden sein können.

Abgesehen davon erscheinen bestimmte Aspekte des Aufschwungs derzeit weniger zufriedenstellend. Zunächst einmal gibt es regionale und länderspezifische Unterschiede in bezug auf die gesamtwirtschaftliche Leistung. Zuerst machte sich die Wirtschaftsbelebung in Nordamerika bemerkbar; dort war der Aufschwung am stärksten und ist heute am weitesten fortgeschritten. Auch die Arbeitslosenzahlen sind dort rückläufig. In Japan, Europa und den anderen Ländern der OECD verlief der Aufschwung bisher zu zögernd und ist noch nicht weit genug fortgeschritten, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. An der Inflationsfront wurden von einigen der größten OECD-Länder — den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik Deutschland, Japan, dem Vereinigten Königreich und Kanada — sowie von einigen anderen kleineren Ländern beträchtliche Erfolge erzielt. Anderswo waren die Erfolge im Verhältnis dazu bescheidener; in vielen Ländern ist die Inflation nach wie vor zu hoch und muß weiter gesenkt werden. Und selbst dort, wo die Inflation jetzt ein niedriges Niveau erreicht hat, ist Wachsamkeit geboten.

Darüber hinaus hängt die derzeitige und für das nächste Jahr prognostizierte Erhöhung der Nach-

frage weitgehend — zumindest außerhalb der Vereinigten Staaten — von einer Erhöhung der Konsumausgaben und einem gleichzeitigen Rückgang der Sparquote der Haushalte ab. Dieser Tatbestand hat eine beträchtliche quantitative Bedeutung: Wenn nicht in zahlreichen Ländern die Sparquoten zurückgegangen wären, dann wäre es wohl kaum zu einer Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit in diesem Jahr gekommen. Wenn man davon ausgeht, daß der Rückgang der Sparquote bedeutet, daß die Verbraucherschaft größere Zuversicht in die Wirtschaft hat und daß entsprechend der Abnahme der Inflation das Einkommen der Haushalte steigt, kann man natürlich damit rechnen, daß dieser Rückgang relativ lang anhalten wird. Offensichtlich ist es für einen langanhaltenden Aufschwung jedoch erforderlich, daß andere Elemente der Nachfrage, insbesondere die Bildung von Anlagevermögen bald verstärkt gefördert werden. Es gibt gewisse Hinweise dafür, daß dies in manchen Ländern wirklich der Fall ist; bis jetzt sind jedoch die Anzeichen für einen Anstieg der Investitionstätigkeit der Unternehmen lediglich in den Vereinigten Staaten relativ deutlich. Angesichts der derzeitigen makroökonomischen Probleme kann die allgemeine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit noch nicht als gesichert gelten.

Eine Begleiterscheinung des Aufschwungs in den Vereinigten Staaten sind die rasch anwachsenden **Handels- und Zahlungsbilanzdefizite**. Dies erklärt sich teilweise daraus, daß der Aufschwung in den Vereinigten Staaten stärker als anderswo ist, aber auch aus der Tatsache, daß der US-Dollar in den letzten Jahren regelmäßig aufgewertet wurde. Kurzfristig gesehen, ergeben sich aus dem hohen Dollarkurs und dem Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten offensichtlich für die übrigen Länder einige beträchtliche Vorteile in bezug auf die Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und den Ausbau ihrer Exportmärkte und -möglichkeiten. Das Risiko jedoch, daß die Märkte beginnen könnten, diese Defizite als untragbar zu betrachten, sowie die sich möglicherweise daraus ergebende Instabilität auf den internationalen Geldmärkten stellen einen erheblichen Unsicherheitsfaktor dar.

Die beiden miteinander verflochtenen Bereiche der **Handels- und Finanzpolitik** stellen einen dritten besorgniserregenden Aspekt der derzeitigen Lage dar. In der Rezessionsphase der letzten Jahre war eine **Zunahme des Protektionismus** zu verzeichnen, und es wurden verschiedene Handelshemmnisse geschaffen. Dieser Trend könnte zusammen mit dem fortgesetzten Anpassungsprozeß, der mit den Liquiditätsproblemen bestimmter hochverschuldeter Länder zu tun hat, die Gefahr in sich bergen, daß der Welthandel eine weniger dynamische Rolle bei der Förderung des Aufschwungs spielt als dies in früheren Expansionsphasen der Fall war.

Wenn ich auf diese Probleme aufmerksam mache, dann nicht, um die Befriedigung über den beginnenden Aufschwung zu schmälern oder um die wiedererwachende Zuversicht in Frage zu stellen. Ich versuche vielmehr, die politischen Probleme aufzuzeigen, die zu bewältigen sind, damit der Auf-

schwung auf eine breitere, stabilere Grundlage gestellt wird und eine Eigendynamik entwickelt. Ich möchte im folgenden auf diese Herausforderungen an die Politik eingehen.

In den letzten Jahren war die **Geldpolitik** in den meisten Ländern das **Hauptinstrument der Inflationsbekämpfung**. So kam es notwendigerweise zu einer Übergangsphase, in der die Lage auf dem Geldmarkt äußerst angespannt war, was die Nominal- und Realzinssätze in die Höhe trieb. In dem Maße wie die Inflation gebremst wurde, nahmen auch die restriktiven Auswirkungen der Geldpolitik ab, und es entwickelte sich allmählich eine Marge für ein reales Wachstum innerhalb der für die Ausdehnung des Gesamtgeldvolumens festgelegten Ziele. Der Geldpolitik wurde somit, zumindest in denjenigen Ländern, in denen die Inflation erheblich gesenkt wurde, die Rolle übertragen, den Aufschwung zu unterstützen und gleichzeitig natürlich ein Wiederaufleben der Inflation zu verhindern.

Während der vergangenen Jahre war es in den meisten Ländern das Ziel der Fiskalpolitik, die Inflationsbekämpfungsmaßnahmen durch eine Einschränkung der Nachfrage zu unterstützen. Im allgemeinen sind die **Haushaltsdefizite** jedoch hoch geblieben. Dies liegt zum Teil an der anhaltenden Rezession sowie an dem damit zusammenhängenden Rückgang der Steuereinnahmen und dem Anstieg der Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung. In vielen Ländern müssen weiterhin Anstrengungen zur Verringerung der Haushaltsdefizite unternommen werden. An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß die Haushaltsflexibilität infolge der Erhöhung der öffentlichen Verschuldung und den daraus folgenden Zinszahlungen verlorengegangen ist. Diese Zinszahlungen drohen insbesondere vor dem Hintergrund anhaltend hoher Realzinsen zu einer schweren Belastung zu werden und somit den Spielraum einer flexibleren Fiskalpolitik einzuschränken. Darüber hinaus — und darauf werde ich später noch eingehen — ist eine Senkung der Haushaltsdefizite mittelfristig von wesentlicher Bedeutung, um ein angemessenes Sparaufkommen zur Deckung des Investitionsbedarfs der Unternehmen sowie für Kapitalexporten in die Entwicklungsländer zu gewährleisten.

Innerhalb dieser Gesamtperspektive der Fiskalpolitik gibt es gewisse länderspezifische Unterschiede.

Es wird befürchtet, daß die **Defizite** in den **Vereinigten Staaten** auch dann noch hoch sein werden, wenn die Phase des Aufschwungs vorüber ist, sofern keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden. Diese Befürchtung hat sowohl nationale als auch internationale Aspekte. Auf nationaler Ebene besteht die Besorgnis, daß sich hohe Defizite nachteilig auf die Investitionstätigkeit und somit auf die längerfristigen Wachstumsperspektiven auswirken werden. Auf internationaler Ebene befürchtet man, daß die großen Kapitalströme, die in die Vereinigten Staaten fließen, zwar zu Erleichterungen auf den dortigen Geldmärkten führen, jedoch eine relative Kapitalknappheit in den anderen Ländern der Welt verursachen. Das hätte zur Folge, daß die Re-

alzinssätze auf den internationalen Finanzmärkten weiterhin hoch blieben. Daraus ergibt sich eindeutig die Notwendigkeit, die Defizite in Zukunft zu verringern.

In jüngster Zeit geben eine Reihe von Entwicklungen Anlaß zu der Befürchtung, daß unser Handelssystem zunehmend in Gefahr gerät. Die **Stärkung des liberalen Welthandelssystems** ist jetzt, da der Wirtschaftsaufschwung eingesetzt hat, eine wesentliche Aufgabe. Dafür gibt es zwei Gründe. Zum einen ist es eine politische Tatsache, daß es in einer Phase des Aufschwungs leichter ist, dem protektionistischen Druck zu widerstehen und Maßnahmen abzubauen, die den Handel verzerren. Zum anderen ist es eine wirtschaftliche Tatsache, daß Fortschritte auf diesem Gebiet dazu beitragen, daß der Aufschwung anhält und daß mittelfristig das Wachstum gestärkt, die Inflation gesenkt und die Beschäftigung gesteigert wird. Ein deutliches Signal von seiten der Regierungen, mit dem sie ihre Entschlossenheit, zu einem liberalen Handelssystem zurückzukehren, bekunden, wird beträchtliche Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen haben, die dann erneut mit offenen internationalen Märkten rechnen können.

In jüngster Zeit geben eine Reihe von Entwicklungen Anlaß zu der Befürchtung, daß unser Handelssystem zunehmend in Gefahr gerät. Die **Stärkung des liberalen Welthandelssystems** ist jetzt, da der Wirtschaftsaufschwung eingesetzt hat, eine wesentliche Aufgabe. Dafür gibt es zwei Gründe. Zum einen ist es eine politische Tatsache, daß es in einer Phase des Aufschwungs leichter ist, dem protektionistischen Druck zu widerstehen und Maßnahmen abzubauen, die den Handel verzerren. Zum anderen ist es eine wirtschaftliche Tatsache, daß Fortschritte auf diesem Gebiet dazu beitragen, daß der Aufschwung anhält und daß mittelfristig das Wachstum gestärkt, die Inflation gesenkt und die Beschäftigung gesteigert wird. Ein deutliches Signal von seiten der Regierungen, mit dem sie ihre Entschlossenheit, zu einem liberalen Handelssystem zurückzukehren, bekunden, wird beträchtliche Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen haben, die dann erneut mit offenen internationalen Märkten rechnen können.

Bei ihrer letzten Tagung im Mai erkannten die Minister der OECD-Länder die Bedeutung dieses Prozesses an und stimmten darin überein, daß die günstigen Bedingungen des Konjunkturaufschwungs genutzt werden sollten, um die protektionistischen Tendenzen umzukehren und zu einem liberaleren Handel zurückzukehren. Es wäre unrealistisch, zu erwarten, daß die jüngsten Handelsbeschränkungen von heute auf morgen abgebaut werden können. Nichtsdestoweniger sind wir überzeugt, daß es wichtig ist, daß die Regierungen sobald wie möglich erste Schritte in diese Richtung tun und Maßnahmen ergreifen, die gewährleisten, daß dieser Prozeß auf längere Sicht anhält. Diese Frage ist ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung der internationalen Gremien; die OECD schenkt diesem Thema natürlich ihre besondere Aufmerksamkeit.

Die Handels- und Finanzpolitiken sind sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene eng miteinander verflochten. Zur Wiederherstellung der Ausgewogenheit des Welthandels und des internationalen Zahlungsverkehrs sind fortgesetzte gemeinsame Anstrengungen erforderlich. Dazu sind konzertierte Maßnahmen an drei Fronten notwendig: Die hochverschuldeten Länder müssen ihren Anpassungsprozeß fortsetzen, um ihre Kreditwürdigkeit wiederherzustellen. Diejenigen Länder, die geeignete Anpassungsmaßnahmen ergreifen, müssen in angemessener Weise finanziell unterstützt werden. Und alle Länder müssen in verstärktem Maße Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, daß die Anpassung zu einer Expansion und nicht zu einer Einschränkung des Handels führt. Ich möchte auf einige dieser Fragen näher eingehen.

Bei dem Versuch, die derzeitige schwierige Lage zu meistern, in der es, wie es scheint, auf rasches Handeln ankommt, besteht die Gefahr, daß die Weltwirtschaft mittelfristig mit erheblichen Kosten belastet wird. Falls der freiere Zugang zu den Märkten der Industrieländer an die Schuldendienstzwänge einiger hochverschuldeter Länder gekoppelt würde und falls die Entwicklungshilfe in zunehmendem Maße in gebundener Form gewährt würde, so wäre der multilaterale Charakter des Welthandelssystems ernsthaft bedroht. Dies hätte auf lange Sicht negative Auswirkungen auf das Wachstum und die Entwicklung der Wirtschaft zur Folge. Ebenso ist es von Bedeutung, daß die mit öffentlichen Mitteln geförderten Exportkredite zur Deckung eines Finanzbedarfs so verwendet werden, daß sie nicht die Handelsströme und das Wettbewerbsklima in den betreffenden Sektoren verzerren. Insgesamt ist es wichtig, daß wir uns bereits jetzt, wo wir noch mit der Lösung der sehr schwierigen aktuellen Probleme beschäftigt sind, Ziele für die kommenden Jahre setzen. Dadurch vermeiden wir, daß aus den Lösungen von heute die Probleme von morgen werden. Die OECD wird sich mit diesem komplexen Bereich weiterhin intensiv beschäftigen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang kurz zu einer Frage Stellung nehmen, die auf internationaler Ebene derzeit von großem Interesse ist: Die **Wirkungsweise des internationalen Währungssystems**. Über die schädlichen Auswirkungen schlecht aufeinander abgestimmter schwankender Wechselkurse auf den Welthandel und die Investitionen wird viel diskutiert, und die Meinungen darüber gehen sehr auseinander. Diese Frage verdient sicherlich eine eingehendere Untersuchung, und vielleicht ergeben sich daraus praktische Schritte zur Verbesserung der Arbeitsweise der Devisenmärkte. Ich möchte jedoch weitergehen und betonen, daß die Wechselkursproblematik im wesentlichen die zunehmende Interdependenz unserer Volkswirtschaften widerspiegelt.

Die Interdependenz schafft nicht nur Probleme, sie bietet auch Möglichkeiten. Die Spannungen werden zwar auf den Devisenmärkten sichtbar, doch liegen ihre Ursachen in dem Mißverhältnis zwischen der

zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung unserer Länder und dem immer noch begrenzten politischen Instrumentarium, die nationalen und internationalen Richtlinien der Politik so zu gestalten, daß sie in angemessener Weise die Realität dieser Interdependenz widerspiegeln. Um die Wirkungsweise des internationalen Währungssystems zu verbessern, muß letztendlich ein Weg gefunden werden, alle daran beteiligten Länder dazu zu bewegen, die Disziplin, die die Interdependenz gebietet, tatsächlich und in gerechter Weise zu üben. Unter diesem Blickwinkel muß die Verbesserung der Wirkungsweise des Währungssystems als eine Art Sonderfall im Rahmen der Verbesserung und Stärkung der Mechanismen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit betrachtet werden.

Zum Abschluß meiner Bemerkungen über die Politiken, die in der derzeitigen Phase des Konjunkturanstiegs erforderlich sind, möchte ich eine kurze Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Lage auf dem **Energiesektor** geben. Zweifellos ist die relative Ruhe, die seit einiger Zeit auf dem Erdölmarkt herrscht, eine willkommene Erleichterung für die Weltwirtschaft. Es ist jedoch möglich, daß die derzeitige günstige Lage über die Größe und Bedeutung des Energieproblems hinwegtäuscht, das trotz der erzielten bemerkenswerten Ergebnisse weiterhin besteht. Es besteht die Gefahr, daß wir in unseren Anstrengungen, die auf die Stärkung unserer eigenen Energiequellen gerichtet sind, nachlassen. Bei den Investitionen in neue Projekte auf dem Gebiet der Verbesserung der Energienutzung und der Steigerung der Energieproduktion ist bereits eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten. Es ist wichtig, jetzt, da unsere früheren Anstrengungen gerade beginnen, Früchte zu tragen, nicht in unseren Bemühungen um eine **strukturelle Anpassung** nachzulassen. Darüber hinaus darf man nicht außer acht lassen, daß politische Unsicherheit Auswirkungen auf den Erdölmarkt haben kann. Wir müssen daher mit eventuellen Spannungen auf dem Erdölmarkt rechnen und für solche Fälle gerüstet sein.

In diesem Rahmen ist es wohl kaum nötig, darauf aufmerksam zu machen, wie schwerwiegend das Problem der **Arbeitslosigkeit** derzeit ist und wie ernst die Prognosen für die Zukunft aussehen. Natürlich hängen die hohen Arbeitslosenzahlen zum Teil mit der konjunkturellen Entwicklung in den letzten Jahren zusammen. Was diesen Aspekt anbetrifft, so wird sich das Problem in dem Maße abschwächen wie der Aufschwung stärker wird und sich ausweitet. Zweifellos stellt die Arbeitslosigkeit insbesondere in Europa zunehmend ein **strukturelles Problem** dar, das ein unzureichendes Maß der Schaffung von Arbeitsplätzen widerspiegelt. In der von der OECD vor kurzem veröffentlichten Publikation „OECD Employment Outlook“ (Perspektiven der Beschäftigungspolitik) wird die Tragweite des Problems deutlich. So wird beispielsweise festgestellt, daß im Gebiet der OECD am Ende dieses Jahrzehnts auch dann noch etwa 19 Millionen Menschen arbeitslos wären, — das sind etwa so viele wie im Jahre 1979, — wenn die Anzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze in den nächsten fünf Jah-

ren doppelt so hoch wäre wie in der Aufschwungsphase nach dem ersten Ölschock.

Die Arbeitslosigkeit stellt also ein ungeheueres Problem dar. Doch unsere Regierungen müssen sich dieser Herausforderung stellen, weil die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit enorme Kosten verursacht — nicht nur was den Produktions- und Einkommensverlust verglichen mit einer höheren Beschäftigung angeht, sondern auch in bezug auf die Verzerrung der öffentlichen Haushalte, den anhaltenden Protektionismus, den Verlust der sozialen Harmonie und allgemein die Verbreitung von Pessimismus in unseren Gesellschaften.

Die Kosten der Arbeitslosigkeit wiegen um so schwerer, da sie sich nicht gleichmäßig auf alle Arbeitnehmer verteilen, sondern bestimmte Gruppen unverhältnismäßig stark betreffen. Unsere jüngste Analyse läßt darauf schließen, daß möglicherweise in den größeren Industrieländern Ende nächsten Jahres jeder fünfte Jugendliche arbeitslos sein wird.

Nicht weniger beunruhigend ist die Tatsache, daß der Anteil derjenigen, die über lange Zeit arbeitslos sind, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitslosen steigt, — die Chancen dieser Menschen, einen Arbeitsplatz zu finden, verringern sich mit der Zeit, und zwar in dem Maße wie ihre berufliche Qualifikation nachläßt und sie das Vertrauen verlieren. Der Verlust an menschlichem Kapital stellt eine langfristige Verminderung des Produktionspotentials unserer Volkswirtschaften dar.

Wir müssen uns jetzt auf die Wiederherstellung stabiler Bedingungen für eine **Verbesserung der Beschäftigungslage** im gesamten Gebiet der OECD und insbesondere in den europäischen Volkswirtschaften konzentrieren. Auf dieses zentrale Thema möchte ich nun näher eingehen.

Die beiden wesentlichen, in engem Zusammenhang stehenden Elemente, auf die wir uns konzentrieren müssen, damit die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft den Stand erreicht, der erforderlich ist, um bis zum Ende dieses Jahrzehnts Arbeitsplätze zu schaffen, sind eine höhere Investitionsrate und eine größere wirtschaftliche Flexibilität. Ich habe bereits betont, daß eine **Steigerung der Investitionen** für eine dauerhafte Belebung der Wirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung ist. Mein Argument lautete, daß Investitionsausgaben notwendig sind, um die Nachfrage zu stützen, wenn die Wirkung der anderen, den Aufschwung einleitenden Faktoren allmählich nachläßt, was unweigerlich eintritt.

Ich möchte an dieser Stelle noch auf einen anderen Aspekt hinweisen. Investitionen erhöhen die Nachfrage, sie tragen jedoch darüber hinaus — und das ist unter den derzeitigen Umständen besonders wichtig — befristet zu einer Verminderung der strukturellen Arbeitslosigkeit bei. Eine Quantifizierung der für diesen Zweck erforderlichen Kapitalbildung ist schwierig, da es weder zwischen Kapitalzuwachs und Produktionsanstieg noch zwischen Kapitalzuwachs und der Schaffung von Arbeitsplätzen eine direkte Beziehung gibt. Es kann jedoch

kein Zweifel daran bestehen, daß der für Investitionen verwendete Anteil am Bruttosozialprodukt erheblich ansteigen muß, damit es zu einem anhaltenden Wachstum der Beschäftigung kommt. Es muß betont werden, daß jede Schätzung des Investitionsbedarfs unwillkürlich eine Bewertung des erreichbaren Grades der **Flexibilität des Arbeitsmarktes** und des Erzeugermarktes einschließt —, und in dieser Hinsicht bestehen große Unterschiede zwischen den Volkswirtschaften der einzelnen Länder. In Nordamerika beispielsweise kam es selbst in Zeiten, in denen die Gesamtinvestitionen nicht besonders hoch waren, aufgrund des relativ höheren Mobilitätsgrades der Arbeitskräfte, der größeren Flexibilität der realen und relativen Löhne sowie eventuell anderer Faktoren, die mit der unternehmerischen Freiheit in kleinen oder neugegründeten Betrieben zusammenhängen, rasch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Möglichkeit des japanischen Dienstleistungssektors, die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen oder zu verringern, sowie die durch das Prämiensystem erzielte Flexibilität der Löhne in den größeren Unternehmen haben gleichfalls zu einer Gesamtflexibilität der Wirtschaft beigetragen. Am deutlichsten wird die Bedeutung dieses Punktes vielleicht, wenn man sich die bemerkenswerte Tatsache vergegenwärtigt, daß bei etwa gleicher Entwicklung der Investitionstätigkeit in Nordamerika und Europa in den vergangenen zehn Jahren die Beschäftigung in Nordamerika mehr als zehn Mal so stark angestiegen ist.

Somit besteht offensichtlich ein gewisser Zusammenhang zwischen dem Volumen der Ressourcen, die vom Verbrauch zu den Investitionen verlagert werden müssen, und den möglichen Fortschritten bei der Verbesserung der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Arbeitsmärkte. Je erfolgreicher wir letztere Aufgabe bewältigen, desto weniger drückend wird der Investitionsbedarf sein. In der Realität sind in allen Ländern sowohl eine größere Flexibilität als auch mehr Investitionen erforderlich. Investitionen ohne Flexibilität können zu einem „**Wachstum ohne Beschäftigung**“ führen. Und selbst wenn flexible Arbeitsmärkte zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen können, führen unzureichende Investitionen zu einer unangemessenen Produktivität und haben zur Folge, daß der Lebensstandard stagniert.

Ich möchte nun auf einige der Konsequenzen eingehen, die sich aus dieser Perspektive für die Politik ergeben; dabei werde ich zunächst die Probleme behandeln, die eine Steigerung der Investitionen mit sich bringt. Die Investitionsrate zu erhöhen, ist keine leichte Aufgabe. Sie erfordert einerseits ein Wirtschaftsklima, in dem sich die Nachfrage nach Investitionen entwickeln kann, und andererseits ein ausreichendes Angebot an Ersparnissen zu ihrer Finanzierung. Ich werde im folgenden beide Aspekte kurz beleuchten.

Ein günstiges Investitionsklima wird in erster Linie geschaffen, indem das Vertrauen der Unternehmer in die Wirtschaftslage gestärkt, die Rentabilität erhöht und ausreichende Absatzmöglichkeiten gewährleistet werden. Zweifellos hängen die Investi-

tionsentscheidungen der Unternehmen zu einem gewissen Grad von dem in den Wirtschaftskreisen herrschenden Vertrauen ab. Bei der Durchführung neuer Investitionen sind die Risikoprämien in den vergangenen zehn Jahren aufgrund der wachsenden Unausgewogenheit und Unsicherheit des allgemeinen Wirtschaftsklimas angestiegen. Daher gesehen ist es eine Hauptaufgabe der Politik, im Rahmen der Förderung der Investitionstätigkeit ein Klima des Vertrauens zu schaffen und Unsicherheiten abzubauen. Dazu muß die Politik mittelfristig stabil sein, und es muß die Absicht erkennbar sein, die strukturellen Unausgewogenheiten der derzeitigen Lage in den Griff zu bekommen. Es bedeutet ferner, daß ein stabiles Mengenwachstum der Währungen erforderlich ist, das der allmählichen Beseitigung von Inflation und inflationären Erwartungen in dem System entspricht.

Die Wirtschaftstheorien messen der **Rentabilität** eine hohe Bedeutung bei. Die Unternehmen investieren, sofern die Erträge der Investitionen höher sind als die Rendite, die durch eine andere Verwendung der Mittel — beispielsweise den Besitz von Vermögenswerten — erzielt werden könnte. So stellt der stetige Rückgang der Rentabilität in den letzten 15 bis 20 Jahren (gemessen an der effektiven Kapitalverzinsung) ein großes Hindernis für eine **Wiederbelebung der Investitionstätigkeit** dar, und dieser Effekt wird unter den derzeitigen Bedingungen noch durch die hohen Zinsen auf Vermögenswerte verstärkt. Dadurch erscheinen produktive Kapitalanlagen weniger attraktiv als Geldmarktanlagen.

Unter Bezugnahme auf diesen Punkt behaupten manche, der Schlüssel zu einer Belebung der Investitionstätigkeit sei eine Kürzung der Reallöhne, was zu höheren Gewinnen und somit zu mehr Investitionen führe. Während das Argument, die hohen Lohnkosten stellten ein Problem dar, nicht von der Hand zu weisen ist, müssen wir uns natürlich vor einer allzu vereinfachten Betrachtungsweise hüten. Es hat sich gezeigt, daß in einer Reihe von Ländern die Lohnkosten sowohl im Verhältnis zu den anderen Produktionskosten als auch zu den Verkaufspreisen nach wie vor zu hoch sind, um einen angemessenen Beschäftigungsgrad und eine entsprechende Investitionsrate zu gewährleisten. Daher ist es in diesen Ländern unerlässlich, die **Entwicklung der Lohnkosten** im Verhältnis zum Produktivitätswachstum und den Kapitalkosten zu bremsen, wenn eine verstärkte Investitionstätigkeit erreicht und durch die neuen Investitionen eher Arbeitsplätze geschaffen als weitere Rationalisierung des Arbeitseinsatzes gefördert werden soll.

In jüngster Zeit gibt es auch einige ermutigende Entwicklungen. In einigen Ländern der OECD ist es den Sozialpartnern, in manchen Fällen gemeinsam mit den Regierungen, gelungen, ein gemäßigteres Wachstum der Reallöhne im Verhältnis zur Produktivitätsentwicklung zu erzielen. Darüber hinaus haben verschiedene Änderungen im Prozeß der Tarifverhandlungen zu einer Verbesserung des Kosten-Preis-Verhältnisses beigetragen. So erleben wir beispielsweise derzeit in einigen Ländern eine größere

Dezentralisierung bei den Tarifverhandlungen, eine allgemeine Abschwächung des Prozesses der Lohnindexierung, neue Ansätze in der Festlegung der Gehälter im öffentlichen Sektor und eine zunehmende Flexibilität bei der Anpassung von Tarifabkommen an die besondere wirtschaftliche Lage in einzelnen Unternehmen.

Was die Verantwortung des Gesetzgebers angeht, so liegt vielleicht das Hauptproblem im Bereich der sogenannten **Lohnnebenkosten**, deren rasches Anwachsen in den meisten Ländern im vergangenen Jahrzehnt wesentlich zur Verzerrung des Kosten-Preis-Verhältnisses beigetragen hat. Bei diesen Kosten handelt es sich zu einem großen Teil um die von den Unternehmen gezahlten Beiträge zu den Leistungen der Sozialversicherung. Sie gehen im allgemeinen zu Lasten der Gewinne. Steuerpolitische Maßnahmen, durch die die Unternehmen entlastet werden, können eine gewisse Erleichterung bringen. Eine **Kürzung der Sozialleistungen** erscheint jedoch unerlässlich, wenn die durch die Beschäftigung von Arbeitskräften verursachte Belastung durch Steuern und Abgaben gemildert werden soll.

Das angestrebte Wachstum der Investitionen muß zwangsläufig mit einer Zunahme der verfügbaren Ersparnisse einhergehen. Der Beginn der Wirtschaftsbelebung war durch einen Rückgang der Sparquote der privaten Haushalte gekennzeichnet, und dies ist aus konjunktureller Sicht sicherlich zu begrüßen; langfristig müssen die Sparquoten jedoch steigen, damit mehr Investitionen finanziert werden können. Maßnahmen, durch die die Attraktivität der **privaten Spartätigkeit** erhöht wird, sind sicherlich nicht überflüssig; der wichtigste Beitrag, den die Politik über die Schaffung eines stabilen Wirtschaftsklimas hinaus zur Sicherung eines ausreichenden Angebots an Ersparnissen leisten muß, liegt jedoch darin, das Sparen im öffentlichen Sektor zu verstärken bzw. dessen Gegenteil einzuschränken.

Es ist natürlich sehr schwierig, zu bestimmen, wie hoch das Defizit oder der Überschuß des Staatshaushalts mittelfristig sein sollten. Wenn jedoch Mittel für eine Erhöhung der privaten Investitionsrate frei gemacht werden sollen, ist es zweifellos notwendig, daß der öffentliche Sektor die Inanspruchnahme inländischer Ersparnisse einschränkt. Ein einzelnes OECD-Land kann einen Teil seiner nationalen Investitionen durch Auslandsanleihen finanzieren, indem es ein entsprechendes Zahlungsbilanzdefizit in Kauf nimmt. Doch für die OECD insgesamt ist dies nicht möglich. Langfristig gesehen hat die OECD seit jeher die Rolle eines Kapitalexportheurs in die Entwicklungsländer gespielt. Diese Rolle muß sie wieder übernehmen. Aus diesem Grund muß die Inanspruchnahme privater Ersparnisse durch den öffentlichen Sektor gering bzw. negativ sein, damit nicht nur die angestrebte Erhöhung der Inlandsinvestitionen, sondern auch ein anhaltender Transfer von Ressourcen in die Entwicklungsländer erfolgen kann.

Im vergangenen Jahrzehnt gab es kaum Beweise für eine enge Verbindung zwischen den Haushalts-

defiziten und den Realzinssätzen, doch die hohen Realzinsen der jüngsten Zeit lassen darauf schließen, daß sich die Lage geändert hat. In den 70er Jahren nahm die Ersparnisbildung als Folge der beiden Ölschocks weltweit stark zu, wodurch hohe Einkommensbeträge in Länder transferiert wurden, die zumindest zeitweise nicht in der Lage waren, dieses Geld auszugeben. Zur gleichen Zeit stiegen im OECD-Raum die Sparquoten an und die Investitionstätigkeit ließ nach. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Realzinsen lange Zeit hindurch niedrig oder sogar negativ waren, obwohl die Haushaltsdefizite der OECD-Länder im gleichen Zeitraum stark anstiegen.

Solange der Aufschwung noch in seinem Anfangsstadium steckt, kann man ferner geltend machen, daß die derzeitigen Defizite keinen großen Einfluß auf die für private Investitionen zur Verfügung stehenden Ressourcen haben — obwohl der deutliche Rückgang der Sparquoten der Privathaushalte, auf den ich bereits hinwies, darauf schließen läßt, daß diese Lage sich eventuell ändern wird. Darüber hinaus, und das ist das Wesentliche, wird sich, was zu hoffen ist, die Situation für den Rest dieses Jahrzehnts wahrscheinlich ganz anders darstellen als in den 70er Jahren. Aus dem OPEC-Überschuß ist ein Defizit geworden, und es scheint, daß sich daran in nächster Zeit nichts ändern wird.

Wenn man wie wir davon ausgeht, daß die Inflation unter Kontrolle ist und die Verbraucher weiterhin zuversichtlich bleiben, ist ein erneutes starkes Anwachsen der Ersparnisse der privaten Haushalte unwahrscheinlich. Daher besteht kein Zweifel daran, daß bei anhaltend hohen öffentlichen Defiziten in den nächsten Jahren ein wachsender Druck auf die verfügbaren Ersparnisse entsteht, die zur Finanzierung von Investitionen und für den Export von Kapital in die Entwicklungsländer benötigt werden. In der Tat werden die Zinssätze in gewisser Hinsicht allein dadurch, daß die Märkte damit rechnen, daß solche Defizite wirklich bestehen bleiben und auch in Zukunft für hohe Realzinsen sorgen können, bereits jetzt in die Höhe getrieben.

In der OECD hat man seit langem erkannt, daß das Versäumnis von Märkten, sich an Veränderungen der globalen Situation anzupassen, eine schwere Belastung für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit darstellt. Dies ist ein besonders schwerwiegendes Problem, wenn die Märkte ihre Rolle nicht voll erfüllen und wenn zu unbeweglichen Strukturen eine Rezession hinzukommt. Wir haben im Rahmen der OECD eine große Anzahl von Studien zum Themenbereich positiver Anpassungspolitiken erarbeitet. Ich habe darüber bereits bei mehreren Anlässen berichtet und werde mich daher heute nur kurz dazu äußern.

Positive Anpassungspolitiken spielen nicht nur auf den Arbeitsmärkten, auf die ich mich vorhin bezog, sondern auch auf den Warenmärkten eine wichtige Rolle. Es besteht in allen OECD-Ländern ein beträchtlicher Bedarf an Umstrukturierungsmaßnahmen im Industriebereich. In den rückläufigen Sektoren müssen die geplanten Maßnahmen unbedingt

zeitlich begrenzt sein und in Abstimmung mit dem stufenweisen Abbau von Überkapazitäten erfolgen. Es ist schwierig, ein für Innovationen und die Entwicklung neuer Industrien geeignetes Klima zu schaffen, ohne daß es infolge unangemessener staatlicher Eingriffe zu Verzerrungen im Handel oder zu Fehllenkungen von Ressourcen kommt. Ganz allgemein müssen wir uns um den **Abbau** der schädlichsten und unwirksamsten Formen von **Subventionen** und Vorschriften bemühen, um unsere Wirtschaften frei zu machen für Wachstum. Der Schutz, der einem Unternehmen oder einer Person gewährt wird, stellt nur allzuoft eine Behinderung für ein anderes, leistungsfähigeres Unternehmen dar. Das gilt natürlich auch für die Subventionen. So ist beispielsweise praktisch nichts gewonnen, wenn man das Problem der niedrigen Rentabilität durch staatliche Subventionen — sei es mit Hilfe der Steuern oder auf andere Weise — zu bekämpfen sucht, wenn dadurch nicht ein umfassender und wirksamer Einsatz von Arbeitskräften und Kapital gefördert wird.

Bei der Erörterung der Probleme, die überwunden werden müssen, damit wir mit Erfolg den Weg zu einem langanhaltenden Wirtschaftswachstum einschlagen können, habe ich mich bisher auf die politischen Erfordernisse in den OECD-Ländern konzentriert. Doch auch die **Entwicklungsländer** sehen sich wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten in einem bisher nicht gekannten Ausmaß gegenüber. Darüber hinaus kann kein Zweifel daran bestehen, daß das Schicksal der Industrie- und der Entwicklungsländer eng miteinander verknüpft ist. Wir haben im Verlauf der Rezession die negativen Auswirkungen dieser Verflechtungen gespürt. Die Verlangsamung des Wachstums im OECD-Raum und die hohen Realzinsen hatten negative Auswirkungen auf das Wachstum in den Entwicklungsländern. Der anschließende Einfuhrrückgang der Entwicklungsländer, der in manchen Fällen noch durch willkürliche Maßnahmen zur Einschränkung der Zahlungen für Importe verschärft wurde, führte wiederum dazu, daß sich der Aufschwung in den OECD-Ländern im zweiten Halbjahr 1982 verlangsamte.

In der Erholungsphase muß besonders darauf geachtet werden, daß die Verflechtungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wieder anfangen, in positiver Weise zu arbeiten, wie dies zum Wohl aller beteiligten Länder fast während der gesamten Nachkriegszeit der Fall war. Dies wird jedoch nicht von selbst geschehen. Die Probleme sind nicht nur konjunktureller Art und werden nicht allein durch den Aufschwung gelöst. In der Tat gelten meine Ausführungen darüber, wie wichtig grundlegende Wirtschafts- und Strukturpolitiken in den OECD-Ländern für einen dauerhaften Aufschwung sind, auch für die gesamte Weltwirtschaft, einschließlich der Entwicklungsländer.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf das Problem der **internationalen Verschuldung** zu sprechen kommen. Zweifellos stellt sich uns das Schuldenproblem heute in einer seit dem 2. Weltkrieg nicht gekannten Dimension und Schärfe dar. Doch liegt der wirkliche Kern des Problems in Latein-

amerika, wobei selbst innerhalb dieser Region die Lage unterschiedlich ist. In Asien gibt es Länder, in denen die Lage besorgniserregend ist, doch auch solche, die nach wie vor als kreditwürdig gelten. Außerhalb der Dritten Welt haben die Länder Osteuropas Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Auslandsanleihen.

Rückblickend ist deutlich zu erkennen, daß heute diejenigen Länder die größten Probleme haben, in denen sich kumulierende Mängel des wirtschaftlichen Managements oder plötzliche politische Kursänderungen in größerem Ausmaß vorkommen. Ein Hauptfaktor auf seiten der Kreditnehmer war die Fehleinschätzung des drastischen Wirtschaftseinganges, in den sie durch steigende Schuldentilgungsaufwendungen und sinkende Exporterlöse gerieten, die eine Folge der Inflationsbekämpfung in den wichtigsten Industriestaaten waren. In den internationalen Bankkreisen wurde dieser Faktor ebenfalls unterschätzt und darüber hinaus nicht genug Wert auf die Qualität des Wirtschaftsmanagements und die Durchführbarkeit von Wirtschaftspolitiken gelegt, welches grundlegende Kriterien der Kreditvergabe hätten sein sollen. Das soll nicht heißen, daß die hohen Realzinsen, durch die die **Schuldendienstverpflichtungen** sprunghaft anstiegen, nicht auch erheblich mit zu der Krise beigetragen haben. Es bleibt jedoch die Tatsache, daß Schuldnerländer mit gutem Management ihre Verpflichtungen erfüllen konnten, während die weniger vorsichtigen dazu nicht in der Lage waren. Wir müssen uns daher vor der Behauptung hüten, die Schuldenkrise sei die Konsequenz eines Fehlers, der im internationalen Finanzsystem selbst begründet ist.

Wie kann man das Schuldenproblem lösen? Ich glaube, daß man sich heute weitgehend darüber einig ist, daß es keine einfache Antwort darauf gibt. Ich glaube auch, daß man heute versteht, wie entscheidend es ist, daß sowohl Kreditnehmer als auch Kreditgeber ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten sehen, wenn die aktuellen Probleme so gelöst werden sollen, daß die unverzichtbaren privaten Kapitalmärkte erhalten bleiben.

Allgemeiner betrachtet, besteht die einzige dauerhafte Lösung darin, daß sich alle Staaten um eine **liberale Weltmarktwirtschaft** sowie produktive, flexible nationale Volkswirtschaften bemühen. Nur so kann ein Klima der Sicherheit und des Optimismus geschaffen werden, das für die Förderung der Investitionstätigkeit und der internationalen Kapitalströme von entscheidender Bedeutung ist. Dazu ist es erforderlich, daß sich alle Länder um eine Veränderung der Atmosphäre bemühen, die derzeit die Aussichten für den Welthandel bestimmt. Industrie- und Entwicklungsländer müssen gemeinsam anerkennen, daß der Welthandel, die Wirtschaftspolitiken in den einzelnen Ländern und die Fremdfinanzierung miteinander verbunden sind, und sie müssen in diesem Sinne die Richtlinien ihrer Zusammenarbeit bestimmen. Sonst wäre zu befürchten, daß das internationale Finanzsystem als Ganzes sich eher hemmend als fördernd auf das Wachstum der Weltwirtschaft auswirken wird. Das Problem der Verschuldung könnte sich dann tatsächlich der-

art ausweiten und verschlimmern, daß es schließlich unkontrollierbar wird.

Selbst unter den günstigsten Bedingungen steht uns eine weitere Periode schwieriger Finanzverhandlungen bevor. Der IWF und die Weltbank waren entscheidend an der Erhaltung des Finanzsystems und der Konzipierung und Durchführung von Anpassungsstrategien beteiligt. Es ist unerlässlich, daß diese beiden Institutionen in der Lage sind, in der kommenden kritischen Phase ihre Funktion umfassend und konstruktiv zu erfüllen. Darüber hinaus kommt auch den Privatbanken, die mit dem IWF und der Weltbank zusammenarbeiten, eine wichtige Rolle zu. Ich kann nur unterstreichen, wie entscheidend in diesem Zusammenhang politische Unterstützung und Entscheidungen sind. Es müssen nicht nur die dringenden kurzfristigen Probleme in Angriff genommen werden, vielmehr muß die gesamte Struktur der Finanzierung in den Entwicklungsländern verbessert werden. Dabei sollte die Finanzierung durch Aktienausgabe, insbesondere die private Direktinvestition, die neben einer leichteren Schuldentilgung noch andere Vorteile bietet, eine größere Rolle spielen. Es ist zu hoffen, daß die Fortschritte in der Verständigung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, die sich jetzt auf diesem Gebiet bemerkbar machen, sogar schon vor einer Erholung der Weltwirtschaft zu einem konkreten Ergebnis führen werden.

Ich möchte ferner betonen, daß die **Entwicklungshilfeleistungen der OECD**-Geberländer weiterhin von entscheidender Bedeutung sind, sowohl im Hinblick auf die bilaterale als auch auf die multilaterale Hilfe im Rahmen von Institutionen wie der Internationalen Entwicklungsgesellschaft. Die Lösung der schlimmsten finanziellen Probleme der ärmsten Länder, die häufig nicht in den Genuß von Programmen des IWF kommen können, sofern sie keine zusätzliche Unterstützung erhalten, stellt eine der großen Herausforderungen dar. Eine weitere Herausforderung ist es, die Funktionsfähigkeit der bestehenden Institutionen und Projekte in einer Zeit großer finanzieller Knappheit fortzuführen. Daher sind jetzt eine rasche Verteilung der vorhandenen finanziellen Mittel und eine verstärkte Koordination zwischen den bilateralen Gebern, den internationalen Organisationen und den Regierungen der Empfängerländer erforderlich. Bisher hat man noch keine geeignete Lösung für diesen Problembereich gefunden, obwohl im Rahmen des Ausschusses für Entwicklungshilfe der OECD intensiv daran gearbeitet wird.

Abschließend ist zu sagen, daß es zahlreiche Hinweise für eine Wirtschaftsbelebung in den OECD-Ländern gibt, wenngleich sie sich auch für diejenigen Länder, Wirtschaftszweige und sozialen Gruppen, die sich der Anpassung widersetzt haben, schmerzhafter gestalten wird. Um jedoch ein anhaltendes Wachstum zu erreichen, was jetzt in den Bereich des Möglichen gerückt ist, müssen auch die strukturellen Probleme angepackt werden.

Dies ist weder eine leichte Aufgabe, noch kann sie von einem Land allein bewältigt werden. Unsere

Demokratien sind durch starke Verbindungen auf vielen Ebenen miteinander verknüpft, und ich bin sicher, daß Sie sich alle dessen bewußt sind. Unsere Mitbürger werden uns zweifellos vor der Geschichte zur Verantwortung ziehen, wenn wir unsere Gemeinsamkeiten nicht voll ausschöpfen, um unsere Lebensbedingungen weiter zu verbessern.

Ich habe heute in meiner Rede weitreichende und komplexe Probleme angesprochen. Ich hoffe jedoch, daß Sie den Leitgedanken meiner Überlegungen teilen. Wir müssen Ausdauer und Stehvermögen bei der Verwirklichung der Ziele, die wir uns gesetzt haben, beweisen, um die Wirtschaft in unseren Ländern beim Übergang von der längsten Periode verminderter wirtschaftlicher Leistung seit der großen Depression zu einer Periode ausgewogenen, inflationsfreien Wachstums zu unterstützen. Die politischen Maßnahmen, die insbesondere nach dem zweiten Ölschock notwendig waren, um unsere Wirtschaft wieder zurück auf den Weg eines inflationsfreien Wachstums zu führen, haben schon beträchtliche Schwierigkeiten und soziale Spannungen verursacht. Obwohl die sich abzeichnenden Perspektiven zuversichtlicher stimmen, sollte niemand die politischen Schwierigkeiten unterschätzen, die sich kurzfristig bei der Fortführung der strukturellen Anpassung und der Finanzdisziplin ergeben werden, von denen der langfristige Erfolg abhängt. An diesem entscheidenden Punkt darf die Verwirklichung unserer Ziele nicht daran scheitern, daß sich die Politiker oder ihre Wähler entmutigen lassen.

Als Parlamentarier können Sie wesentlich dazu beitragen, daß die Öffentlichkeit über die langfristigen wirtschaftlichen Vorteile, die sich aus einer rationelleren Verwendung unserer Ressourcen ergeben, informiert wird. Ich hoffe sehr, daß die OECD-Länder durch die heutige Sitzung in ihrer Entschlossenheit bestärkt werden, die Ziele ihrer Politik energisch weiterzuverfolgen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Kittelmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Herr Generalsekretär, Sie haben in hervorragender Weise das Kunststück fertiggebracht, die Probleme darzustellen, die uns alle gemeinsam drücken. Ich bin mit Ihnen der Hoffnung, daß vor allen Dingen die hier sitzenden Parlamentarier Gelegenheit haben werden, Ihr Referat zu Hause umzusetzen, und als nationale Parlamentarier ihre Verantwortung wahrnehmen. Dann wären Sie wahrscheinlich um vieles erleichtert.

Meine Frage: Haben Sie einen großen Optimismus, daß der zunehmende **Protektionismus**, der ja von allen — ob in der OECD, im GATT, beim Williamsburg-Gipfel oder jetzt bei der Tagung des internationalen Währungsfonds — gemeinsam gescholten, aber unmittelbar nach derartigen Treffen zu Hause kontraproduktiv praktiziert worden ist, in naher Zukunft so bekämpft werden kann, daß man zumindest in Teilschritten sieht, daß die Länder die Aufgabe erkennen, vor der wir alle stehen?

Generalsekretär van Lennep erwidert, die Regierungen hätten in den letzten Jahren zwar nicht immer im Sinne der abgegebenen Erklärungen gehandelt, das Welthandelssystem sei jedoch durch die protektionistischen Maßnahmen, die keineswegs ein Ausmaß wie in den 30er Jahren erreicht hätten, nicht ernsthaft geschädigt worden. Alle Länder müßten sich darüber klar werden, daß ein Abbau der Handelsbeschränkungen in ihrem eigenen wirtschaftlichen Interesse liege. Allmählich setze sich die Überzeugung durch, daß Wettbewerb und Dynamik für die Marktwirtschaft förderlich seien. Da kein Land aus eigenem Antrieb handele, sei eine Harmonisierung der Politiken und ein kooperatives Handeln aller erforderlich. Die OECD hoffe, in einem kurz- und mittelfristigen Prozeß die Märkte von allen ihnen in den letzten Jahren auferlegten Beschränkungen zu befreien.

Dienstag, 4. Oktober 1983

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das Jahr 1982 und die Antwort der Versammlung

und

Die Lage der Stahlindustrie in Europa

(Fortsetzung der Aussprache und Abstimmung über die in den Drucksachen 5119 und 5116 enthaltenen Entschließungsentwürfe)

Schulte (Unna) (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Selbstverständlich möchte auch ich den Berichterstattern und dem Generalsekretär der OECD sehr herzlich für ihre Ausführungen und für ihre sehr verdienstvolle Arbeit danken.

Ich möchte nicht der Versuchung erliegen, hier einen Bericht über den Zustand meines Wahlkreises und meiner Region zu geben. Ich stamme aus dem östlichen Ruhrgebiet, wo wir sehr große Probleme mit der Kohle und dem Stahl haben; einige interessante Beispiele sind von Kollegen angesprochen worden. Aber ich glaube, dies steht in dieser Versammlung und in dieser Beratung nicht im Vordergrund, und deshalb möchte ich nur einen ganz bestimmten Aspekt aufgreifen.

Meine Damen und Herren, es ist gestern und heute auch über die **Arbeitslosigkeit** gesprochen worden, aber ich habe die große Befürchtung, daß wir uns dabei immer noch Illusionen hingeben. In vielen Beiträgen kam die Auffassung zum Ausdruck, wir stünden am Beginn eines neuen Wirtschaftswachstums, und ein solches Wirtschaftswachstum sei in der Lage, die Probleme der Arbeitslosigkeit zu meistern. Ich bezweifle dies. Ich glaube im Gegenteil, wir stehen am Anfang einer Welle der — wie man

es heute nennt — Freisetzung von Arbeitskräften, die ungeahnte Ausmaße haben wird. Wir befinden uns erst am Anfang der Roboterisierung, und wir befinden uns erst am Anfang der Computerisierung. Die Leute, die etwas von diesen neuen Technologien verstehen, malen uns aus, daß wahrscheinlich sogar kurzfristig, spätestens aber mittelfristig, in Zeiträumen von fünf bis zehn Jahren, eine Verbindung der stählernen Arbeitnehmer mit intelligenten Computern zu einer vollständig neuen Produktionsweise führen wird. Vereinzelt sehen wir sie ja schon; da spreche ich auch und insbesondere die japanischen Kollegen an, aber auch in der Bundesrepublik sind wir bereits auf diesem Wege.

Selbstverständlich müssen auch diese Geräte hergestellt werden. Dafür werden Arbeitnehmer gebraucht. Da gibt es sicherlich sehr intelligente Berufe. Aber es ist eine Illusion, zu glauben, daß damit die Arbeitslosigkeit vollständig beseitigt werden könnte.

Ich trage dies deshalb vor, weil ich bei diesem Problem nicht nur die menschlichen Schicksale sehe, sondern auch befürchte, daß uns von den Bürgern, insbesondere von den jungen Bürgern, in unseren Mitgliedsländern — immerhin den hochentwickelten Ländern — der Vorwurf gemacht wird, daß wir nicht in der Lage sind, dieses Problem wirksam anzugehen. Dann werden vielleicht nicht einzelne Personen verantwortlich gemacht; es ist dann nur ein kleiner Schritt bis zur Verantwortlichkeit des politischen Systems, und hier habe ich eine große Sorge um unsere Demokratie.

Meine Damen und Herren, bitte überlegen Sie, wessen wir uns alles rühmen, was wir alles können wollen und verstehen wollen. Ich halte es für eine eklatante Niederlage ungeheuren Ausmaßes, wenn unsere entwickelten Gesellschaften nicht in der Lage sind, jungen Menschen überhaupt einen Einstieg in ihr Arbeitsleben zu geben.

Ich mache mir da gar nichts vor: Ich sehe nicht die allergeringsten Ansätze einer sinnvollen Kooperation. Das Vorangehen einzelner wird immer unter den Aspekten des Konkurrenzdrucks hinausgezögert, und ich sehe auf uns — wie auch schon in der Vergangenheit — einen Sachzwang zukommen, der nicht die Chance bietet, zu vorbedachten, rationalen, sinnvollen Lösungen zu kommen; vielmehr werden wir eines Tages gezwungen werden, aus diesem Zwang heraus zu handeln, und solche Entscheidungen sind nicht immer gut.

Lassen Sie uns überlegen, was überhaupt getan werden kann. In absehbarer Zeit werden wir gezwungen sein, diesen neuen stählernen Arbeitnehmern oder den Computern aufzuerlegen, sich daran zu beteiligen, die Soziallasten aufzubringen. Es war für mich in Diskussionen mit Herstellern dieser Geräte hochinteressant, zu hören, daß diese dem zustimmen.

Wir werden koordiniert darangehen müssen, den älteren Arbeitnehmern vielleicht schon zu einem Zeitpunkt, der heute allen noch sehr früh zu liegen scheint, zuzumuten, ihre Arbeitsstelle aufzugeben,

um jüngeren Platz zu machen. Das führt zu erheblichen **sozialen Verwerfungen**, auf die unsere Gesellschaft nicht vorbereitet ist. Darüber müssen wir gemeinsam nachdenken.

Ich sehe, daß meine Redezeit gleich abgelaufen ist; deshalb nur noch dies: Ich habe den Eindruck, daß die Thematik, die an diesen zwei Tagen hier erörtert worden ist, tatsächlich nicht allein mit wirtschaftspolitischen Begriffen wie „Zinsniveau“ usw. zu bewältigen ist. Ich möchte anregen, daß sich der Europarat bei nächster Gelegenheit dieser Thematik noch einmal voll zuwendet und dafür sehr viel Zeit aufwendet, weil da ein zentrales Problem liegt, an dessen Lösung wir gemessen werden. — Danke schön.

Kittelmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mit wenigen Worten auf das eingehen, was der Kollege Schulte soeben sagte. Ich glaube, der Bericht der Berichterstatterin, das, was der Generalsekretär der OECD gesagt hat, und die Diskussion hier haben aufgezeigt, welchen Weg wir gemeinsam gehen müssen. Zu diesem Weg gehört auch ein Optimismus, der Optimismus, daß Innovation, die notwendig ist, und das mit ihr verbundene Wachstum auch neue Arbeitsplätze bringen. Wir dürfen nicht in Defätismus erstarren und sagen, daß die Probleme zu groß sind. Wir dürfen die Menschen, die wir in der Wirtschaft brauchen, die die Innovationen umsetzen, die dort arbeiten, die investieren wollen, nicht von vornherein damit bedrücken, daß wir sagen: Es ist ja alles so schwer; ich sehe keine Lösung.

Mit Interesse habe ich die einleitenden Worte der Berichterstatterin über die **Wachstumserwartungen** in den USA und in Japan gehört. Sie hat bedauert, daß es in Europa noch nicht so weit ist. In dem Zusammenhang habe ich die interessante Feststellung gehört, der Grund für die **Wachstumsschwäche** in Europa sei vor allem in der restriktiven Währungspolitik der Bundesrepublik Deutschland zu finden. Leider hat sie dazu nicht noch ein paar Sätze mehr gesagt. Ich widerspreche Ihnen da, Frau Kollegin. Mich würde Ihre Beweisführung interessieren. Ein einziger Satz dazu in dieser Form reicht nicht aus; ich glaube auch nicht, daß er richtig ist. Ich bedaure diesen Widerspruch. Viele andere Beiträge, die Sie vorgetragen haben, finden dagegen meine völlige Zustimmung.

Ich bin der Meinung, daß vor allen Dingen dem **Protektionismus** widerstanden werden muß, um den Welthandel liberal zu erhalten. Ich habe mir soeben während der Diskussionsbeiträge noch einmal die Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels von Williamsburg durchgelesen. Jedes Wort, das da steht, können wir unterstreichen, jedes Wort haben wir in den verschiedensten Diskussionsbeiträgen gemeinsam unterstützt. Es geht jetzt nur darum, das, was wir als richtig erkannt haben, umzusetzen. Sie, Herr Generalsekretär der OECD, haben den Wunsch ausgesprochen, daß Politiker den Mut haben mögen, das, was politisch als richtig erkannt worden ist, auch durchzusetzen. Ich möchte diesen Wunsch unterstreichen.

Die Berichterstatterin hat erklärt, sie würde es begrüßen, wenn sich viele Politiker weniger um ihre Wiederaufstellung zur nächsten Wahl als für die Überwindung der Arbeitslosigkeit einsetzen würden. Ich glaube, das eine darf das andere nicht ausschließen. Problematisch wird es nur, wenn wir versuchen, etwas, was wir als Fehler erkannt haben, trotzdem sektoral durchzusetzen, weil wir glauben, es sei für unseren Heimatwahlkreis nicht anders möglich. Wir haben hier in unserer Diskussion gestern und heute einige Beispiele dafür erlebt. Ich möchte nur an die Ausführungen des Kollegen Dejardin erinnern, der es in seiner unnachahmlichen Art immer wieder fertigbringt, daß man sich sehr beherrschen und seine ganze Toleranz aufbringen muß, um die kurze Redezeit, die man hat, nicht ausschließlich ihm zu widmen. Er kreidet die Schuld dem Kapitalismus und seinen schädlichen Folgen an. Dabei ist die Welt voll von Beispielen, wohin wir kommen mit Dirigismus und Protektionismus. Wir sehen doch die schädlichen Folgen von Dirigismus und Protektionismus in den Teilen der Welt, wo das, was viele als Wunschtraum haben, schon Wirklichkeit ist, nämlich in den östlichen Staatshandelsländern und in vielen Ländern der Dritten Welt. Wir sehen die schädlichen Folgen für die Menschen, die dort arbeiten. Das ist eben ein Wunschtraum, und ich glaube, es ist für uns alle letztlich schädlich, wenn wir ihn als das Ziel darstellen. Ich habe mich sehr gefreut, daß wir den schädlichen Folgen des Protektionismus hier fast übereinstimmend eine Absage erteilt haben.

Bei dem Bericht über die **Stahlindustrie** — ich habe das mit Interesse gehört — sind die schädlichen Folgen von Subventionen und vielem anderen dargestellt worden. Hier darf ich einige Worte im Hinblick auf die deutsche Situation sagen. Wir in Deutschland haben es erreicht, daß die Stahlbetriebe sich frühzeitig modernisiert haben und durch ihre Innovationen wettbewerbsfähig geworden sind. Wir haben dann aber erleben müssen, daß andere Länder die größere Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie durch höhere Subventionen ausgeglichen haben. Dadurch ist die Belohnung für die deutsche Wirtschaft, die rechtzeitig modernisiert hat, ausgeblieben. Wir haben hier ein klassisches Beispiel vor uns. Es war in vielen Fällen in Deutschland so; in anderen Fällen wird es genauso sein, z. B. in der modernen Technologie in Japan. Man versucht, der Wettbewerbsfähigkeit von Ländern, die auf einer mutigen, schnellen Umstellung auf neue, moderne Methoden beruht, mit Protektionismus und Handelsbeschränkungen zu begegnen.

Ich wünsche Ihnen, Herr Generalsekretär, und ich wünsche uns allen, vor allen Dingen den Abgeordneten zu Hause — deshalb habe ich gestern auch schon eine Frage in der Richtung an Sie gestellt —, daß es uns gelingt, das, was wir als falsch erkennen, in den nationalen Parlamenten — wir sind zwar hier als Mitglieder des Europarates, sind aber glücklicherweise zu Hause in den nationalen Parlamenten auch maßgebend für die Richtung, die unsere Länder einschlagen —, auch zu verhindern.

Abschließend darf ich in Erinnerung bringen, was gestern lebenswürdigerweise ein japanischer Kol-

lege gesagt hat. Er wünschte uns allen in seinem Redebeitrag, daß wir den notwendigen politischen Willen aufbringen, vorübergehende Nachteile in Kauf zu nehmen und Opfer zu bringen, um langfristig die wirtschaftliche Talfahrt zu überwinden. Wenn wir dazu hier im Europarat einen Beitrag leisten können, haben wir sehr viel getan.

Ich möchte für den ausgezeichneten Bericht nochmals Dank sagen. Ich bedaure es sehr, daß wir hier für die Diskussion nicht mehr Zeit haben. Aber die Diskussion hier hat ja immer eine mehr deklaratorische Wirkung. Wir sollten in den Ausschüssen und vor allen Dingen zu Hause entsprechend handeln. — Schönen Dank!

Entschließung 809 (1983)

betr. die Antwort auf den Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aus dem Jahre 1982

Die Versammlung

1. nimmt Bezug auf den Tätigkeitsbericht der OECD aus dem Jahr 1982 (Dok. 5100) und den als Antwort auf diesen Bericht erstellten Bericht ihres Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung (Dok. 5119) sowie die Stellungnahmen ihres Ausschusses für Wissenschaft und Technologie (Dok. 5121), ihres Landwirtschaftsausschusses (Dok. 5120) und ihres Ausschusses für Raumordnung und Kommunalfragen (Dok. 5124);
 - I. Wirtschaftliche und Technologische Zusammenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit*
2. stellt fest, daß die OECD-Strategie zur Verwirklichung eines nichtinflationären Wachstums insofern einigen Erfolg zu verzeichnen haben dürfte, als daß in zahlreichen OECD-Ländern bedeutende Fortschritte im Hinblick auf die Senkung der Inflationsrate erzielt worden sind und daß in der nächsten Zukunft zumindest ein bescheidenes Wirtschaftswachstum erwartet werden kann;
3. ist sich jedoch bewußt, daß es wenig wahrscheinlich sein dürfte, daß in absehbarer Zukunft eine wirtschaftliche Erholung eintritt, die kräftig genug ist, um die derzeitigen, in der OECD-Geschichte beispiellosen Arbeitslosenraten zu verringern;
4. betont die Notwendigkeit, einer internationalen Konzertierung der Wirtschaftspolitiken absoluten Vorrang einzuräumen, damit es zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung kommen kann, die kräftig genug ist, um Fortschritte im Hinblick auf eine erhebliche Verringerung der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen;
5. erkennt an, daß eines der Haupthindernisse für eine solche Wiederbelebung der Wirtschaft das derzeitige hohe Zinsniveau ist, das durch umfangreiche strukturelle Defizite der öffentlichen Hand, insbesondere in den Vereinigten Staaten, verursacht wird;
6. unterstreicht die Bedeutung der Arbeit der OECD, die die Beziehung zwischen dem Wirtschaftswachstum und den Politiken der strukturellen Anpassung analysiert hat, um den Regierungen bei der Verwirklichung solcher Politiken eine Orientierungshilfe zu geben;
7. vertritt die Ansicht, daß die Politik der strukturellen Anpassung eng verbunden ist mit der Politik im Technologiebereich und daß die Ausichten auf eine erfolgreiche Verwirklichung dieser Politiken durch eine besser geregelte Zusammenarbeit im Bereich der Forschung und industriellen Entwicklung im OECD-Gebiet und zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates erhöht werden;
8. ist sich der wachsenden Interdependenz der Weltwirtschaft bewußt und vertritt die Ansicht, daß in den Industriestaaten keine dauerhafte wirtschaftliche Erholung erzielt werden kann, ohne daß gleichzeitig die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Entwicklungsländer tatsächlich verbessert wird;
9. verweist in diesem Zusammenhang auf ihre Entschließung 796 (1983) betr. die Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen und wiederholt die dringende Notwendigkeit, protektionistischen Tendenzen entgegenzuwirken und weitere Fortschritte in bezug auf die Liberalisierung des Welthandels zu erzielen;
10. begrüßt die Tatsache, daß 1982 nach Jahren der Stagnation eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen der OECD-Mitgliedsländer an die Entwicklungsländer erreicht worden ist, und wiederholt ihre Forderung, daß alle Mitgliedsländer des Entwicklungshilfesausschusses (DAC) den Umfang ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe innerhalb der festgelegten Fristen auf das Ziel von 0,7% des BSP erhöhen sollten und fordert eine wirksamere Unterstützung der ärmsten Entwicklungsländer;
11. vertritt die Ansicht, daß der Aufbau wissenschaftlicher und technologischer Fähigkeiten eine Voraussetzung für eine anhaltende soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den weniger entwickelten Ländern ist und demzufolge ein vorrangiges Ziel der Entwicklungshilfe sein sollte;
12. mißt der Tatsache große Bedeutung bei, daß die OECD an der Vorbereitung der Konferenz „Nord-Süd: Die Rolle Europas“ mitwirkt, die unter Schirmherrschaft der Versammlung vom 9. bis 11. April 1984 in Lissabon stattfinden soll;
13. vermerkt mit Genugtuung die Zusammenarbeit, die 1982 zwischen der OECD und dem Europarat durch die Ausarbeitung eines Konventionsentwurfs über gegenseitige administrative Unterstützung in Steuerangelegenheiten eingeleitet wurde;

14. begrüßt die jüngste Veröffentlichung der OECD über die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt, die eine äußerst wertvolle und umfassende Analyse der Beschäftigungslage und der Arbeitsmarktpolitik in den OECD-Ländern liefert, und fordert die OECD auf, weiterhin derartige Publikationen herauszugeben;
15. ist darüber besorgt, daß der jüngste Abwärtstrend bei den Ölpreisen in den Industriestaaten ein falsches Sicherheitsgefühl hervorrufen könnte;
16. hofft auf eine aktive Zusammenarbeit mit der OECD im Rahmen der geplanten Ministerkonferenz des Europarates über Forschung und im Rahmen der 18 Projekte der Arbeitsgruppe „Technologie, Wachstum und Beschäftigung“ der Gipfeltreffen von Versailles und Williamsburg;
17. fordert die OECD auf:
 - (i) dringend das Problem der chronischen strukturellen Arbeitslosigkeit und die Möglichkeiten zur Bewältigung dieses Problems zu erörtern;
 - (ii) ihre Aktivitäten in den Bereichen der positiven Anpassung, der Innovation und des technologischen Fortschritts fortzusetzen und zu intensivieren, um die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften ihrer Mitgliedsländer zu erhöhen und die strukturellen Hindernisse für eine Expansion des Handels zu beseitigen;
 - (iii) ihre Untersuchungen der Probleme im Zusammenhang mit den strukturellen Defiziten der öffentlichen Hand zu intensivieren, um die Mitgliedsländer, die mit solchen Defiziten konfrontiert werden, bei der Sanierung ihrer öffentlichen Finanzen zu unterstützen, ohne ihre sozialen und wirtschaftlichen Systeme zu beeinträchtigen;
18. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedsländer auf:
 - (i) der Verwirklichung einer wirtschaftlichen Erholung, die kräftig genug ist, um eine wesentliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen, höchste Priorität einzuräumen und zu diesem Zweck ihre Wirtschaftspolitiken innerhalb der OECD und im Rahmen anderer geeigneter internationaler Gremien weiterhin zu konzentrieren;
 - (ii) gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die Beschäftigungslage insbesondere zugunsten der jungen Menschen und anderer benachteiligter Gruppen zu verbessern;
 - (iii) die produktive Investitionstätigkeit zu fördern — nicht nur durch die Wiederherstellung stabilerer und zuverlässigerer makroökonomischer Bedingungen — sondern auch durch solche Maßnahmen wie Investitionssubventionierung, steuerliche und finanzielle Anreize und Maßnahmen zur Verbesserung der Rentabilität der Investitionen;
 - (iv) protektionistischem Druck in all seinen Formen zu widerstehen und weitere Fortschritte in bezug auf die Liberalisierung des Welthandels zu erzielen und dabei die in der EntschlieÙung 796 (1983) betr. die Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen empfohlenen Politiken zu berücksichtigen;
 - (v) die Nord-Süd-Beziehungen zu verbessern, indem sie einen konstruktiven Dialog mit der Gruppe der 77 einleiten und die Weltwirtschaft in die gesunden Bahnen der Wiederbelebung, des Wachstums und der Entwicklung lenken sowie gleichzeitig die Regierungen der Entwicklungsländer ermutigen, der Verbesserung ihrer Führungs- und Organisationskapazitäten im Hinblick auf eine wirksame Durchführung der Entwicklungspolitiken mehr Aufmerksamkeit zu schenken;
 - (vi) entsprechend dem Wiener Aktionsprogramm (UNCSTD 1979) ihre finanzielle Beteiligung am UN-Finanzierungssystem für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung als vorrangiges Ziel ihrer mittelfristigen Entwicklungshilfepolitik zu betrachten, damit die vor kurzem vereinbarten institutionellen Bestimmungen dieses Systems unverzüglich ausgeführt werden können;
 - (vii) neue Initiativen zu ergreifen, um dauerhafte Lösungen für die durch die übermäßige Schuldenlast der Entwicklungsländer verursachten Finanzprobleme zu finden;
 - (viii) zu einer Umkehr der rückläufigen Tendenz der Rohstoffexporterlöse in den Entwicklungsländern beizutragen, indem sie den Zugang zu den Marktmöglichkeiten in den Industriestaaten erleichtern und indem sie die internationalen Instrumente stärken, die solche Erträge stabilisieren sollen, z. B. das Integrierte Rohstoffprogramm der UNCTAD, der Ausgleichsfinanzierungsmechanismus des IWF und das Stabex-System der Europäischen Gemeinschaften;
 - (ix) sicherzustellen, daß die Abmachungen über die Ölverteilung in Notstandsfällen sowie der Umfang der Erdölvorräte aufrechterhalten werden, um unvorhergesehene Versorgungsschwierigkeiten, wie sie in den letzten zehn Jahren aufgetreten sind, bewältigen zu können;
 - (x) ihre Bemühungen im Rahmen der OECD und der Internationalen Energieagentur fortzusetzen, um Energieeinsparungen, die Nutzung alternativer Energiequellen und die Entwicklung einer einheimischen Energieproduktion zu fördern, um einen Anstieg der Energiepreise im Zuge der wirtschaftlichen Erholung zu vermeiden;

- (xi) neue Formen der Zusammenarbeit mit den erdölfördernden Ländern anzuregen, um ihre Wirtschaft zu entwickeln und zu diversifizieren und somit ihre Abhängigkeit von Erdöleinkünften zu verringern;
- (xii) zur Beschleunigung der Wiederbelebung des Welthandels beizutragen, indem sie in den ersten Phasen dieser Wiederbelebung sicherstellen, daß die OECD-Mitglieder nicht übermäßigen Nachdruck auf die Erzielung oder Beibehaltung von Zahlungsbilanzüberschüssen legen;

II. Landwirtschaft

- 19. ist bestürzt über die derzeitige Lage im Nahrungsmittelhandel, für die einerseits erhebliche Überschüsse in der entwickelten Welt und andererseits die Unfähigkeit vieler Länder der Dritten Welt, die Einfuhr von Nahrungsmitteln zu finanzieren, und ihre mangelnde Bereitschaft, der landwirtschaftlichen Entwicklung in ihrem Land entsprechenden Vorrang zu verleihen, kennzeichnend sind;
- 20. ist besorgt über die zunehmenden Unstimmigkeiten zwischen den OECD-Ländern im Hinblick auf Fragen des Nahrungsmittelhandels, wie etwa den Zugang zu ihren nationalen Märkten und zu den Märkten der Entwicklungsländer;
- 21. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten auf, in Organisationen wie der OECD und im Rahmen des GATT ihre Bemühungen um eine Liberalisierung des Welthandels mit Nahrungsmittelerzeugnissen zu intensivieren und dabei die Interessen der Landwirte und Fragen der nationalen Sicherheit gebührend zu berücksichtigen und die Verantwortung der nationalen Regierungen im Hinblick auf die Durchführung interner sozioökonomischer Transfers anzuerkennen;
- 22. empfiehlt insbesondere den OECD-Mitgliedsländern, den GATT-Mechanismus zur Schlichtung von Streitigkeiten in bezug auf den Nahrungsmittelhandel in stärkerem Maße zu nutzen, damit die Bestimmungen über den internationalen Wettbewerb klarer formuliert werden können;
- 23. berücksichtigt die jüngsten Vorschläge der Kommission der Europäischen Gemeinschaft über Änderungen in der gemeinsamen Agrarpolitik als einen interessanten ersten Schritt in Richtung auf eine unvoreingenommene Erörterung der erforderlichen Reform der gemeinsamen Agrarpolitik;

III. Raumordnung und Umwelt

- 24. beglückwünscht die OECD zu ihrer Initiative hinsichtlich der Einberufung einer Konferenz über Wirtschaft und Umwelt im Jahre 1984, die sich eingehend mit den Beziehungen zwischen diesen beiden Themen befassen und den

Grundstein für künftige Umweltpolitiken legen wird;

- 25. vertritt die Ansicht, daß diese Konferenz die Erörterung bestimmter politischer Ziele, wie etwa Umweltschutz in einem positiveren Sinne und nicht nur unter dem Gesichtspunkt eines besonders kostspieligen Hindernisses für die Politik der wirtschaftlichen Entwicklung ermöglichen sollte;
- 26. fordert die OECD auf, zur Vermeidung von Doppelarbeit die im Rahmen des Europarates bereits eingeleiteten Arbeiten in bezug auf die Städtepolitik bei der Festlegung ihres Arbeitsprogramms in diesem Bereich zu berücksichtigen;
- 27. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedsländer auf, anzuerkennen, daß die Bekämpfung der Umweltverschmutzung positive Einflüsse auf den technologischen Wandel in der Industrie hat, und dementsprechend zu handeln;
- 28. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedsländer auf, die Möglichkeiten, die lokale und regionale Behörden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bieten, zu erkunden und stärker zu nutzen;

IV. Kultur und Erziehung

- 29. hat den Bericht ihres Ausschusses für Kultur und Erziehung über die europäische Zusammenarbeit in Erziehungsfragen (Dok. 5138) zur Kenntnis genommen und erinnert an ihre diesbezügliche Entschließung 807;
- 30. begrüßt die ständige Zusammenarbeit zwischen der OECD und dem Europarat, die auf ministerieller und intergovernmentaler Ebene im Bereich der Erziehung stattfindet;
- 31. ist überzeugt, daß die OECD nützliche Kontakte mit bestimmten nichteuropäischen Ländern, insbesondere Japan und Nordamerika, ermöglicht, deren Initiativen die Einführung von Neuerungen im Bildungssystem und die Formulierung entsprechender Politiken in Europa erheblich erleichtern;
- 32. macht darauf aufmerksam, daß in Europa die Besorgnis über die Auswirkungen der technologischen Entwicklung, die weitgehend von globalen wirtschafts- und handelspolitischen Strategien bestimmt wird, auf die Erziehung und die kulturellen Werte zunimmt;
- 33. betont, daß man bei der Formulierung der Bildungspolitiken immer von qualitativen wie auch wirtschaftlichen Kriterien ausgehen muß, wie dies die Arbeit der OECD in der Vergangenheit zeigt,
- 34. fordert die OECD auf:
 - (i) ihre Bemühungen fortzusetzen, um in den Mitgliedstaaten eine bessere Koordination zwischen dem Bildungswesen und anderen Bereichen, insbesondere den Berei-

chen der Sozial-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, sicherzustellen;

- (ii) zu bewerten, in welchem Maße ihre Arbeit über Erziehungsfragen neue globale wirtschaftliche und handelspolitische Beziehungen berücksichtigt;
- (iii) die künftige Rolle der Erziehung unter Berücksichtigung der technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Industriestaaten zu erörtern;
- (iv) in regelmäßigen Abständen auf offizieller oder inoffizieller Ebene andere spezifische Fragen im Bereich der Erziehung aufzuwerfen, die in der Versammlung erörtert werden könnten, sei es um die Aufmerksamkeit der Parlamentarier auf die Anschauungen der OECD zu lenken, sei es um sie zu einem eigenen Beitrag anzuregen.

Entschließung 810 (1983)

betr. die Lage der Stahlindustrie in Europa

Die Versammlung

1. nimmt den Bericht ihres Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung über die Lage der Stahlindustrie in Europa zur Kenntnis (Dok. 5116);
2. verweist auf ihre Entschließung 785 (1982) betr. die Antwort auf den Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) aus dem Jahre 1981, insbesondere Absatz 11, in dem sie die OECD aufforderte, den Weltstahlmarkt zu analysieren und Leitlinien für die Wiederherstellung eines gewissen Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage zu erarbeiten;
3. stellt fest, daß die Nachfrage nach und die Produktion von Rohstahl in Westeuropa, insbesondere in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, seit 1974 stark zurückgegangen sind und daß sich diese rückläufige Entwicklung in den kommenden Jahren wahrscheinlich fortsetzen wird;
4. ist überzeugt, daß als Hauptgründe für den Konjunkturrückgang in der europäischen Stahlindustrie die wirtschaftliche Rezession, die Substituierung von Stahl, der zudem heute rationeller verwendet wird, durch andere Erzeugnisse, die Investitionspolitik der frühen 70er Jahre, die den technologischen Wandel unberücksichtigt ließ, die Konkurrenz durch die jungen Industrieländer und die Schließung der Exportmärkte anzusehen sind;
5. stellt fest, daß der Konjunkturrückgang in der Stahlindustrie in Europa zu einer erheblich geringeren Ausnutzung der Produktionskapazitäten sowie zu einem Einbruch der Stahlpreise und einem schwerwiegenden Verlust an Arbeitsplätzen in Regionen geführt hat, die häufig bereits von der Krise — z. B. im Kohlebergbau und in der Textilindustrie — betroffen sind und allmählich die aktivsten Kräfte ihrer Bevölkerung verlieren, was zu deren Überalterung führt;
6. beobachtet, daß die Mitgliedstaaten ihre von der Krise betroffene Stahlindustrie zunächst mit umfangreichen Subventionen unterstützt haben und dann zu einer Politik der Umstrukturierung des Stahlsektors übergegangen sind;
7. stellt fest, daß der Stahlhandel, ebenso wie eine wachsende Anzahl von Industriezweigen, immer weniger durch ein offenes, multilaterales System gekennzeichnet ist und in zunehmendem Maße durch bilaterale Abkommen über freiwillige Exportbeschränkungen geprägt wird;
8. ist jedoch überzeugt, daß die europäische Stahlindustrie trotzdem eine Zukunft hat, vorausgesetzt daß sie durch eine Modernisierung der Industrieanlagen und Verbesserung der Produktivität wieder rentabel wird und somit den Rückstand gegenüber bestimmten Konkurrenten aufholen kann;
9. hat die Tätigkeiten der internationalen Organisationen auf diesem Gebiet, insbesondere der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, zur Kenntnis genommen, die seit 1980 mutige Schritte zur Bekämpfung der Krise in der Stahlindustrie unternommen hat, insbesondere durch die Einführung verbindlicher Produktionsquoten gemäß Artikel 58 des EGKS-Vertrags (offensichtliche Krise) und durch die Umstrukturierung des Produktionssystems in Übereinstimmung mit dem von der Gemeinschaft der Zehn im Juni 1981 gebilligten „Kodex für Beihilfen“ für die Eisen- und Stahlindustrie;
10. fordert die Mitgliedstaaten des Europarates auf:
 - (i) Anstrengungen zu unternehmen, um die Umstrukturierung der europäischen Stahlindustrie in eine Arbeitsmarktpolitik einzubeziehen, die von allen Mitgliedstaaten des Europarates zu verwirklichen ist, und die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen;
 - (ii) den Unternehmen der Stahlindustrie nur dann Unterstützung zu gewähren, wenn diese der Verwirklichung von Projekten der Rationalisierung, Umstrukturierung und Modernisierung von Produktionseinheiten dient und somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt und die Forschung im Bereich der Stahlindustrie weiter ausgebaut wird;
 - (iii) im Rahmen ihrer Umstrukturierungsbemühungen in Erwägung zu ziehen, die in Europa vorhandene Gesamtproduktionskapazität gemäß einem zwischen den betroffenen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auszuhandelnden Programm zu verringern;
 - (iv) die von der Krise in der Stahlindustrie betroffenen Regionen durch die Verwirkli-

- chung einer entsprechenden Raumordnungspolitik zu fördern, die gekennzeichnet ist durch eine beträchtliche Diversifizierung der Wirtschaft und die Ansiedlung neuer Industrien, die in der Lage sind, freigeordnete Arbeitskräfte aufzunehmen, z. B. im Bereich der Energieeinsparung und der Entwicklung neuer Energiequellen;
- (v) den Wiedereingliederungsfonds des Europarats in verstärktem Maße zu nutzen, um Projekte zur Arbeitsplatzbeschaffung in den von der Krise in der Stahlindustrie besonders stark betroffenen Regionen zu finanzieren;
- (vi) energische Maßnahmen zur Umschulung von Arbeitnehmern und zur Neuordnung der Arbeit im Bereich der Stahlindustrie zu ergreifen, insbesondere durch
- a) die Gewährleistung, daß die Umschulungsmaßnahmen mit den Zielen der industriellen Entwicklung der betroffenen Regionen in Einklang stehen, wobei die Berufsbildung Jugendlicher am vordringlichsten ist;
 - b) die Förderung einer Neuordnung der Arbeitszeit durch
 - (1) Abschaffung von Überstunden im Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze;
 - (2) allgemeine Einführung des vorgezogenen Rentenalters;
 - (3) Beihilfen für Teilzeitkräfte und
 - (4) Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzung und Einführung des Fünf-Schichten-Systems;
- (vii) eine regelmäßige Abstimmung im Rahmen eines Dialogs zwischen den Behörden und den Sozialpartnern einzuführen, wie dies in Luxemburg durch die „Dreiervereinbarung“ über die Eisen- und Stahlindustrie im Jahre 1977 geschehen ist;
11. billigt im großen und ganzen die von der Kommission der EG eingeleitete Politik der Umstrukturierung der Stahlindustrie, ist jedoch über ihre sozialen Folgen besorgt und fordert die Kommission daher auf:
- (i) bei den Opfern, die sie den Mitgliedstaaten abverlangt, in stärkerem Maße den Umstrukturierungsmaßnahmen Rechnung zu tragen, die jedes Land im Sinne des „Kodex für Beihilfen“ für die Eisen- und Stahlindustrie der EG auf diesem Sektor bereits durchgeführt hat;
 - (ii) die gemäß Artikel 58 des EGKS-Vertrages ergriffenen Maßnahmen, insbesondere die Kriterien für die Festlegung der Quoten, die den Mitgliedstaaten und ihren Unternehmen vorgeschrieben werden, zu verdeutlichen;
 - (iii) die Sozialmaßnahmen zugunsten der von der Stahlkrise betroffenen Regionen durch
- stärkere Inanspruchnahme des Europäischen Regionalfonds und die Regionalisierung des Europäischen Sozialfonds zu verbessern;
- (iv) enger mit der OECD und der EFTA zusammenzuarbeiten, um die Politiken der industriellen Umstrukturierung in allen Industrieländern zu harmonisieren;
- (v) mit den Drittländern die Auswirkungen ihrer nationalen Politik auf die Stahlindustrie der Mitgliedstaaten und insbesondere den jüngsten Beschluß der Regierung der Vereinigten Staaten, die Einfuhr besonderer Stahlarten unter Kontrolle zu stellen, zu erörtern;
12. begrüßt den Vorschlag des Europäischen Parlaments vom 18. November 1982, eine Stahlkonferenz zu veranstalten, und hofft, daß ihr Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung an dieser bedeutenden Initiative weitgehend beteiligt wird;
13. fordert die UNIDO auf, weiterhin die Koordination und Planung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern in bezug auf den Umfang der Stahlproduktion zu fördern, jedoch die Aspekte des Sozialschutzes und die allgemeinen Ziele in bezug auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den betreffenden Ländern zu berücksichtigen.

Straßburger Konferenz über die parlamentarische Demokratie vom 4. bis 6. Oktober 1983

Eröffnungsansprache des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Dr. Karl Ahrens

Zur Eröffnung der Straßburger Konferenz heiße ich alle ihre Teilnehmer sowie die zahlreichen Beobachter auf der Tribüne unseres Hauses herzlich in Straßburg willkommen.

Unser ganz besonderer Gruß geht an unsere nicht-europäischen Gäste, den weitesten Weg haben die Delegationen aus Australien und Neuseeland hinter sich. Im Kreise der Vertreter des Australischen Parlaments sehe ich unter anderem Herrn Morrison, der als einer der Berichtstatter unserer Konferenz an ihrer Vorbereitung und Gestaltung aktiv mitgewirkt hat. Er hat in seinem schriftlichen Beitrag auf erfrischende und anregende Weise vor den Tendenzen eines selbstgefälligen Eurozentrismus gewarnt, den man auch als „Demosentralismus“ bezeichnen könnte. Ich glaube, daß die räumliche Entfernung von Europa es unseren australischen und neuseeländischen Kollegen in besonderer Weise nahelegt, zu Ansprüchen auf eine Universalität des „Westminster-Modells“ kritisch auf Distanz zu gehen. Demokratie gedeiht auch in ihrem Teil der Welt. Nicht von ungefähr stehen Australien und Neuseeland in den Standardwerken über Demokratie regelmäßig an erster Stelle und das zu Recht,

haben doch diese Länder schon zu Beginn dieses Jahrhunderts als erste das allgemeine Wahlrecht eingeführt.

Ein in gleicher Weise herzlicher Gruß gilt unseren Kollegen aus Japan. Frühere Abschnitte der Weltgeschichte wurden vom Mittelmeer und später vom Atlantik aus gestaltet. Mir scheint, daß das Schwerkraft der Weltpolitik zunehmend in den pazifischen Raum hinein verlagert wird. Ihre Politik, aber auch Ihre Einstellung zur Demokratie gewinnen damit zunehmend an Bedeutung. Japan als ein „Balkon über dem Pazifik“, wie es unser Kollege Jacques Baumele kürzlich genannt hat, rückt immer mehr in das Zentrum unserer Welt. Sie, verehrte japanische Kollegen, verdanken die Einführung demokratischer Institutionen — genau wie wir in Deutschland — dem Sieg der Demokratien 1945 und ihrer Hilfe. Dabei zeigt sich in der Stabilität Ihrer Demokratie, daß die Entscheidung der Sieger von 1945 nicht eine Verpflanzung fremden Gedankenguts war, sondern daß sich die Demokratie mit den traditionellen Werten Ihrer großen und alten Zivilisation glücklich verschmolzen hat.

Als nächste begrüße ich unsere Freunde aus den beiden großen Demokratien Nordamerikas, eines Kontinents, der vom Pazifik und vom Atlantik umspült wird. Ihnen, liebe Kollegen aus den USA und aus Kanada, ist der Beweis gelungen, daß Demokratie auch eine Vielfalt von Kulturen und Rassen zu einer starken Synthese harmonisieren kann. Englands und Frankreichs Menschen und Kulturen haben das Leben Kanadas geprägt, die Vereinigten Staaten sind zusätzlich auch von spanischer und deutscher Kultur beeinflußt worden.

Die wechselseitige geistige Befruchtung der Väter der großen französischen und amerikanischen Revolution prägte die Grundsätze der modernen Demokratie. Sie ist deshalb das gemeinsame Erbe aller, die hier in diesem Hohen Hause versammelt sind.

Herzlich begrüße ich auch die Delegationen aus dem Anden-Parlament. 200 Jahre nach der Geburt Simon Bolívars gilt unsere Aufmerksamkeit einem Kontinent voller politischer Spannungen, aber auch enormer demokratischer Reserven.

Auch diesmal wieder gilt mein besonders herzlicher Gruß den Vertretern aus Finnland. Der Europarat unterhält zu ihrem Lande enge und fruchtbare Kontakte, obwohl Finnland nicht einer seiner Mitgliedstaaten ist. So begegnen wir häufig hier in Straßburg und an anderen Orten den Vertretern des finnischen Volkes, dem es durch Tapferkeit und Zähigkeit gelungen ist, über die Jahrhunderte seine kulturelle und nationale Eigenständigkeit und Unabhängigkeit zu bewahren.

Der Europarat ist stolz darauf, Gastgeber dieser Konferenz zu sein. Wir leben in einem Kontinent, der über Jahrtausende hinweg das politische und auch ökonomische Zentrum der Welt war. Selbstzerfleischung und Bruderkriege, aber auch das Erwachen und Erstarken der anderen Kontinente mit der unbegrenzten Tatkraft ihrer Menschen und ih-

rer ungleich größeren Ressourcen haben diesem Zustande ein Ende gesetzt. Die großen politischen Entscheidungen unserer Welt fallen heute nicht mehr in unserem Kontinent, der zudem noch durch die schärfste Grenze getrennt ist, die die Welt kennt.

Was kann das alte Europa heute noch der Welt von morgen geben? Ich bin gewiß, daß die im Europarat zusammengeschlossenen Staaten, die die überwiegende Zahl aller Demokratien dieser Welt darstellen, auch heute noch der Welt mehr zu geben haben als nur Zeugnisse der Vergangenheit, Monumente ihrer Kultur und Geschichte. Hier stand die Wiege der Demokratien, hier haben die Menschenrechte ihre längste Tradition. Diese Erfahrung ist es, die uns heute hier zusammenführt. Der Europarat ist in unserem Kontinent und darüber hinaus bekanntgeworden als die Organisation zum Schutz der Menschenrechte. Vor etwa 35 Jahren erhielten die Menschenrechte in unserer Kommission und im Gerichtshof einen einzigartigen Schutzmechanismus, der Achtung verdient und notfalls auch Achtung erzwingt. Wir freuen uns darüber, daß auch andere Kontinente und Länder ermutigt sind, sich in ähnlichen Einrichtungen zu versuchen.

Menschenrechte und Demokratie sind die beiden Seiten ein und derselben Medaille. In der Präambel zur Satzung des Europarates bekräftigen unsere Mitgliedstaaten „ihre Verpflichtung zu den geistigen und moralischen Werten, die das gemeinsame Erbe ihrer Väter darstellen, und die wahre Quelle persönlicher Freiheit sind, zu politischer Freiheit und zur Herrschaft des Gesetzes — Prinzipien, die die Grundlage jeder echten Demokratie bilden“. Dazu heißt es im ersten Protokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention: „Die Vertragspartner verpflichten sich dazu, in vertretbaren Zeitabständen freie Wahlen bei geheimer Stimmabgabe durchzuführen unter Bedingungen, die eine freie Meinungsäußerung bei der Wahl der Legislative gewährleisten.“ Dort, wo keine Demokratie besteht, sind Verletzungen der Menschenrechte an der Tagesordnung, gerade dort aber kommen Verletzungen der Menschenwürde nur schwer ans Tageslicht. In allen Regimen, die ein Machtmopol ausüben —, und das ist nun einmal die Mehrheit der Staaten unserer Welt — wird die Würde des Menschen verletzt, in allen diesen Staaten herrscht ein Verhältnis vom Herrscher zum Beherrschten.

Menschenrechtskommission und Gerichtshof wurden nicht ins Leben gerufen, um Verletzungen der Menschenrechte in anderen Teilen der Welt anzuprangern, ihr Mitwirkungsbereich erstreckt sich nur auf unsere Mitgliedsländer. Sie sind es, die sich „Auf der Anklagebank“ befinden. Wie diejenigen von Ihnen, die unserer Arbeit bereits in der vergangenen Woche folgen konnten, feststellen mußten, haben wir gegenseitig große Sorgen mit einem unserer Mitgliedstaaten. Er wird beschuldigt, sowohl die Bestimmungen der Menschenrechtskonvention wie die der Satzung unserer Organisation verletzt zu haben und fortdauernd weiter zu mißachten. Wir hoffen zutiefst, daß dieser Fall ein ebenso glückliches Ende nehmen wird wie seinerzeit vor neun

Jahren, als Griechenland wieder zur demokratischen Ordnung und in den Schoß des Europarates zurückkehren konnte, nachdem die Militärdiktatur, die die Menschenrechte vielfach verletzt hatte, zerbrochen war. In jener Zeit der Militärdiktatur hatten wir enge Verbindungen zu den demokratischen Kräften dieses Landes, ermutigten sie und gaben ihnen materielle und geistige Hilfe.

Die Zerschlagung der Diktaturen in Portugal und in Spanien ließen auch diese beiden Staaten im vergangenen Jahrzehnt zu uns kommen. Während der Zeiten der autoritären Herrschaft in diesen Ländern hat sich der Europarat nicht mit der Rolle des teilnahmevollen Zuschauers begnügt, vielmehr hatten wir vielfältige Kontakte zur Opposition in diesen Ländern und außerhalb. So konnte ein Ausschuß unserer Versammlung schon wenige Wochen nach dem Ableben General Francos in Paris eine Diskussionsrunde ins Leben rufen, an der die noch geheime Führungsspitze der offiziell nicht bestehenden Parteien Spaniens teilnahmen. Bereits damals begann jene günstige Entwicklung, die zum Beitritt Spaniens zum Europarat 1977 führte. Von diesem Treffen unterrichtet war der damalige spanische Außenminister José Maria de Areilza, der sich zur Zeit des Treffens zufällig in Paris aufhielt und zu erkennen gab, daß man die Initiative des Europarates verstanden hatte.

Ich nehme diese Erinnerung zum Anlaß, um Herrn de Areilza auf der Tribüne der geladenen Gäste zu begrüßen und herzlich willkommen zu heißen. Als mein Vorgänger im Amt des Präsidenten unserer Versammlung hat er energisch und engagiert dem Gedanken dieser Konferenz zum Durchbruch verholfen.

Der Europarat leistet auch weiterhin bei der demokratischen Entwicklung unseres Kontinents sehr konkrete Hilfe. Ebenso leistet er, wie Sie wissen, spezifisch theoretische Arbeit, die sich in zahlreichen Resolutionen der Versammlung, aber auch in Erklärungen des Ministerkomitees zu Themen der Demokratie widerspiegelt, zu Fragen der Toleranz der Pressefreiheit, der Verteidigung der Demokratie gegen den Terrorismus, zu Problemen der örtlichen Selbstverwaltung wie allgemein zu Grundsätzen der Demokratie.

Die meisten heute anwesenden Länder waren auch bei einem Kolloquium im vergangenen März über den „Begriff der Demokratie“ in Straßburg vertreten, herzlich begrüße ich hier die Leiterin der kanadischen Delegation für diese Konferenz, Frau Aileen Nicholson, — aber auch als Sachverständigen, Herrn Professor Allan Weinstein, den Direktor des amerikanischen Demokratieprogramms. Bei diesem Kolloquium konnten wir feststellen, daß die Teilnehmer unsere Demokratie und ihre Zukunft keineswegs pessimistisch betrachten und daß man sich auf breiter Basis über die Grundsätze der Demokratie einig ist. Wir konnten jedoch ebenso erfahren, daß es keinen Grund zur Selbstgefälligkeit gibt und daß man sich der Herausforderungen bewußt sein muß, die in einigen Fällen eine akute Gefahr für die Demokratie darstellen können.

Ohne den Ausführungen unserer Berichterstatter Reddemann und Morrison vorgreifen zu wollen, sehe ich eine nicht unerhebliche Gefährdung in der **Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten**. Jean Jacques Salomon weist nicht ganz zu Unrecht auf „Eine wachsende Diskrepanz zwischen den Zielvorstellungen der Erteiler der Mandate und dem Verhalten der Träger der Mandate“ hin. Diese Entfremdung liegt ganz sicherlich zu einem Teil in der Tatsache begründet, daß viele Bürger Demokratie mit Bürokratie gleichsetzen. Die geachtete britische Wochenzeitschrift „The Economist“ definierte in ihrer Neujahrsausgabe einen Demokraten als jemanden, der „Beamte bezahlt, damit das Land funktioniert“. Das mag überspitzt formuliert sein, aber haben wir alle nicht immer wieder das Gefühl, einer spezialisierten und hochqualifizierten Bürokratie auch als Abgeordnete hilflos ausgeliefert zu sein? Hat nicht die Ministerialbürokratie den Abgeordneten gegenüber oft einen Informationsvorsprung, der Barrikaden von Sachzwängen aufrichtet, in denen jede politische Initiative hängenbleibt? Es obliegt uns Abgeordneten, hier eine Änderung herbeizuführen und diese auch der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Unsere Bürger und Wähler müssen wissen, daß wir es sind, die gewählten Mitglieder der Parlamente, die in einer Demokratie Entscheidungen treffen und die auch bereit sind, für diese Entscheidungsfreiheit Verantwortung auf sich zu nehmen. Ich glaube, daß gerade wir Europäer viel von den Nordamerikanern lernen können, etwa im Hinblick auf den „Anspruch, im Bilde zu sein“, der einen erheblichen Bestandteil der Nordamerikanischen politischen Kultur darstellt. Die Glaubwürdigkeit der Demokratie ist in Gefahr, wenn es uns nicht gelingt, die Entscheidungen in den Parlamenten zu monopolisieren, sie transparenter zu gestalten und die Aufgabenverteilung zwischen Parlament und Administration auch nach außen durchsichtig zu machen. Wir alle sind nicht erwählt, sondern gewählt; wir alle erfüllen einen Auftrag auf Zeit, wir alle stellen uns nach Ablauf der Wahlperiode unseren Wählern. Die schwere Verantwortung eines solchen Amtes kann man ehrlicherweise nur dann tragen, wenn sie nicht durch Hemmnisse unserer eigenen Bürokratie begrenzt, wenn politisches Engagement nicht durch administrative Hemmnisse gebremst wird.

Der Wert der **Presse- und Informationsfreiheit** wird nach meiner Auffassung von manchen unserer Bürger zu gering geachtet. Auch über diese Freiheit sollten wir in diesen Tagen sprechen. Ich freue mich zu hören, daß eines unserer Mitgliedsländer eine Kampagne für größere Informationsfreiheit im nächsten Jahr durchführen will, 1984, dem Orwell-Jahr. Ich meine, daß die Informationswissenschaft in unserem elektronischen Zeitalter, das oft als Bedrohung empfunden wird, die Informationsfreiheit unserer Bürger entscheidend verbessert hat. Aber der Vormarsch der Elektronik wird viele Strukturen ändern. Wir sollten über die Frage sprechen, die Alvin Toffler in seinem Bestseller „The Third Wave“ aufwirft und die in der Behauptung gipfelt, daß wir mit allergrößter Wahrscheinlichkeit unsere veralteten Parteistrukturen ändern müssen, die einmal für eine sich langsam ändernde Welt der Massenbewe-

gungen und des Massenhandels entwickelt wurden. Müssen wir nicht rechtzeitig darüber nachdenken, zeitgemäße Modellparteien zu erfinden, die den wechselnden Strukturen von Minderheiten gerecht werden — etwa „Einschalt-/Ausschaltparteien der Zukunft“?

Oft und eindeutig haben wir alle uns zu dem Grundsatz bekannt, daß in der Demokratie „Ein Mann (oder eine Frau), eine Stimme, ein Wert“ bedeutet. Aber genügt ein bloßes Bekenntnis dazu, solange Wahlgesetze und Parteienfinanzierung wenig dazu beitragen, jeder Stimme den gleichen Wert zu geben? Auch hier wird unsere Glaubwürdigkeit als Demokraten gefordert. Ganz sicher können wir nicht glaubhaft bleiben, ganz sicher wird die Entfremdung zwischen dem Wähler und dem Gewählten noch wachsen, wenn wir uns am Ausgang dieses Jahrhunderts an demokratische Formeln klammern, die hin und wieder nur noch leere Rituale sind.

Von hier und heute soll nicht ein „Kreuzzug“ für die Demokratie ausgehen. Aber das Nachdenken über die Formen unseres staatlichen und politischen Zusammenlebens erscheint mir notwendig auch, um unser eigenes Haus zu bestellen und in Ordnung zu halten. Wenn uns dies gelingt, dann bin ich gewiß, daß die Demokratie eine Zukunft hat. Es wäre ganz sicherlich einfacher gewesen, die Diktaturen in Spanien, in Portugal und Griechenland durch andere Diktaturen zu ersetzen. Dazu hätte es nur des Austausches von Personen bedurft. Daß diese Staaten unsere Demokratien für so erstrebenswert gehalten haben, daß sie sich selbst auf den schweren Weg zur Demokratie gemacht haben, macht uns allen Mut. Ob unsere Staatsform auch weiterhin diese Ausstrahlung behalten wird, wird von dem Maß unserer eigenen Selbstprüfung abhängen und von unserer Bereitschaft, festgefahrene Ideen und Formen zu überdenken. Dies wäre der beste Beweis für die Lebensfähigkeit der Demokratie auch in fernen Zeiten.

Parlamentarische Demokratie heute: Antwort auf neue Herausforderungen

(Drucksachen: AS/Sxb. Conf. (83) 2
und AS/Sxb. Conf. (83) 3)

Berichterstatter: Abg. Reddemann und Morrison

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als vor beinahe 200 Jahren das französische Volk in einer leidenschaftlichen Aufwallung die absolute Monarchie vertrieb, wählte es als Repräsentation des neuen Geistes ein Parlament. Es sollte die Freiheit des Einzelmenschen schützen, die Gleichheit aller Freien vor dem Gesetz herbeiführen und durch das Recht ermöglichen, daß die freien und gleichen Menschen ihre Zukunft in brüderlicher Zuneigung gestalteten.

Vor der Schranke jenes Parlaments spielten sich bewegende Szenen ab. Delegationen der damals

noch nicht sehr zahlreichen Volksvertretungen anderer Staaten erschienen, um den Revolutionären den Eid in die Hand zu leisten, von nun an gemeinsam zu kämpfen und nicht eher zu rasten, bis die letzten Diktaturen jener Zeit nicht mehr in der Lage waren, die Menschheit zu knechten.

Wer heute die Reden nachliest, die die Franzosen und ihre Gäste im Pathos ihrer Begeisterung verkündeten, der gewinnt das Bild eines goldenen Zeitalters, das nach den Vorstellungen der Parlamentarier der ersten Stunde vor der Menschheit liegen mußte: Ein Zeitalter des unverbrüchlichen Glücks und des unaufhaltsamen Fortschritts der Menschheit zu neuen Gipfeln der Humanität. Die Versammlung, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die heute hier in Straßburg zusammengekommen ist, reagiert weniger himmelstürmend, weniger zukunftsgläubig und vor allem weniger pathetisch.

Zwischen den Tagen, in denen der Konvent der Zeit der großen französischen Revolution die Freunde der Freiheit feierte, und den Tagen dieser Konferenz, auf der die Vertreter aller wirklich gewählten europäischen Volksvertretungen die Delegationen anderer, aber ebenso legitimer Parlamente empfangen, liegen leider Jahrhunderte blutiger Erfahrungen. Der ahnungsvolle Satz des deutschen Dichters Gotthold Ephraim Lessing, die Menschheit entwickle sich von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität, wurde nur zu oft zu einer Zustandsbeschreibung. Millionen Menschen fanden sich in Diktaturen wieder, gegen die das „ancien régime“ der damaligen Zeit ein friedvolles, wenn auch strenges Patriarchat war.

Ein Blick auf die Weltkarte belehrt uns, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, daß die überwältigende Mehrheit der Menschen nicht die Chance erhalten hat, in einem demokratischen Gemeinwesen zu leben. Die Organisation der Vereinten Nationen beherbergt keine Völkerfamilie, wie das euphemistisch oft genug gesagt worden ist, sie wurde zu einem Begegnungsort zwischen demokratisch gewählten Regierungen und einem Kartell von Machthabern, das die minderentwickelten Völker sehr oft mehr beherrscht als vertritt.

Wir Demokraten müssen uns fragen, warum die **Demokratie** nicht so selbstverständlich zur **Herrschaftsform der freien Völker** wurde, wie man es 1776 in den USA und 1789 in Frankreich erhoffte und wie es die besten Geister ihrer Zeit damals erwarteten. Ich wage heute die These, daß wir Demokraten es selbst sind, die nach innen wie nach außen zu kleingläubig die Wertordnung der Freiheit vertreten, daß wir selbst es sind, die den Idealismus unserer Jugend nicht fordern und den Menschen in der Dritten Welt kein beredtes Beispiel geben.

Es gehört, Herr Präsident, zu den Selbstverständlichkeiten der Demokratie, daß in ihr niemand das Recht für sich in Anspruch nehmen kann, allein zu wissen, was richtig ist. Aus Respekt vor dem Andersdenkenden stellen wir unsere eigenen Positionen in Frage, aus der Kenntnis der menschlichen Natur laufen wir nicht blindlings einer einzigen Ideologie nach, und aus den Erfahrungen der Real-

tät wissen wir, wie unvollkommen unser eigenes demokratisches Modell der menschlichen Zusammenarbeit und des menschlichen Zusammenlebens ist. Diese selbstkritische Haltung, meine Damen, meine Herren, zeichnet einen Demokraten aus.

Inzwischen kultivieren aber viele von uns im politischen Leben das, was im täglichen Leben Menschen ab einem bestimmten Alter häufig nachgesagt wird. Ihre Gedanken kreisen nur noch um die kleinen und größeren Krankheiten, ihr Gesicht verfinstert sich, wenn sie an Gesundheit denken, und ihre Reden drücken tiefsten Pessimismus aus. Meine Damen und Herren, wenn Sie den Begriff „Gesundheit“ durch „Demokratie“ ersetzen, haben wir bei vielen Demokraten praktisch den gleichen Zustand. Den in gewissen intellektuellen Kreisen unserer Gesellschaft gilt man heute nur dann als akzeptabel, wenn man mit herabgezogenen Mundwinkeln über die Demokratie und die Demokraten spricht, wenn man die Existenz der Freiheit in unseren freiheitlich verfaßten Staaten bestreitet oder mindestens in Zweifel zieht und wenn man das Recht lächerlich macht und die materiellen Leistungen unserer Gesellschaft als Konsumterror denunziert.

Als Sir Winston Churchill, Großbritanniens großer Premierminister, den Satz prägte, die Demokratie sei die schlechteste aller Herrschaftsformen, angenommen jede andere, haben viele wohl nur den ersten Halbsatz wahrgenommen.

Ich muß uns fragen: Wie können wir es jungen Menschen, denen wir Tag für Tag nur die Schattenseiten der Demokratie servieren, verdenken, wenn sie sich anschließend der Demokratie gar nicht erst zuwenden. Wir nehmen die natürliche Begeisterungsfähigkeit heranwachsender Mitbürger nicht zur Kenntnis, wir zeigen ihnen keine Aufgaben. Wir pflegen den Demokraten zum Nulltarif. Wir erziehen den Bourgeois, der nur die Vorteile der Demokratie für sich in Anspruch nimmt, und wir vergessen den demokratischen Citoyen, der weiß, daß sich Rechte und Verantwortung bedingen.

Dieser Kleinmut der Demokraten, Herr Präsident, beweist sich auch in der Außenpolitik. Eine fremde Regierung, die sich zu uns und zu unseren Ideen bekennt, darf der verschärften Kritik in vielen demokratischen Staaten schon deswegen sicher sein, während eine Regierung, die mit der sowjetischen Diktatur liebäugelt, auch das westliche Wohlwollen fast automatisch erhält. Und anschließend wundern wir uns dann gemeinsam in den außenpolitischen Komitees unserer Parlamente über die mageren Chancen der Demokratien in der Dritten Welt.

Meine Damen, meine Herren, wer meinen Bericht gelesen hat, den ich Ihnen im Auftrag des Europarats vorlegen durfte und den ich hier nicht rekapitulieren möchte, der weiß, daß meine kritischen Bemerkungen zum mangelnden Selbstbewußtsein der Demokraten keine selbstgefällige Entschuldigung aller Verhältnisse und aller Versäumnisse in demokratisch verfaßten Staaten sein sollen.

Ich habe die Bemerkungen aus einem anderen Grunde an diese Konferenz gerichtet: Falls wir De-

mokraten glaubhaft bleiben wollen und überzeugend wirken möchten, dann können wir dies nur im **Bewußtsein der Werte** tun, die wir gemeinsam erarbeitet haben und für die wir gemeinsam tätig sind. Dann dürfen wir nicht mehr verzagt um Entschuldigung bitten, weil bei uns noch nicht alles den Standard erreicht hat, den wir in unseren Idealvorstellungen wünschen. Dann dürfen wir vor allem nicht einfach vor jenen antidemokratischen Kritikern zurückweichen, die selbst nie daran denken, die Ideale der Menschlichkeit zu erfüllen, und die uns unsere Unzulänglichkeiten nicht aus Liebe zur Freiheit vorwerfen, sondern zur Beförderung ihrer eigenen menschenrechtsfeindlichen Vorstellungen.

Die **Freiheit**, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist den Menschen nie geschenkt worden. Die Völker mußten sie erarbeiten oder erkämpfen. Oft genug blieb dann die Freiheit nur eine Freiheit im äußeren gegenüber anderen Staaten. Und viele Regierende verweigerten die innere Freiheit des Menschen wegen angeblicher oder tatsächlicher Bedrohung der äußeren.

Freiheit aber ist unteilbar. Sie verlangt Gewissensfreiheit wie die Freiheit vor Armut und Not. Sie verlangt das Recht auf freie Meinungsäußerung wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Wir haben als freie Menschen nicht nur Verantwortung für uns und die Menschen in unseren Staaten zu tragen. Wir müssen als Anwälte der Menschenrechte auch für jene Völker eintreten, denen die eigenen oder fremde Regierungen die Möglichkeit genommen haben, ihre Anliegen vorzutragen. Und dies dürfte einer der Gründe unserer Konferenz sein.

Meine Damen, meine Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Konferenz von Straßburg kann ein Markstein sein auf dem Weg zu mehr Demokratie. Diese Konferenz kann aber auch Hoffnungen rauben, weil die Vertreter der demokratisch gewählten Parlamente die Chance der Freiheit nicht genützt haben. Ich möchte Sie aufrufen, heute und in der Zukunft gemeinsam unsere Pflicht zu tun.

Vogt (Kaiserslautern) (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten möchte ich an die gute Übung von gestern anknüpfen, als sich die Redner kurz vorgestellt haben. Auf diese Weise erfahre ich vielleicht auch noch, wer nachher meine Nachredner sein werden.

Mein Name ist, wie schon gesagt wurde, Roland Vogt. Ich komme eigentlich aus der Bürgerinitiativbewegung, bin einer der Gründer der Partei DIE GRÜNEN und bin mit 27 weiteren Kolleginnen und Kollegen seit dem 6. März Mitglied des Deutschen Bundestages.

Von meiner Fraktion bin ich u. a. auch in die Parlamentarische Versammlung des Europarates entsandt worden. Zu meinem Bedauern mußte ich hier feststellen, daß ich, wenn ich es richtig gesehen habe, bisher wohl der einzige Vertreter einer grünen bzw. ökologischen Partei in diesem Hause bin.

Gewiß ist das Auftauchen einer neuartigen politischen Kraft, sowohl in einem nationalen Parlament als auch in einer internationalen Versammlung auch eine Art Herausforderung, nicht allein eine Herausforderung im inhaltlichen Sinn — darauf komme ich selbstverständlich noch zu sprechen —, sondern auch eine Herausforderung im Umgang miteinander, was z. B. den Gerechtigkeitssinn oder auch den Respekt vor der Identität des anderen angeht.

Ich möchte dies mit einem Beispiel belegen. Überall auf der Welt werden ja bekanntlich — und zu Recht — die Grünen mit Ökologie und Umweltschutz identifiziert. Wäre es da nicht ganz natürlich gewesen, uns beispielsweise in dieser Versammlung einen Sitz in dem Ausschuß zu geben, der für Umweltschutz zuständig ist? Ich möchte hier einfach als ein praktisches Beispiel erwähnen, daß man ganz anders verfahren ist: Man hat mich in den Sozialausschuß und in den Geschäftsordnungsausschuß gesteckt, und zwar mit der Begründung: wenn einem zwei Ausschußplätze zustehen, bekommt man einen attraktiven und einen weniger attraktiven. Was für uns Grüne attraktiv ist, hat in diesem Falle die Mehrheit der deutschen Delegation bestimmt. Wenn es dabei bleibt, steht jetzt schon fest, daß es in diesem Hause in dieser Sitzungsperiode mit Sicherheit keinen grünen Berichterstatter zu einem Thema des Umweltschutzes geben wird. Vielleicht ist das aus rein parteipolitischer Sicht eine durchaus „weiblickende“ Weichenstellung.

Jetzt möchte ich den Leiter der deutschen Delegation, Herrn Kollegen Reddemann, zitieren. Ich habe mit großem Gewinn seinen Report gelesen und möchte daraus zwei Sätze zitieren. Zunächst sagt er: „Die Zeiten sind offenkundig vorüber, in denen man die Freiheit der Mehrheit mit der Unterdrückung von Minderheiten vereinbaren konnte.“

Ich stimme dem — im Sinne einer Hoffnung — voll zu, und meine Frage hierzu lautet, ob es nicht auch sehr subtile Formen der Unterdrückung gibt, Formen solcher Art, daß man Minderheiten an der Entfaltung ihrer Inhalte hindert, daß man z. B. ihre ureigenen Themen anders besetzt und damit demonstriert, daß sie vielleicht für die Zukunft überflüssig werden sollen.

Ich möchte Herrn Reddemann weiter zitieren. Er sagt auch — und gerade da möchte ich ihm freudig zustimmen dürfen —: „Die Sensibilität der Menschen gegenüber der Pervertierung von Prinzipien zu Versatzstücken politischer Rhetorik ist gewachsen.“ — Ich hoffe, er behält mit seiner Vorhersage recht.

Herr Präsident, ich habe mich wirklich gefragt, ob es tunlich ist — ich merke das jetzt auch an einigen Zurufen aus der deutschen Delegation —, so ein praktisches Beispiel an den Anfang zu stellen. Ein Zuruf lautete: Mach' das doch in der deutschen Delegation aus! Das habe ich versucht. Aber wie anders könnte man sich — gerade als Minderheit — gegen etwas, was man zumindest politisch als

schmerzlich empfindet, wehren als dadurch, daß man die Öffentlichkeit herstellt?

All die Bewegungen, die schließlich innovativ waren — ich möchte ausdrücklich die Ökologiebewegung nennen, möchte hier aber auch bis zu einem gewissen Grad die Studentenrevolte erwähnen —, haben einen politischen Input u. a. deshalb erbracht, weil sie zu kritischen Themen erst einmal die Öffentlichkeit hergestellt haben. Es gibt ein geflügeltes Wort, das ich in meiner juristischen Ausbildung gelernt habe: Am konkreten Fall wird immer alles so unangenehm klar.

Der brillante Politologe Richard Löwenthal, den ich in Berlin in meiner Ausbildung hören konnte, hat eine seiner Vorlesungen über die Volksrepublik China damit eingeleitet, daß er sagte, im Verlaufe der Geschichte seien die Regime in China — ganz gleich, welcher Art sie waren — immer danach beurteilt worden, wie sie mit Katastrophen fertig geworden seien, ob sie die richtigen Vorkehrungen getroffen oder wenigstens die Folgen zügig beseitigt hätten. Das bezieht sich auf einen Zeitraum, den man, wie mir scheint, gelassen betrachten kann.

Heutzutage aber, so meine ich, sind wir in den hochindustrialisierten Ländern auf viel drastischere Weise mit dem umgekehrten Problemen konfrontiert, daß man technisch und technologisch vielleicht in der Lage ist, Naturkatastrophen einigermaßen zu beherrschen oder einzudämmen, daß es aber mit der Fähigkeit hapert, die von Menschen gemachten Katastrophen zu beherrschen.

Ich müßte hier sehr viele dieser sich anbahnenden oder sich schon ereignenden Katastrophen nennen, etwa den Hunger in der Welt, aber ich will mich aus Zeitgründen bewußt auf zwei beschränken, auf die Gefahren für Ökologie und Frieden.

Auf dem Felde der **Ökologie** gab es einzelne Menschen, Gruppen, später Bürgerinitiativen und schließlich neuartige Parteien, die sehr früh auf galoppierende Veränderungen hingewiesen haben, z. B. auf das, was uns zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland — aber nicht nur dort — beschäftigt, auf das Waldsterben.

Ich habe gerade eine Zeitungsmeldung aus meiner Heimatzeitung. Ich komme aus Rheinland-Pfalz. Da wird gemeldet — das ist leider eine Meldung, die die ganze Bundesrepublik betrifft —, daß nach einer neuen Untersuchung bei einem Anhalten des bisherigen Krankheitsverlaufs in wenigen Jahren ein flächenmäßiges Absterben ganzer Bestände in den Hochlagen der Mittelgebirge nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Ich denke dabei an den Pfälzer Wald, die Heimat, in der ich aufgewachsen bin, und fühle mich dort wie viele andere besorgte Umweltschützer konfrontiert mit einem neuen Kohlekraftwerk, dem Kohlekraftwerk Bexbach, das nach einer neuen Verordnung, die der Bundesinnenminister Zimmermann bei uns in seinem Hause erstellt hat, obwohl es an sich erst vor kurzem in Betrieb gegangen ist, schon als Altanlage firmiert, die geringere Auflagen bekommt. Wenn aber die

neuen „Altanlagen“ und die alten Altanlagen nicht zusammen drastisch verändert oder stillgelegt werden, wenn an ihrer Stelle nicht neue Methoden eingesetzt werden, die technologisch schon möglich sind — wie z. B. die Wirbelschichtfeuerung —, wird der Verfall des Waldes rapide zunehmen. Und dieser Verfall wird, wie es in dem Zeitungsbericht heißt, flächenmäßig verlaufen. Das ist eine der Meldungen. Die Meldung schließt damit, daß man zwar einzelne Ursachen kennt, nicht aber das Zusammenwirken der Ursachen, und daß man weiterforschen müsse. Ich denke dabei an „Zazie dans le Metro“ von Queneau, wo Zazie sagt: „Tu parles, tu parles, c'est tout ce que tu sais faire.“ Man könnte das hier übersetzen mit: ihr untersucht, ihr untersucht; ist denn das alles, was ihr könnt?

Ein anderes Thema: „Ökologie und Frieden“. Ich kann die inneren Verknüpfungen zwischen Ökologie und Frieden hier aus Zeitgründen nicht bringen, obwohl es lohnend wäre, z. B. aufzuzeigen, wie das Ausbeutungsmotiv, das Motiv der Ausbeutung und Verschwendung von Rohstoffen, mit dem Kriegsmotiv verknüpft ist. Aber hier ist es doch ähnlich wie mit dem Waldsterben. Stehen die Institutionen nicht hilflos einer ebenso galoppierenden Gefahr gegenüber, nämlich der Gefahr der **Vernichtung der Menschheit** durch das Zünden eines **atomaren Weltkrieges**?

Es ist im Zusammenhang mit dem verbrecherischen Abschluß der südkoreanischen Jumbo-Jet-Maschine viel hin und her gewendet worden zwischen den beiden Vormächten der Blöcke. Wenig ist diskutiert worden über die Möglichkeit — wir haben das neulich einmal kurz angesprochen — daß es sich hier um einen ganz grausamen Irrtum in bezug auf Einzelumstände gehandelt haben könnte. Wenn dem so ist, durch die Nervosität der Militärs — in diesem Fall der Sowjetunion — im Bereich einer Auseinandersetzung mit einem Zivilflugzeug, ist denn dann nicht damit zu rechnen, daß möglicherweise auf der Grundlage eines Irrtums irgendwann einmal die atomare Katastrophe ausgelöst wird?

Wir werden da von den Spezialisten beruhigt. Wir waren neulich mit einer Delegation des Unterausschusses des Deutschen Bundestages für Abrüstung und Rüstungskontrolle im Pentagon und im State Department. Da wird gesagt: Bei der atomaren Katastrophe ist das etwas ganz anderes; da gucken noch mehr Leute hin, da sind mehr Menschen zwischengeschaltet. Dennoch bleibt der Grundtatbestand, die Daumenregel, Murphy's Law: Was falsch laufen kann, wird irgendwann auch einmal falsch laufen. Ist es nicht die Schwäche all unserer Institutionen einschließlich der Parlamente, daß sie sich über diese Regel des common sense einfach hinwegsetzen? Lord Reay hat hier ausgeführt, ein Abrüstungsabkommen in Genf sei nur dann zu bekommen, wenn man tatsächlich stationiert. Was passiert aber, wenn er sich irrt? Was passiert, wenn alle die sich irren, die diesen ganzen militärischen atomaren Aufbau dieser Destruktivkraft verteidigen, wenn das, was heutzutage noch in den Termini der Abschreckung diskutiert wird, ei-

nes Tages total versagt? Was passiert, wenn übersehen wird, daß eine nukleare Strategie an die Stelle einer anderen tritt, eine Strategie, die irgendwann zu einer Erstschlagfähigkeit führen wird? Man ist doch schon dabei, die bisherige Strategie abzulösen. Das aber, was sozusagen als trojanisches Pferd einer neuen atomaren Strategie bezeichnet werden könnte, wird noch in den Termini der Abschreckung diskutiert, die jedoch nach Meinung von Militärfachleuten schon längst passé ist.

Das Thema morgen wird lauten: Welche Vorkehrungen können wir treffen? Inwieweit kann die Demokratie verbessert werden? Kann sie so angepaßt werden, daß sie den Herausforderungen gerecht wird? Ich möchte deshalb etwas, was wir zur Zeit in der Bundesrepublik diskutieren, die konsultative Volksbefragung, jetzt nicht hier bringen, sondern für morgen aufbewahren.

Ich habe jetzt zum Schluß nur noch eine Bitte an Sie. In der Bundesrepublik hat der Deutsche Gewerkschaftsbund aufgerufen zu fünf Mahnminuten, Schweigeminuten für den Frieden, man könnte auch sagen: fünf Minuten vor zwölf, also um 11.55 Uhr. Meine herzliche Bitte an Sie ist, sich dem in Solidarität anzuschließen. Es war nicht immer so in der deutschen Geschichte, daß man sich mit dieser Intensität für den Frieden einsetzt. Ich möchte an dieser Aktion teilnehmen und werde mich dann, wenn wir hier noch zusammen sind, in diesen fünf Minuten erheben und somit dem Aufruf des Weltkirchenrats, der bundesrepublikanischen evangelischen Kirche und meiner Landeskirche folgen, der wörtlich lautet, „für den Frieden zu denken, zu beten und zu arbeiten“. Ich möchte Sie herzlich bitten, sich dem anzuschließen. — Danke schön.

Dr. Scheer (SPD): Wegen der Begrenzung der Redezeit auf fünf Minuten versuche ich, einige Gedanken zusammenzufassen.

Zu meiner Person: Ich bin Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Mitglied des deutschen Parlaments seit 1980 und seit diesem Jahr Mitglied der Parlamentarischen Versammlung.

Ich sehe zwei grundlegende Probleme für die **Zukunft der parlamentarischen Demokratie**. In gekürzter Form möchte ich sie bezeichnen als den Widerspruch zwischen einem gewachsenen Demokratie- und Mitwirkungsbewußtsein bzw. -bedürfnis der Bürger auf der einen Seite und auf der anderen Seite dem Gefühl geringerer Veränderungsmöglichkeiten in der Gesellschaft, weil dieses gewachsene Bewußtsein gleichzeitig in sich festgefügteten Institutionen, wie sie in den letzten 30 Jahren entstanden sind, gegenübersteht. Dies ist ein Problem, daß die Zukunft der parlamentarischen Demokratie zentral beschäftigen wird.

Der zweite Widerspruch ist für mich der, daß sich angesichts der umfassenden weltwirtschaftlichen Krise, angesichts des dramatischsten Rüstungswettlaufs, den es bisher in Friedenszeiten gegeben hat, und angesichts umfassender ökologischer Gefahren, also insgesamt einer bisher wohl größten

Krise oder größter Gefahren, denen die parlamentarische Demokratie gegenübersteht, zunehmend das Gefühl mangelnder Kompetenz der demokratischen Institutionen ausbreitet, mit diesen Gefahren fertigzuwerden. Wenn dies alles so ist, ist die Demokratie in der Tat in größter Gefahr, weil die Probleme, die ich angesprochen habe, über kurz oder lang wohl nicht lösbar sein werden.

Das Beste, was unter negativen Vorzeichen passieren kann, wäre dann allenfalls, daß die Parlamente oder die demokratischen Institutionen überhaupt möglicherweise nur noch ein Schattendasein fristen und von der breiten Öffentlichkeit nicht mehr ernstgenommen werden. Das Schlechteste, was passieren könnte, wäre, daß sie nicht mehr gehalten werden können, daß sie vielleicht gar durch politische Umstürze eines Tages wieder beseitigt werden könnten.

Wenn es also darum geht, sowohl die eine wie die andere Alternative zu vermeiden, auch zu vermeiden, daß die demokratischen Institutionen nur noch ein Schattendasein fristen, sehe ich vier Notwendigkeiten, die ich jetzt stichwortartig skizzieren will. Ich kann es auch deswegen stichwortartig tun, weil vieles davon schon in der Debatte genannt worden ist und hier also einige Worte dazu reichen.

Als erste Voraussetzung ist es selbstverständlich notwendig, die Fähigkeit der **demokratischen Institutionen** wesentlich zu **verbessern** zur Abwendung der umfassenden Gefahren, die es in der Beschäftigungslosigkeit, bei der Eigendynamik des Rüstungswettlaufs und bei den Umweltkrisen gibt.

Als zweite Voraussetzung sehe ich es an — da widerspreche ich etwas dem irischen Kollegen —, daß die Glaubwürdigkeit der demokratischen Institutionen gerade bei der Jugend erhalten bleibt. Sie ist lebenswichtig. Diese Glaubwürdigkeit kann nicht aufrechterhalten werden, wenn befreundete Länder, die mit uns die demokratischen Ideale teilen, eine Weltmachtpolitik betreiben und wenn dabei nicht überall die Bewahrung der Demokratie und die demokratischen Zielsetzungen im Vordergrund zu stehen haben. Ich erinnere hierbei an bestimmte weltmachtpolitisch motivierte Aktionen auch der Vereinigten Staaten, etwa in Lateinamerika. Dies fördert nicht die **Glaubwürdigkeit der Demokratie** und die Glaubwürdigkeit unseres großen demokratischen Freundeslandes.

Eine dritte Voraussetzung ist es wohl, daß die Gesellschaft insgesamt, über die parlamentarische Demokratie hinaus, demokratisiert wird. Die Möglichkeit, die größeren Mitwirkungsbedürfnisse der Bürger zu berücksichtigen, sehe ich nur darin, daß es neben der parlamentarischen Demokratie zu einer Vielfalt von zusätzlichen, breiteren Mitwirkungsmöglichkeiten in den unmittelbaren Lebensbereichen kommt, d. h. in den Betrieben, in den Wohnbereichen, in der Gemeinde, überall da, wo es unmittelbare Mitwirkungsmöglichkeiten gibt. Die parlamentarische Demokratie muß also durch bestimmte direkte **lokale, betriebliche Demokratieformen** ergänzt — nicht ersetzt — werden.

Der vierte Punkt ist für mich wesentlich. Es wird zunehmend wichtiger, daß die demokratischen Institutionen keine gemischten Zuständigkeiten mehr haben, so wie sich das in der Vergangenheit entwickelt hat: teilweise Europa, teilweise nationale Parlamente, teilweise Regionalparlamente. Das alles wird für den Bürger unüberschaubar, und die Macht der Bürokratie steigt. Das wird nur überwindbar sein, wenn es klare, in sich **abgegrenzte Zuständigkeiten der jeweiligen demokratischen Institutionen** gibt, die die Verhältnisse überschaubar machen und die Kompetenz sichtbar werden lassen. — Vielen Dank.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, ich bitte noch um eine Minute Geduld, und zwar nicht in meiner Eigenschaft als Berichterstatter, sondern in meiner Eigenschaft als Leiter der deutschen Delegation.

Ein neues Mitglied der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates hat sich in seinen Rechten so beschwert gefühlt, daß es heute morgen Klage in dieser Versammlung geführt hat. Ein neues Mitglied, der Herr Kollege Vogt, Mitglied der Partei der GRÜNEN, hat sich darüber beklagt, daß die deutsche Delegation ihm nicht vorzugsweise einen Sitz in einer Kommission gegeben hat, in der bereits andere Mitglieder der deutschen Delegation sehr verantwortlich gearbeitet haben.

Im Namen der übrigen Mitglieder der deutschen Delegation möchte ich nur feststellen, daß es unser Prinzip ist, niemanden zu benachteiligen, aber auch niemanden zu privilegieren, und daß sich der Kollege Vogt deswegen nicht in seinen Rechten verletzt fühlen kann.

Stärkung und Förderung der parlamentarischen Demokratie: Gemeinsame Aufgaben

(Drucksachen: AS/Sxb. Conf. (83) 4
und AS/Sxb. Conf. (83) 5)

Berichterstatter:
Abg. Frau Nicholson und Abg. Grimsson

Vogt (Kaiserslautern) (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es fällt schwer, nach einer so bewegenden Rede, wie wir sie soeben gehört haben, sozusagen wieder zu nüchternen Problemen des Parlamentarismus zurückzukehren. Ich möchte es dennoch versuchen.

Das Thema, zu dem ich spreche, ist die **Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie durch plebiszitäre Elemente**. Wir haben in vielen Industriestaaten erlebt und wir haben insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland erfahren, daß die repräsentative Demokratie, wie sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit bei uns verfaßt worden ist, auf manche Fragen, auf manche Herausforderungen keine Antwort oder nicht rechtzeitig eine Ant-

wort gefunden wurde. Wir haben aber auch erlebt, daß, obwohl es in dieser repräsentativen parlamentarischen Demokratie solche Defizite gibt, Strukturdefizite von Anfang an, eine Verabsolutierung der repräsentativen Demokratie ideologisch innerhalb der Parlamente und gegenüber anderen Kräften, gegenüber außerparlamentarischen Kräften vorgenommen worden ist. Ich möchte diese an einigen Beispielen erläutern.

Sie wissen, daß die Bundesrepublik Deutschland durch Verträge gehindert ist — erfreulicherweise —, sich eine atomare Bewaffnung zuzulegen. Hier hat aber die Entwicklung der sogenannten friedlichen Atomenergie eine Art Ersatzfunktion gehabt. Der geschlossene Brennstoffkreislauf ist in der Bundesrepublik Deutschland in einer Situation entwickelt worden, in der die Parlamentarier in jeder Beziehung überfordert waren, sich die Folgewirkungen auch nur auszumalen. Ich bin nicht sehr weit von Karlsruhe entfernt aufgewachsen. Als dort die Atomenergie seinerzeit projiziert worden ist, gab es Slogans wie, die Atomenergie werde so billig und so unproblematisch sein, daß es sich nicht mal lohnen werde, für den elektrischen Strom Zähler aufzuhängen. Inzwischen haben wir etwas mehr über die Folgeprobleme erfahren.

Die Folgeprobleme stellen sich u. a. dadurch dar, daß von der Atomenergie ein stetiger Zersetzungsprozeß ausgeht. Die regelmäßige Niedrigstrahlung beispielsweise kann zur Verursachung von Krebs führen, kann dazu beitragen, daß die Gene geschädigt werden — ganz zu schweigen von Unfällen, die, wie wir inzwischen wissen, nicht beherrschbar sind. Ich nenne nur Three-Mile-Island, ein Problem, das ja immer noch nicht gelöst ist. Ganz zu schweigen auch von der Problematik der sogenannten Endlagerung abgebrannter Brennelemente. Dieses Problem ist einmal damit verglichen worden, daß man ein Flugzeug losschickt, ohne irgendwo eine Landepiste zu haben. Dennoch haben die Parlamentarier in der Bundesrepublik und, wie ich vermute, unter gleichen Umständen anderswo, dem zugrundeliegenden Gesetz, nämlich dem Atomgesetz, seinerzeit zugestimmt.

Es waren nicht die Parlamente, die dann die Problematik zuerst angesprochen haben, als die Folgeprobleme nicht mehr abweisbar waren sondern es waren **Bürgerinitiativen**. Das heißt, die Behebung der Disfunktionen, die Ausgleichung der Strukturfehler des Parlaments als Kontrollinstanz ist praktisch von außerparlamentarischen Institutionen oder von Antiinstitutionen übernommen worden — so bei uns von Bürgerinitiativen und schließlich von Zusammenschlüssen von Bürgerinitiativen, in der Bundesrepublik etwa vom Bund Umweltschutz und Natur, vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umwelt u. s. w.

Die Konsequenz daraus muß doch sein, daß man gegenüber dieser streng repräsentativen Demokratie ein Korrektiv sucht. Dieses Korrektiv könnte die Einführung von plebiszitären Elementen sein.

Wir stehen zur Zeit vor einem mindestens gleichartigen Problem wie dem der Atomenergie, nämlich

vor einer sicherheitspolitischen Grundentscheidung. Durch die Stationierung neuer und neuartiger atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik besteht zumindest der begründete Verdacht, daß es sich um den Übergang von einer atomaren Strategie, nämlich der Abschreckungsstrategie, zu einer anderen, nämlich die Erstschlag- bzw. Ersteinsatz-Strategie, handelt.

Ich möchte das Problem nicht nur an den klassischen Themen der Ökologie und Friedensbewegung, die ja auch eine Lebensbewegung ist, beschreiben, sondern noch einen anderen Kronzeugen zitieren. Der in Argentinien jahrelang inhaftierte und dann schließlich nach Israel emigrierte Zionist Jakobo Timmerman hat in einer Untersuchung des jüngsten israelischen Krieges gegen die Palästinenser argumentiert, daß es Entscheidungen gebe, die keine über eine Mehrheit verfügende Regierung demokratisch rechtfertigen könne. Zu solchen Entscheidungen zählten Maßnahmen, die den Staat Israel und seine Bürger — wie etwa die Siedlungspolitik der Regierung Begin — auf Generationen festlegten. Zu Recht stellt Timmerman dann fest, es gebe keine unbegrenzte Macht der parlamentarischen Mehrheit auch nur im Rahmen einer Legislaturperiode.

Es gibt Entscheidungen, die kann eine parlamentarische Mehrheit nicht treffen, ohne zusätzlich die Bürger zu konsultieren. Was wir entwickeln müssen, das sind die Kennzeichen für solche Entscheidungen, die selbst eine über eine Mehrheit verfügende Regierung demokratisch nicht rechtfertigen kann. Ich möchte versuchen, einige dieser Kriterien zu benennen.

Ein solches Kriterium könnte sein die Bedrohung des Bestandes eines Volkes bzw. einer Region. Erst recht wäre ein solches Kriterium die Bedrohung der Gattung Mensch. Ein anderes Kriterium wurde von einem Kollegen, der jetzt leider nicht hier ist, einem Kollegen, glaube ich, von der sozialistischen Fraktion Frankreichs erwähnt: die Irreversibilität. Dieses Problem der Irreversibilität ergibt sich sowohl beim geschlossenen Brennstoffkreislauf als auch bei der Einführung neuartiger, erstschlaggeeigneter atomarer Waffen. Vielleicht hätte schon im Jahre 1945, als die Menschheit in Hiroshima und Nagasaki eine Grenze überschritten hat, die Frage gestellt werden müssen, ob nicht der atomare Rüstungswettkampf das Moment der Irreversibilität in sich trägt.

Ein anderes Kriterium könnte die Unteilbarkeit des Streitgegenstandes sein, die von einem am Konflikt beteiligten Partner zumindest plausibel darzulegen wäre. Aus der Sicht der Ökologiebewegung ist beispielsweise eine Akzeptanz der Atomenergie — oder ein Kompromiß — deshalb nicht möglich, weil der zugrunde liegende Streitgegenstand heißt: körperliche Unversehrtheit, Leben der aktuellen Generationen, vor allem aber auch der künftigen Generationen. Diese Rechtsgüter sind nicht teilbar, also auch nicht dem Kompromiß zugänglich, denn Kompromiß setzt Teilbarkeit des Streitgegenstandes voraus. Das gilt natürlich um so mehr für die ato-

mare Bewaffnung. Solche Entscheidungen sind, weil man die ganzen Folgewirkungen nicht beherrscht, irreversibel.

Eine derartige Entscheidung gegen den Willen einer beachtlichen Minderheit oder gar — wie wir im Augenblick auf Grund der Meinungsumfragen in der Bundesrepublik vermuten — einer Mehrheit durchzudrücken, wäre, auch wenn eine repräsentative Mehrheit diese Entscheidung trifft, eine Vergewaltigung des Volkes oder der im übrigen betroffenen Völker, eine politische Vergewaltigung, die durchaus schwere Folgen hätte.

Zur Zeit wird bei uns diskutiert, was die richtige Ziffer ist, ob 75,5 oder 66% der Bevölkerung in der Bundesrepublik gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen sind. Ich erwähne der Vollständigkeit halber noch das Ergebnis einer vom Bundesverteidigungsminister Wörner in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage. Da ist aber die Frage schon durchaus suggestiv gestellt. Ich lese sie mal vor, damit Sie das nachvollziehen können. Der Vorspann zu der Frage lautet:

Der Westen muß gegenüber der Sowjetunion stark genug bleiben. Deshalb ist es nötig, in Westeuropa moderne Atomwaffen aufzustellen, wenn die Sowjetunion ihre Mittelstreckenraketen nicht abbaut.

Darauf ergab sich dann eine Zustimmung von 56% der Befragten. Ich sage das der Vollständigkeit halber, habe Ihnen aber auch den Fragetext vorgelesen, damit Sie sich selbst ein Urteil bilden können.

In solchen Fragen — so lautet meine These — kann die repräsentativ gewählte Mehrheit keine Entscheidung treffen, ohne das Volk zusätzlich zu konsultieren. Wir haben deshalb vorgeschlagen und werden demnächst im Deutschen den Antrag einbringen, eine **konsultative Volksbefragung** einzuführen.

Nun gibt es verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine solche Volksbefragung. Unser Grundgesetz ist grundsätzlich gegen ein Referendum, außer in ganz bestimmten Fragestellungen, die die Gebietseinteilung betreffen. Es ist also referendumfeindlich. Das hat mit der deutschen Geschichte zu tun. In der westdeutschen Verfassung der unmittelbaren Nachkriegszeit gibt es Momente des Mißtrauens gegenüber der Bevölkerung. Der Staatsrechtler Karl Loevenstein, ebenfalls ein Emigrant, hat seinerzeit, als das Grundgesetz geschaffen worden ist, gesagt, das Grundgesetz zeichne sich durch ein Mißtrauen gegenüber dem Volk aus und sei deswegen als demokritarisch zu charakterisieren. Ich möchte das hier nicht vertiefen. Ich möchte nur betonen, daß das einfach etwas mit der deutschen Geschichte zu tun hat, mit einer in manchen Punkten vielleicht problematischen, aber verständlichen Analyse der deutschen Geschichte.

Das Ergebnis könnte sein — wie man hier in Frankreich sagt: On est toujours une catastrophe en retard —, d. h. vom Bewußtsein her ist man immer eine Katastrophe im Rückstand, d. h. daß man in

der Lage ist, durch politische Instrumente, rückwärts gewandt, vielleicht das Wiederaufkommen eines gleichartigen Nationalsozialismus, nämlich eines kleinbürgerlichen Nationalsozialismus, wie wir und die Welt ihn mit Schrecken erlebt haben, zu verhindern. Vielleicht ist man heute in der Bundesrepublik Deutschland auf dieser Bewußtseinsstufe. Vielleicht ist man auch auf der Bewußtseinsstufe, die uns in die Lage versetzt, einen zweiten Weltkrieg zu verhindern. Ich bezweifle aber, daß man in der Lage ist, den dritten Weltkrieg zu verhindern — zumindest mit dem Instrumentarium, das man vor dem Erfahrungshintergrund des zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus geschaffen hat.

Oder nehmen wir beispielsweise die Lehren, die man aus Bündnissen oder aus Bündnislosigkeit zieht: Die Tschechoslowakei hat aus der Erfahrung des zweiten Weltkrieges und dem Überfall der Nazis auf die Tschechoslowakei die Schlußfolgerung gezogen, daß sie ein Bündnis haben muß mit einer ihr sympathischen Macht, nämlich der Sowjetunion. 1968 hat sich dieses Bündnis gegen die Tschechoslowakei gewandt. Auch dies nur eine Andeutung des Problems. Die hochgerüstete Tschechoslowakei hat feststellen müssen, daß ihre für einen anderen Zweck gedachte Rüstung völlig wertlos ist, wenn es zu einer Intervention aus dem eigenen System kommt.

Ich möchte zusammenfassen. Es ist möglicherweise eine Tragik der Gattung Mensch, daß das Denken, die Strukturen, die Denk- und Erfahrungsstrukturen der Menschheit zu sehr an die Empirie gebunden sind, daß die Menschheit möglicherweise daran zugrunde geht, daß wir den künftigen Katastrophen nicht in adäquater Weise begegnen, wenn die Institutionen sich nicht darauf einstellen, flexibel zu sein. Dies gilt insbesondere für die repräsentativen Systeme. Es kann sein, daß wir an der mangelnden Flexibilität, an der mangelnden Offenheit zugrunde gehen.

Ich fasse zusammen: Die dogmatische Erstarrung, Verengung, ja Verabsolutierung des parlamentarischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses kann in sich den Keim der Zerstörung nicht nur der Institution Parlament tragen, sondern möglicherweise sogar der Gattung Mensch. Demgegenüber könnte eventuell eine dynamische Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie unter Einschluß plebiszitärer Elemente dieser Gefahr entgehen. — Danke schön.

Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Diese Tagung hat uns allen, die wir an den Diskussionen teilgenommen haben, das beglückende Erlebnis vermittelt, daß es überall in der Welt Parlamentarier gibt, die sich mit den gleichen Problemen beschäftigen. Dennoch hat ein jeder versucht, seinen Beitrag aus der besonderen nationalen Sicht der Problematik seines eigenen Landes zu leisten, so daß uns eine bunte Palette der parlamentarischen Demokratie in unserer Welt vor Augen geführt worden ist.

Die Diskussionen dieser Konferenz haben in eindringlicher Form die mannigfaltigen Gefahren und Fehlentwicklungen aufgezeigt, denen unsere parlamentarische Demokratie ausgesetzt ist. Wir haben viel Kritik an den Erscheinungsformen der Demokratie geübt, haben aber gerade mit dieser offenen Kritik den Wesensinhalt der freiheitlichen Demokratie offengelegt. Dieser liegt in der Fähigkeit und in der Bereitschaft, Fehlentwicklungen zu erkennen, sie zu analysieren und — was besonders bedeutsam ist — sie sichtbar zu machen und öffentlich zu kritisieren, um zu ihrer Überwindung zu kommen oder im Gespräch mit anderen nach Korrekturen zu suchen.

Gerade das unterscheidet unsere parlamentarische Demokratie von anderen Formen menschlichen Zusammenlebens, von anderen Systemen, in denen Systemkritik lebensgefährlich ist und in denen politische Machtfragen nicht mit dem Stimmzettel, sondern mit der Pistole oder durch Deportation gelöst werden. Von allen in der Menschheitsgeschichte ausprobierten Staatsformen ist deshalb die parlamentarische Demokratie die humanste, die den Menschen am ehesten gerecht wird.

Allerdings haben nur rund 20 % der Menschen dieser Erde das Glück — ja, ich sage: das Glück —, in dieser Ordnung zu leben, zu der wir gerade dann ja sagen, wenn wir manche ihrer Erscheinungsformen kritisieren und in Frage stellen.

Die Kritik dieser Tage legte klar, daß in vielen Fällen nicht mehr das Parlament in seiner Gesamtheit die Regierenden kontrolliert, sondern daß die Parlamentsmehrheit eher der Regierung den Rücken freihält, und zwar gegenüber einer Parlamentsminderheit, die wiederum oft von der Zahl und vom Informationsstand her zu schwach ist, die Kontrollfunktion des Parlaments in vollem Umfange wahrzunehmen. Auch die Bevormundung der Parlamente durch die Bürokratie ist — wie ich meine, zu Recht — kritisiert worden. Manchmal wird sogar die politische Führung der Ministerien durch diese Bürokratie bevormundet.

In voller Kenntnis dieser offenkundigen Schwächen möchte ich jedoch Ihre Aufmerksamkeit auf eine weitere Gefahr lenken, die unserer parlamentarischen Demokratie droht. Sie mag von dem Mißverständnis ausgehen, daß Demokratie so etwas wie Abwesenheit von Herrschaft, Abwesenheit von Macht ist. Abwesenheit von Herrschaft aber ist Anarchie, nicht Demokratie. Demokratie ist vielmehr permanent parlamentarisch kontrollierte Herrschaft auf Zeit, die vom Volk verliehen wird.

Wenn selbsternannte elitäre Minderheiten eine Mehrheit nicht erreichen, stellen sie immer wieder die repräsentative, die parlamentarische Demokratie in Frage, um ihren extremen Willen durchzusetzen. Auf Grund des erwähnten Mißverständnisses haben sich **außerparlamentarische Bewegungen** gebildet, die nunmehr dazu übergegangen sind, selbst in die Parlamente hineinzugehen, aber nicht um dort klassische parlamentarische Arbeit zu leisten, sondern um das Parlament als verlängerten Arm der außerparlamentarischen Ziele und Kampfme-

thoden zu mißbrauchen. Sie sagen selbst: Das Parlament ist das Spielbein. Unser Standbein aber — so sagen sie weiter — ist der außerparlamentarische Kampf, mit dem das von der kleinen Minderheit gewollte in Massenbewegung umgesetzt werden soll.

Meine Damen und Herren, solche Gruppen sind eine Gefahr für die parlamentarische Demokratie, weil für sie das Parlament nicht mehr ist als eine Bühne für Aktionen und Demonstrationen. Dafür gibt es in meinem Land ein abscheuliches Beispiel: Ein amerikanischer General, Gast eines Parlamentspräsidenten, wurde in einer Veranstaltung des Parlaments von einem Angehörigen einer solchen Gruppe mit Blut bespritzt, und mit dieser Aktion, mit dieser Demonstration sollte eine politische Haltung zum Ausdruck gebracht werden.

Das war nicht die Tat eines einzelnen Narren, sondern es war eine von der Gruppe getragene, einstimmig beschlossene Verhaltensweise. Eine solche Gruppe sieht das Parlament nicht als Parlament im klassischen Sinne an, sondern als eine Bühne für ihre Aktion und Demonstration.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Entwicklung erwächst den **Massenmedien** eine große, bedeutende Aufgabe. Deren journalistisches Prinzip, mehr dem Ungewöhnlichen, dem Sensationellen als dem Üblichen, dem Gewohnten Beachtung zu schenken, verschiebt die Gewichte in der **öffentlichen Darstellung des parlamentarischen Geschehens** in einer Art und Weise, die die Tatsachen geradezu auf den Kopf stellt.

Die außerparlamentarischen Gruppierungen und ihre parlamentarische Vertretung setzen diese Arbeitsmethode der Massenmedien bewußt in ihre Strategie der Systemveränderung ein und verhalten sich im Parlament entsprechend. Die Gefahr ist unübersehbar: Es entsteht in den Augen der Bürger, besonders der jungen Generation, ein völlig falsches Bild von Politik und Parlament. Nicht der Abgeordnete, der in stundenlanger fleißiger Arbeit — vielleicht in 80 Stunden pro Woche — sein Mandat ausübt, repräsentiert vor den Augen des Bürgers das Parlament, sondern derjenige, der mit Aktionen und Demonstrationen oder im skurrilen Gewande die Augen der Kameras auf sich zieht.

Aber so geht es nicht nur den Abgeordneten; so geht es vielen Bürgern in unserem Lande. Tausende junger Menschen arbeiten freiwillig in der Feuerwehr, beim Roten Kreuz oder in Selbsthilfeeorganisationen. Man sieht sie selten im Fernsehen. Aber hundert junge Leute, die sich zur Blockade auf die Straße setzen oder Fensterscheiben zerschlagen, finden das Auge der Kamera. So entsteht ein völlig falsches Bild der Realitäten in unseren parlamentarischen Demokratien. Auf diese Weise wird auch die politische Grundeinstellung breiter Massen unserer Bürger zu Politik und Parlament entscheidend gebildet, besser gesagt, mißgebildet.

Ich wage die Behauptung: Die parlamentarische Demokratie in der industriellen Massengesellschaft unserer Tage wird sich als die menschenwürdigste

Form des Zusammenlebens nur dann erhalten, wenn nicht nur die Parlamente mit großem Ernst die immer wieder auftretenden Fehlentwicklungen dieser Ordnung erkennen, aufdecken und beseitigen — unsere Konferenz ist ein Beispiel dafür —, sondern wenn auch diejenigen, die die Verfügungsgewalt über die Informationsmittel, d. h. die Massenmedien, ausüben, besonnen, vernünftig und verantwortungsbewußt handeln, damit die Bürger das richtige, das tatsächliche Bild der parlamentarischen Demokratie erhalten. Das kann und will niemand verordnen oder befehlen, aber der Appell an die Einsicht ist notwendig.

Diese Konferenz hat eine Fülle von Anregungen gegeben, hat Probleme aufgezeigt. Sie war ein Anfang zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie in dieser Welt, der parlamentarischen Demokratie als der einzig sichtbaren Alternative zu totalitären und diktatorischen Systemen. Unsere Konferenz war und ist ein erster Schritt, aber — da bin ich mir sicher — ganz gewiß ein Schritt in die richtige Richtung.

*Schlußansprache des Präsidenten der
Parlamentarischen Versammlung des Europarates,
Dr. Karl Ahrens*

Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Mit dem Bericht des Kollegen McKinnon, für den ich herzlich danke, stehen wir am Ende der Arbeit, die wir uns vorgenommen hatten. Jeder von uns, der an dieser Konferenz teilgenommen hat, brachte sein eigenes Bild, seine eigenen Erfahrungen, seine eigene Vorstellung von Demokratie mit. Jeder von uns stellt an eine ideale Demokratie im einzelnen unterschiedliche Anforderungen. Nachdem wir unsere Vorstellungen und Meinungen zwei Tage hindurch erörtert haben, stellt sich jetzt die Frage, wieweit wir ein gemeinsames Bild der Demokratie gezeichnet haben, in welchen Punkten aber auch wir differieren.

Einig waren wir uns alle in der Überzeugung, daß ein Staat nur dann gerechtfertigt ist, wenn er zum Ziel hat, die Würde des Menschen zu schützen und seine Persönlichkeit zur Entfaltung zu bringen. An diesem Prüfstein, so meine ich, müssen alle Staatsformen gemessen werden, auch die Demokratie. Dem Schutz und der Entfaltung des Menschen müssen somit auch die Überlegungen gelten, die eine Verbesserung und Fortentwicklung unserer demokratischen Staatsform zum Gegenstand haben. Der Mensch steht im Mittelpunkt aller unserer Überlegungen. Dabei findet die Freiheit des einzelnen ihre Grenze dort, wo sie die Freiheit des anderen Menschen beeinträchtigen könnte. Ein dem Menschen gerecht werdendes gesellschaftliches und staatliches Ordnungssystem erfordert somit Freiheit, Respekt und Toleranz.

Diese Forderungen — und auch insoweit gibt es unter uns keine Unterschiede der Meinungen — werden am ehesten in einer demokratischen Staatsform verwirklicht. Diese Staatsform ist nicht ein für alle Zeiten unveränderliches und unab-

derbares System. Sie wird immer wieder Antworten auf neue Fragen finden müssen, sie bleibt immer verbesserungsbedürftig und stets neuen zeitlichen, örtlichen, kulturellen und technischen Gegebenheiten unterworfen.

Unbestreitbar und unveränderlich aber bleiben Grundsätze, über die wir alle uns einig sind: Freiheit und Würde der menschlichen Person, Freiheit von Rede, Gedanken und Gewissen, Recht auf Kritik und Recht auf Freizügigkeit sind unabänderliche Grundlagen menschlichen Zusammenlebens. Sie zu schützen und zu mehren, steht im Mittelpunkt allen staatlichen Tuns.

Diesem Schutz dienen das Recht des Bürgers, sich in allgemeinen und geheimen Wahlen eine Regierung zu wählen und sie abzulösen, die Verantwortlichkeit der Exekutive gegenüber den gewählten Vertretern des Volkes sowie das Recht und die Pflicht der gewählten Vertreter, das Zusammenleben der Gemeinschaft durch Gesetze zu regeln und die Exekutive zu kontrollieren.

Die Demokratie ist eine offene Gesellschaft, in der sich alle staatliche Gewalt vom Volk ableitet. Das heißt: das Recht auf Anhörung und Teilnahme an politischen Entscheidungen auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene; freier Zugang zu Informationen, freie Wahl aber auch zwischen verschiedenen und unterschiedlichen Informationsquellen; Freiheit der Presse und der Medien; die Freiheit, politische Parteien zu gründen und für politische Mandate zu kandidieren; das Recht auf freien Zusammenschluß zu Vereinigungen einschließlich des Rechts, Gewerkschaften zu gründen; das Recht auf Mitwirkung bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Schutz gegen Sklaverei und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft.

Die Demokratie garantiert die Würde des Menschen, das heißt: das Recht auf Leben, Freiheit und Respekt der menschlichen Person, Freiheit von Rede, Gedanken und Gewissen, Freiheit der Religionsausübung, Freizügigkeit von Personen, Sachen und Informationen, das Recht eines jeden auf schulische und nachschulische Erziehung, die ihn auf das Leben in einer demokratischen Welt vorbereitet.

Gleichheit aller vor dem Gesetz ohne Unterscheidung nach Geschlecht, Rasse, Farbe, Glaube oder Geburt erfordern: eine unabhängige Gerichtsbarkeit, die gerichtliche Nachprüfbarkeit aller Entscheidungen der Exekutive, die Unterordnung von Armee und Polizei unter die gewählte Regierung, das Recht auf Achtung des Privatlebens und der Schutz der Freiheit der Person. Die Rechte und Freiheiten des einzelnen sind — ich sagte es bereits — in der Demokratie keinen anderen Einschränkungen unterworfen als denen, die den Schutz der Freiheit und der Rechte anderer sicherstellen.

In allen diesen Forderungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, herrscht zwischen uns kein Streit. Hingegen haben wir für manche Herausforderungen unserer Zeit in den letzten zwei Tagen noch keine Antwort gefunden. Und auch diese Fragen, die of-

fengeblieben sind, sollten wir offen aussprechen. Die Entwicklungen von Technik und Industrie werfen etwa die Frage auf, ob nicht auch der Schutz einer gesunden Umwelt zu den Grundforderungen unseres demokratischen Zusammenlebens gehören müßte.

Technik und Wissenschaft gefährden in einigen Ausprägungen aber auch die Würde des Menschen an sich. Daher müssen wir weiter sprechen über eine Kontrolle wissenschaftlicher Versuche, die Würde, Gesundheit und Fortbestand des Menschen gefährden können, ebenso über das Verbot einer mißbräuchlichen Benutzung gespeicherter Daten.

Mehrfach aufgeworfen, aber nach meinem Eindruck noch nicht befriedigend beantwortet, wurde auch die Frage des **Schutzes von Minderheiten**. Auch hier sind wir um unserer Glaubwürdigkeit willen gefordert, und gerade hier müssen wir Antworten finden, die dem Schutz der Menschenwürde entsprechen.

Zu fragen bleibt aber auch — und auch diese Frage wurde wiederholt gestellt —, ob die Entfaltung des Menschen und der Fortbestand einer lebendigen Demokratie nicht auch das **Recht des Bürgers auf Arbeit** voraussetzen. Auch dieses Recht gehört, jedenfalls nach meinem Verständnis, zur freien Entfaltung der Persönlichkeit und damit zur Menschenwürde.

Die Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten ist in diesen zwei Tagen wiederholt beklagt worden. Praktikable und für alle Zeiten und für alle Fälle gültige Antworten haben wir nicht gefunden. Eines scheint mir allerdings sicher: Es bedarf sicherlich mehr Ehrlichkeit im Umgang miteinander, im Umgang mit Wählern und Gewählten. Es bedarf eines stärkeren Eingehens der Politik auf die Fragen und Probleme unserer Bürger. Ein Eingehen auf seinen Alltag scheint mir unabweisbar. Auch die Transparenz politischer Entscheidungen im Parlament und in der innerparteilichen Demokratie müssen verbessert werden.

Meine Damen und Herren, wir haben in diesen Tagen in Straßburg ein Gespräch begonnen. Wir haben es nicht zu Ende geführt. Auf viele Fragen — und ich nannte eben nur einige — fehlt uns noch eine Antwort. Manches blieb auch unausgesprochen. Daher stimme ich allen denen zu, die eine Fortsetzung unserer Zusammenarbeit gefordert haben. Der Lenkungsausschuß unserer Konferenz war daher heute morgen einhellig der Auffassung, dieser Konferenz in den kommenden Jahren eine nächste folgen zu lassen.

Zur Vorbereitung dieser Konferenz bleibt der Lenkungsausschuß bestehen. Er wird über das Programm, über den Ort der Tagung sowie über die Einbeziehung von Delegationen aus demokratischen Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu beschließen haben.

Ins Auge gefaßt wurde auch die Einberufung von Regionalkonferenzen, die sich mit Fragen der demokratischen Entwicklung im Zusammenhang mit

regionalen, kulturellen und sozioökonomischen Besonderheiten befassen sollen. Als Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sichere ich Ihnen bei der Verwirklichung dieser Vorhaben jede mögliche Hilfe zu.

Meine Damen und Herren, in diesen zwei Tagen haben wir die Sonde der Kritik an unsere Staaten gelegt; kritische und manchmal zweifelnde Fragen standen im Mittelpunkt der Debatte. Das war gewollt. Die Tatsache, daß wir vor aller Welt unsere Staatsform kritisch betrachten, zeigt zugleich die Stärke der Demokratie; denn nur in einer Demokratie können Mängel öffentlich kritisiert und Wege zu deren Beseitigung in aller Offenheit erforscht werden. Diktaturen vertragen keine Kritik; sie wehren sich mit Folter und Gefängnis. Daß wir als Demokraten auch die Mängel unserer Staatsform offen aussprechen können, das macht uns stolz und gibt uns Zuversicht.

Wir haben in diesen zwei Tagen nur von unseren Staaten, von unseren Völkern gesprochen. Es könnte fast scheinen, daß wir die Mehrheit der Menschen vergessen hätten, die auch heute noch unter Gewalt und Diktatur leiden. Aber gerade das ist nicht der Fall. Je besser und überzeugender wir die Demokratie in unseren Ländern ausbauen, um so stärker wird ihre Überzeugungskraft auch auf die anderen Völker dieser Erde ausstrahlen. Liebe Freunde, der Weg in die Demokratie darf mit den mutigen Entscheidungen der Völker Griechenlands, Portugals und Spaniens nicht zu Ende sein!

Dank sagen möchte ich zum Schluß Ihnen allen, die Sie an dieser ersten Straßburger Konferenz über Parlamentarische Demokratie teilgenommen haben. Ich danke insbesondere den Delegationen aus Australien, Finnland, Kanada, Neuseeland, Japan und den Vereinigten Staaten.

Herzlicher Dank gilt den Berichterstattem für die Mühe, der sie sich unterzogen haben, und ebenfalls den Sitzungspräsidenten und denjenigen Kollegen, die die Diskussionen zusammengefaßt haben. Namentlich möchte ich Mr. McKinnon erwähnen, der uns soeben den Ablauf der Konferenz nochmals in geraffter Form vor Augen geführt hat. Ich danke allen, die in diesen Debatten das Wort ergriffen haben.

Mein herzlicher Dank gilt allen Mitarbeitern, die vor und hinter den Kulissen für Vorbereitung und Durchführung der Konferenz verantwortlich waren. Dabei denke ich heute besonders an unsere Dolmetscher und Übersetzer und an die Damen und Herren der Technik. Sie alle waren in besonderem Maße gefordert.

Schließen möchte ich mit einem Dank an meinen verehrten Amtsvorgänger, Herrn de Areilza, den Vater dieser Konferenz. Ich glaube, es war ein guter Gedanke, den wir jetzt realisieren konnten. Unabhängig von der Erörterung der Sachfragen, die natürlich im Mittelpunkt standen, sind wir uns als Teilnehmer auch menschlich nähergekommen. Auch dies ist gewiß eine wichtige Voraussetzung

für einen erfolgreichen Verlauf unserer weiteren Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, ich bin gewiß, daß Sie alle sich an den Aufenthalt in Straßburg, dieser schönen, dieser wahrhaft europäischen Stadt, gern erinnern werden. Ich wünsche Ihnen allen eine gute Heimfahrt in Ihre Heimatländer und hoffe auf ein gesundes Wiedersehen bei unserer nächsten Versammlung.

Au revoir!

See you again!

Arrivederci!

Hasta la vista!

...

Auf Wiedersehen!

